



# AIB

2V 7426 E

2,50 DM

September

9/1982

13. Jahrgang

Antiimperialistisches Informationsbulletin

## Die PLO kämpft weiter



Guatemala • Südafrika  
Iran-Irak • Chile  
Kampuchea

## Inhalt

### AIB-Aktuell:

Regionalisierung in Mittelamerika 3

### Libanon

Vorläufige Bilanz des israelischen  
Libanonfeldzuges 4

Interview mit Y. Arafat (PLO) 6

Interview mit K. el Ali (Libane-  
sische Nationalbewegung) 9

### Irak – Iran

Der Golfkrieg im Zeichen der  
„Offensive Ramadan“ 14

### Guatemala

Die neue Strategie des Rios Montt 16

### Chile

Aufruf chilenischer Linksparteien 20

Modell in der Krise 27

### Argentinien – Großbritannien

Lehrstück Falkland/Malwinen-Krieg 30

### Kolumbien

Wahlen zwischen Boykott und  
Demagogie 32

### Kampuchea

W. Burchett: Vom Widerstand zum  
Aufstand 35

### Südafrika

Die permanente Krise des PAC 38

Vertrauliches PAC-Dokument 39

### Kultur

Horizonte '82 – wohl kaum eine  
Horizontenerweiterung 41

### Rückblick:

Jakob Morenga – Nationalheld  
Namibias 43

### Rezension:

Die Bundesrepublik in der  
dritten Welt 44

### Infodienst

45

Kurzinformationen 46



## Israels Libanonfeldzug S.4

Mitte August d.J. dauerte der israelische Vernichtungskrieg weiter an, obgleich über den freien Abzug der Verteidiger Beiruts eine Übereinkunft erzielt werden konnte. Wir ziehen Zwischenbilanz über den Kriegsverlauf, die Kriegsziele der Invasoren, die Standpunkte der Konfliktparteien.

Zu Wort kommen die PLO und die Libanesische Nationalbewegung. Wir dokumentieren die UN-Resolutionen zum Libanon. Wir prüfen die Verantwortlichkeit der USA angesichts der israelischen Kriegsverbrechen.

## Wie weiter in Chile? S.20

Nach fast einer Dekade faschistischer Militärherrschaft, deren Machtergreifung sich am 11. September d.J. zum neunten Male jährt, sind viele Hoffnungen auf ein schnelles Ende der Diktatur zerstoßen. Einige Beobachter sprechen sogar von Pinochet als einem neuen Franco. Wir beginnen in diesem Heft mit einer Reihe von Beiträgen, die nach der Lage der Diktatur, der Situation und den Perspektiven des chilenischen Widerstands fragen.



## Neue Lage im Golfkrieg S.14

Zur Jahresmitte wurde der Irak, der im September 1980 in das Nachbarland Iran einfiel, aus der iranischen Ölprovinz Khuzistan vertrieben. Eine Schlappe für das Regime Saddam Husseins. Im Juli d.J. marschierte der Iran sodann ins Feindesland ein, in Richtung des Ölungschatzplatzes Basra. Was bringt diese „Offensive Ramadan“? Wem nutzt sie?



## Südafrika: Krise des PAC S.38

Noch immer gelingt es dem Panafrikanischen Kongreß (PAC) Südafrikas, Verwirrung zu stiften. Ein jetzt bekanntgewordenes vertrauliches Memorandum aus dem engsten Führungskreis des PAC beweist indessen den desolaten Zustand dieser Organisation, ihre innere Zerrissenheit und Schwäche. Wir bilanzieren die Krise des PAC.



## Impressum

Das AIB erscheint monatlich. **Jahresabonnement** (inklusive Porto): Inland 25,— DM; Ausland normal 30,— DM, Luftpost Europa 35,— DM, übrige Länder 50,— DM; Förderabos 50,— DM oder mehr. Einzelheft: 2,50 DM, Doppelheft: 4,50 DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33 % Ermäßigung

**Verlag:** Weltkreis Verlags GmbH, Dortmund  
**Druck:** Plambeck & Co., Neuss

**Anschrift** von Redaktion und Vertrieb: AIB, Liebigstraße 46, 3550 Marburg, Telefon (0 64 21) 2 46 72

**Konten:** AIB-Weltkreis-Verlag, Postscheckkonto 312093-607, Postscheckamt Frankfurt/M. oder Marburger Volksbank, Rudolphsplatz (BLZ 533 900 00), Konto-Nr. 9660

**Herausgeber:** Prof. Dieter Boris, Dr. Wilhelm Breuer, Wolfram Bröner, Dr. Jutta von Freyberg, Werner Stürmann, Mechthild Jansen, Georg Kwiatowski, Herbert Lederer, Uwe Knickrehm, Erich Rudolf, Peter Tanzmeier, Dr. Frank Werkmeister, Prof. Erich Wulff

**Redaktionskollektiv:** Wolfram Bröner (verantw.), Nico Biver, Hanne Denk, Rainer Falk, Andreas Krajczek, Hans-Erich Schäfer

**Mitarbeiter:** A. J. Arndt, R. Baben, D. Busch, P. Garcia, P. Grund, K. Hampel, I. Lübben-Pistofidis, P. Maaskola, H. Mayer, J. Ostrowsky, G. Schmidt-Bollmann, L. Schmitz, B. Weng

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider.

Titel und Zwischenüberschriften stammen in der Regel von der Redaktion.

Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangabe und Zustimmung von zwei Belegexemplaren gestattet.

**Adressenänderung** bitte rechtzeitig bei der Redaktion in Marburg und bei der Post bekanntgeben.

**Redaktionsschluß:** 15. 8. 1982

**Anzeigen:** ASK IZ 3W, Roederberg Verlag, Brücken Verlag, UNIDOC

# AIB-Aktuell: Regionalisierung in Mittelamerika

Seit dem 26. Juni 1982, dem Tag des Einmarsches der honduranischen Armee (rund 3.000 Mann) in El Salvador, schreitet die Regionalisierung des Kriegszustandes in Mittelamerika zügig voran.

Diese großangelegte honduranische Intervention gegen die Nationale Befreiungsfront Farabundo Martí (FMLN) in den Provinzen Morazan und Chalatenango fiel nicht zufällig zusammen mit einer neuerlichen Gegenoffensive von ca. 6.000 salvadorianischen Soldaten. Es handelte sich um eine Zangenoperation, die bei Treffen von Offiziersstäben beider Armeen und einer Begegnung des salvadorianischen Verteidigungsministers, General José Guillermo García, mit dem honduranischen Generalstabschef, Oberst Gustavo Álvarez Martínez, unmittelbar zuvor abgestimmt worden war. Insofern handelte es sich um eine Reaktion darauf, daß die salvadorianischen Truppen bei ihrer Offensive vom Mai/Juni d.J. gegen die Hochburgen der FMLN einmal mehr auf verlorenem Posten gestanden hatten, trotz des Einsatzes von Kampfhubschraubern und Flächenbombardements, trotz des Eingreifens der frisch aus den US-Ausbildungszentren zurückgekehrten Elitebrigaden „Ramon Beloso“ und „Atonal“.

Die Guerilla schlug beide Angriffswellen zurück, erbeutete in diesen Kämpfen große Waffenkontingente und brachte dem Gegner die bislang schwersten Verluste bei. Am 21. Juli 1982 gestand Verteidigungsminister García selbst öffentlich ein, daß dabei über 1.000 Soldaten und 8 hohe Offiziere der Armee gefallen seien. Auch künftig seien, so der starke Mann des salvadorianischen Regimes weiter, gemeinsame Operationen mit der honduranischen Armee nicht auszuschließen. Als schmerzlich empfand man in San Salvador zudem die Festnahme des Vizeverteidigungsministers Oberst Francisco Adolfo Castillo, der beim Abschub eines Hubschraubers am 17. Juni d.J. der Guerilla in die Hände gefallen war.

Offenbar ist für die Generalität El Salvadors der Krieg gegen die FMLN inzwischen so aussichtslos geworden (siehe ausführlich AIB 7-8/1982, S. 47ff.), daß man ohne ausländische Truppenhilfe nicht mehr auszukommen meint. Und wo, so muß gefragt werden, soll diese Art des direkten Militärinterventionismus enden?

Für den honduranischen Generalstabschef Álvarez Martínez handelt es sich dabei schlicht um ein Spiel ohne Grenzen: „Wir stehen kurz vor einem Krieg. Es ist kein Krieg mit einer geographischen Grenze, sondern ein Krieg in dem die Grenze der Freiheit angegriffen wird.“ Die „Grenze der Freiheit“, sie scheint nicht nur weit nach El Salvador, sondern auch ins revolutionäre Nicaragua hineinzuragen.

Die Einfälle antisandinistischer Truppen (Somozagardisten, Anhänger des „Edel“ sandinisten Eden Pastora und andere vom CIA angeheuete Gruppierungen) haben im Juli d.J. sprunghaft zugenommen. Sie setzten wiederholt Kampfflugzeuge ein, darunter bei Raketenangriffen auf Treibstofflager in Corinto und Managua, die zum Glück fehlschlügen. Die auf 8.000 bis 10.000 Mann geschätzten Interventionen, die die Unterstützung des honduranischen Regimes wie der Reagan-Administration genießen, töteten dabei rund 100 Menschen – soviel wie im ganzen vorausgegangenen Jahr zusammengekommen.

## Gleichzeitige Intervention in El Salvador, Nicaragua

In der ersten Julihälfte hatte eine Interventionstruppe von rund 1.000 Miskitos den Versuch gestartet, den strategisch wichtigen Atlantikhafen Puerto Cabezas zu erobern. Noch während die Verteidigungskämpfe der sandinistischen Streitkräfte andauerten, veranstalteten die Armeen von Honduras und den USA in Grenznähe gemeinsame Militärmanöver. Nahe dem nikaraguanischen Kampfgebiet wurden dabei 1.500 honduranische Infanteristen neu stationiert. Am 1. August d.J. wurde die gesamte Armee des Landes in Alarmbereitschaft versetzt.

Damit wird der zweite Knotenpunkt der Regionalisierung des Kriegszustandes in Mittelamerika augenfällig, nämlich der von Washington nachweislich (siehe AIB 5/1982, S. 10-14) finanzierte und angeleitete Interventionismus gegen die Volksrevolution in Nicaragua. Die von den Sandinistas geführte Revolutionsführung in Managua muß sich auf einen langwierigen Abnutzungskrieg einstellen, genauso wie die Befreiungsbewegungen El Salvadors und Guatemalas.

Honduras ist, da es gemeinsame Grenzen mit allen drei Ländern vorzuweisen hat, für die Reagan-Administration die ideale Aufmarschbasis für die Organisation ihrer regionalen Interventionspläne. Darauf ist die Stationierung von ca. 100 US-Militärberatern an den verschiedenen Frontabschnitten auf honduranischem Boden gemünzt. Darauf verweist die Ausweitung der US-Militärhilfe für Honduras von 1980 nur 3,6 Mio Dollar auf für 1983 versprochene 62,8 Mio Dollar. Davon wurden vom Kongreß in Washington bereits 21 Mio Dollar für den dringlichen Ausbau dreier honduranischer Militärflughäfen ge-



„Ganz gleich, was er mit seinen Faustpfänden macht, wir halten ihn in Schach“

währt, welche der US-Luftwaffe künftig „in Notfällen“ zur Benutzung überlassen werden. Dies jedenfalls wurde in einem zweiseitigen Abkommen vom 6.5.1982 vereinbart.

All diese Anzeichen deuten darauf, daß sich Mittelamerika gegenwärtig am Rande einer regionalen Kriegeskalation befindet und daß es die Kreuzzügler um Ronald Reagan sind, die systematisch darauf hinarbeiten. Da sich wegen des Falkland/Malwinenkrieges die argentinischen Militärs aus dem mittelamerikanischen Kampfgebiet zurückzogen, drängt die US-Generalität jetzt stärker auf eine erweiterte eigene Militärpräsenz vorort und auf mehr Eigenaktivität der verbündeten Regimes Mittelamerikas.

Auf Betreiben Washingtons hatten Honduras, El Salvador und Kostarika im Januar 1982 die Demokratische Gemeinschaft Mittelamerikas gegründet, die erklärtermaßen gegen Nicaragua und die Aufstandsbewegungen ausgerichtet ist. Im Juli d.J. schloß sich ihr auch Guatemala an.

Unmittelbar vor dem honduranischen Einmarsch nach El Salvador hatte der Auswärtige Ausschuss des Bundestages eine militärische Ausrüstungshilfe in Höhe von 2 Mio DM für Honduras beschlossen, um ihm – laut Staatsministerin H. Hamm-Brücher – „die Kontrolle seiner Grenze“ gegenüber der „salvadorianischen Guerilla“ zu ermöglichen. Es ist dies nichts anderes als Beihilfe zu jenem größeren regionalen Interventionsplan, den die Militärs im Nationalen Sicherheitsrat der USA gegenwärtig favorisieren. Sie wollen lieber heute als morgen durch die Ausweitung des Konflikts auf Honduras „eine neue Realität in Mittelamerika“ schaffen.

Anfang Juli d.J. schätzte das FMLN-Generalkommando in einem Kommuniqué folgerichtig ein, daß die honduranische Invasion El Salvadors „Auftakt für eine größere Aggression“ bzw. Teil eines Planes sei, der „die Entsendung von US-Truppen nach Mittelamerika und eine gleichzeitige Intervention in El Salvador und Nicaragua“ vorsehe. Diese Einschätzung wurde Anfang August d.J. von US-Senator Christopher Dodd erhärtet, der nach einer vertraulichen Sitzung des Senatsausschusses mit CIA-Beamten nicht mehr ausschließen mochte, daß die Reagan-Administration innerhalb der kommenden 6-12 Monate in El Salvador US-Kampftruppen zum Einsatz bringen werde. Der demokratische Senator schloß die Prognose an, daß sich der Krieg ausweiten und auf Honduras, Guatemala und Nicaragua übergreifen werde.

Höchste Zeit für Außenminister Hans-Dietrich Genscher, die bundesdeutsche Militärhilfezusage an das Reagan'sche Schlachtroß Honduras nicht nur zu „überprüfen“, sondern unverzüglich zurückzunehmen. Höchste Zeit für Bonn, sich endlich für eine politische Lösung der Mittelamerikakrise à la Mexiko/Frankreich (siehe AIB 4/1982, S. 4ff. und 7-8/1982, S. 57ff.) zu engagieren und Ronald Reagan Druck zu machen.

Ivesa Lübben-Pistofidis

## Vorläufige Bilanz des israelischen Libanonfeldzuges



Israelische Besatzer beim Dauerbeschuß Westbeiruts (l.); PLO-Kämpfer, der in Westbeirut beim Knacken eines gegnerischen Panzers verwundet wurde

Nach über zweimonatiger Belagerung und Bombardierung Westbeiruts durch die israelische Invasionsarmee schien am 10. August 1982 ein Ende des Vernichtungskrieges in Sicht. Soeben war ein Abkommen zwischen US-Sonderbotschafter Ph. Habib, der libanesischen Regierung Sarkis und der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) ausgehandelt und die prinzipielle Zustimmung des Begin-Regimes eingeholt worden, da stellte dieses am 12. August mit einem elfstündigen Dauerbombardement auf Beirut wieder alles in Frage. Kurz darauf weiteten die Invasoren ihre Angriffe erstmals auf Gebiete nördlich Beiruts aus, in denen die PLO, ihre libanesischen Verbündeten und Syrien weiterhin präsent sind. Ja selbst wenn die Vereinbarung, d.h. der Abzug der PLO-Kämpfer aus Beirut innerhalb von 15 Tagen und die Installierung einer internationalen UN-Friedenstruppe (Soldaten aus Frankreich, Italien und den USA), ab 20.8.1982 doch in Kraft tritt, ist dies noch nicht das Ende der israelischen Libanonkriegsführung. Denn die israelischen Verantwortlichen richten sich bereits – u.a. mit dem Erwerb von Armeewinterkleidung für die libanesischen Bergwelt – auf ein längeres Besatzerdasein im Land der Zedern ein. Und sie haben weiterreichende Kriegsziele, wie unsere vorläufige Bilanz dieses Libanonkrieges u.a. zeigt.

Am 6. Juni 1982 fiel Israel in den Libanon ein. Die zionistische Regierung Begin war angetreten, die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) ein für allemal zu vernichten. Der Schlag gegen die PLO wurde zum Vernichtungsfeldzug gegen das ganze palästinensische und libanesisches Volk, wurde zum Völkermord an Zehntausenden unschuldigen Frauen, Kindern, Männern und alten Menschen.

Israel bediente sich dabei einer riesigen Kriegsmaschinerie, der schlagkräftigsten und modernsten im Nahen und Mittele-

ren Osten. Mit ihr hatte sie im Krieg von 1967 in nur 6 Tagen die Armeen von 3 arabischen Ländern (Ägypten, Jordanien, Syrien) mit ihren 1/2 Mio Soldaten zerschlagen. Heute stehen 150.000 israelische Soldaten im Libanon. Die größten Städte im Süden des Landes wurden dem Erdboden gleichgemacht – unter Einsatz der gesamten Luftwaffe und Marine und eines riesigen Aufgebots von Panzern.

Um den Westteil der libanesischen Hauptstadt, der von der progressiven Libanesischen Nationalbewegung und der PLO kontrolliert wird, in der sich die PLO-Hauptquartiere befinden, und in der ca. 200.000 palästinensische Flüchtlinge leben, wurde ein Belagerungsring gezogen. Die Strom- und Wasserversorgung wurde unterbrochen. Die Versorgung der ca. 800.000 Einwohner Westbeiruts mit Lebensmitteln und Medikamenten wurde durch die Israelis mit militärischer Gewalt unterbunden. Die Zivilbevölkerung soll ausgehungert werden.

Selbst Lieferungen des internationalen Roten Kreuzes und anderer Hilfsorganisationen können ihr Ziel nicht erreichen. Immer wieder setzen die Israelis international geächtete Waffen, wie Phosphor-, Splitterbomben und Napalm ein, die vor allem unter der Zivilbevölkerung unsägliche Leiden schaffen.

Allein bei dem schwersten Angriff am 1. August d.J. trafen 85.000 Geschosse bei insgesamt 150 Luftangriffen die Stadt. Die Sperrung der Wasserleitungen machten Löscharbeiten fast unmöglich. Allein in Beirut haben die israelischen Angriffe nach Angaben der PLO mehr als 30.000 Opfer an Verwundeten und Toten gefordert.

Alle Aufforderungen des Weltsicherheitsrates, das Feuer einzustellen, wurden bisher von Israel mißachtet. Die wiederholt von Israel verkündeten einseitigen Feuerpausen dienten

lediglich der Sicherung des eigenen Nachschubs, um dann selbst wieder von Israel gebrochen zu werden.

Die PLO und ihre progressiven libanesischen Verbündeten rechneten schon seit längerem mit einem israelischen Angriff. Sie waren dementsprechend gut vorbereitet. Schon vor über einem Jahr begannen sie eine Massenmobilmachung, um die Selbstverteidigung zu verbessern. Bei einem möglichen Einfall in Beirut müssen die Israelis mit dem Widerstand von mindestens 60.000 Kämpfern rechnen.<sup>1</sup>

Das was der Weltöffentlichkeit vom Begin-Regime zum 6. Juni 1982 zunächst als eine auf drei Tage begrenzte Militäraktion verkauft wurde, entpuppte sich bald als die längste und blutigste zionistische Aggression seit der Gründung des Staates Israel (1948). Verteidigungsminister Ariel Scharon gab dem Krieg den Namen „Frieden für Galiläa“. Er gab vor, einen 40 km breiten Grenzstreifen im Libanon von PLO-Kämpfern säubern zu wollen, damit diese keine Ziele im Norden Israels mehr treffen könnten.

Aber seit einem Jahr herrschte Frieden in Galiläa! Im Juli 1981 war unter Vermittlung der UNO ein für die libanesisch-israelische Grenze gültiges Waffenstillstandsabkommen geschlossen worden, das bisher nur von israelischer Seite verletzt worden war. Erst nachdem israelische Phantomjäger zum zweiten Mal palästinensische Flüchtlingslager in Beirut bombardierten, antwortete die PLO mit dem Beschuß israelischer Stellungen.

Der Moment des Angriffs war gut gewählt. Die Augen der westlichen Welt waren noch auf den Falkland/Malwinenkonflikt zwischen Großbritannien und Argentinien gerichtet. Und das arabische Lager ist gespalten wie nie zuvor. Fast jedes arabische Land ist in irgendwelche Konflikte mit seinen Nachbarländern verstrickt.

Der Krieg zwischen dem Iran und Irak hat das Militärpotential von zwei der mächtigsten Staaten des Nahen und Mittleren Ostens „neutralisiert“. Das Einvernehmen zwischen den USA und den reaktionären arabischen Ländern, die Installation von US-Basen vom Atlantik bis zum Golf (Marokko, Ägypten, Kenia, Somalia, Bahrein, Oman) und der forcierte Aufbau der auf die Region zugeschnittenen Schnellen Eingreiftruppe der USA gaben Israel den militärischen Rückhalt für sein Kriegsabenteuer.

## Grünes Licht aus Washington

Überhaupt wäre der Krieg nicht möglich gewesen, hätte sich Israel nicht zuvor der Unterstützung durch die Reagan-Administration vergewissert. Am 16. Juni 1982 enthüllte Ariel Scharon im israelischen Fernsehen, daß verschiedene Treffen mit verantwortlichen Politikern der USA zu dem Thema Libanon stattgefunden hätten: „Während meines letzten Besuches in den 'Vereinigten Staaten', (Ende Mai 1982; d. Red.) habe ich vor allem über das Problem des palästinensischen Terrorismus gesprochen und die Amerikaner haben verstanden, daß wir keine andere Wahl haben, als zuzuschlagen.“<sup>2</sup>

Erst im letzten November vereinbarten Israel und die USA vertraglich eine „strategische Zusammenarbeit“, die man als eine gemeinsame Verteidigung gegen eine „Aggression seitens der Sowjetunion oder einer der Kräfte, die von ihr 'kontrolliert' werden“ (dazu rechnen die USA und Israel auch die PLO; d. Red.), definierte.

Israel ist weltweit der größte Empfänger an Wirtschafts- und Militärhilfe der USA. Für 1983 wurden der zionistischen Regierung 2,5 Mrd Dollar zugesichert – nahezu 1/3 der gesamten US-Militärhilfe an Drittländer.<sup>3</sup> Ohne diese Unterstützung hätte Israel den Krieg nicht finanzieren können.

Nach wie vor ist Israel der wichtigste Verbündete der USA im Nahen Osten. Und bezeichnenderweise sind die Länder,

# UN-Sicherheitsrat zur Lage im Libanon

## Resolution 508/5. 6. 1982

Der Sicherheitsrat,

- unter Hinweis auf die Resolutionen 425 (1978), 426 (1978) und die nachfolgenden Resolutionen des Sicherheitsrats, insbesondere auf Resolution 501 (1982) des Sicherheitsrats,
  - in Kenntnisnahme der Schreiben des Ständigen Vertreters des Libanon vom 4. Juni 1982 (S/15161 und S/15162),
  - tief besorgt über die Verschlechterung der derzeitigen Lage im Libanon und im libanesisch-israelischen Grenzgebiet und ihre Folgen für Frieden und Sicherheit in der Region,
  - in erster Besorgnis über die Verletzung der territorialen Integrität, Unabhängigkeit und Souveränität des Libanon,
  - in Bekräftigung und Unterstützung der Erklärung des Präsidenten und der Mitglieder des Sicherheitsrats vom 4. Juni 1982 (S/15163) wie auch des dringenden Aufrufs des Generalsekretärs vom 4. Juni 1982,
  - in Kenntnisnahme des Berichts des Generalsekretärs,
1. fordert alle Konfliktparteien auf, unverzüglich und gleichzeitig bis spätestens Sonntag, den 6. Juni 1982, 6,00 h Ortszeit alle innerhalb des Libanon und über die libanesisch-israelische Grenze hinweg erfolgenden militärischen Aktivitäten einzustellen;
  2. ersucht alle Mitgliedstaaten, die dazu in der Lage sind, ihren Einfluß bei den Betroffenen geltend zu machen, damit die mit der Resolution 490 (1981) des Sicherheitsrats erklärte Einstellung der Feindseligkeiten respektiert werden kann;
  3. ersucht den Generalsekretär, alle erdenklichen Anstrengungen zu unternehmen, um die Durchführung und Befolgung dieser Resolution zu gewährleisten und dem Sicherheitsrat so früh wie möglich, spätestens jedoch 48 Stunden nach Verabschiedung dieser Resolution Bericht zu erstatten.

*Abstimmungsergebnis: Einstimmige Annahme.*

(Quelle: Vereinte Nationen, Bonn, Nr. 4/1982, S. 145-146)

## Resolution 509/6. 6. 1982

Der Sicherheitsrat,

- unter Hinweis auf seine Resolutionen 425 (1978) vom 19. März 1978 und 508 (1982) vom 5. Juni 1982,
  - in erster Besorgnis über die im Bericht des Generalsekretärs an den Rat geschilderte Lage,
  - erneut erklärend, daß die territoriale Integrität, Souveränität und politische Unabhängigkeit des Libanon in seinen international anerkannten Grenzen strengstens respektiert werden müssen,
1. verlangt, daß Israel alle seine Streitkräfte unverzüglich und bedingungslos an die international anerkannten Grenzen des Libanon zurückzieht;
  2. verlangt von allen Parteien die strikte Einhaltung von Ziffer 1 der Resolution 508 (1982), in der sie aufgefordert wurden, unverzüglich und gleichzeitig alle innerhalb des Libanon und über die libanesisch-israelische Grenze hinweg erfolgenden militärischen Aktivitäten einzustellen;
  3. fordert alle Parteien auf, dem Generalsekretär innerhalb von 24 Stunden mitzuteilen, daß sie diese Resolution annehmen;
  4. beschließt, mit der Frage befaßt zu bleiben.

*Abstimmungsergebnis: Einstimmige Annahme.*

(Quelle: Vereinte Nationen, Bonn, Nr. 4/1982, S.146)

## Resolution S/15347/6. 8. 1982

Der Sicherheitsrat,

zutiefst empört über die Weigerung Israels, den auf Einstellung des Blutvergießens in Beirut abzielenden Sicherheitsratsbeschlüssen Folge zu leisten,

1. verurteilt Israel entschieden für die Nichterfüllung der Resolutionen 516 (1982) und 517 (1982);
2. fordert, daß Israel unverzüglich und in vollem Umfang diese beiden Resolutionen erfüllt;
3. beschließt, daß zur Verwirklichung seiner oben erwähnten Resolutionen alle Mitgliedsstaaten der Organisation der Vereinten Nationen sich der Lieferung beliebiger Waffen an Israel enthalten müssen und ihm bis zum vollständigen Abzug israelischer Kräfte vom gesamten libanesischen Territorium keine militärische Hilfe gewähren dürfen.

*Stimmenergebnisse: 11 für, 1 gegen (USA), 3 Stimmenthaltungen (Großbritannien, Togo, Zaire)*

(Quelle: APN, 6.8.1982)

## Interview mit Yassir Arafat

# Wir bleiben verhandlungsbereit



FRAGE: Hat die Stunde der Wahrheit geschlagen? Eine entscheidende Schlacht mit allen Konsequenzen oder der Rückzug aus Beirut? Wie sehen Sie die Zukunft der PLO und des palästinensischen Volkes?

Y. ARAFAT: Wir sind zu einer endgültigen Übereinkunft mit der libanesischen Regierung und dem amerikanischen Sonderbotschafter Philip Habib über die Modalitäten des Abzugs unserer Kräfte in mehrere arabische Staaten, die sie aufnehmen wollen, gekommen – Syrien, Jordanien, Irak, Ägypten.

Aber wir schließen das Schlimmste nicht aus: Begin und Scharon könnten versuchen, uns zu überraschen. Ich habe sie wissen lassen, daß wir die Lehren von Massada und des Warschauer Ghettos kennen und bereit sind, uns zu opfern, wenn es sein muß. Ich fürchte den Tod nicht; es sind meine Gegner, die sich vor seinen Konsequenzen fürchten müssen. Die Geschichte kann nicht gestoppt werden. Der Krieg hat bewiesen, daß die Palästinenser mutig und ehrenhaft kämpfen, um ihr gerechtes Ziel zu erreichen.

FRAGE: Aber wohin werden Sie gehen?

Y. ARAFAT: Wir haben immer noch Kräfte in Syrien, im Irak, in Jordanien, in Ägypten, im Libanon und in Algerien. Der Sitz der PLO befand sich bis zum Jerusalem-Besuch von Herrn Sadat in Kairo. Danach wurde er nach Damaskus verlegt, wo ich immer noch mein offizielles Büro habe.

FRAGE: Hat Sie die passive Haltung der arabischen Regierungen überrascht?

Y. ARAFAT: Überhaupt nicht. Ich erwartete nichts anderes seit dem Scheitern der Konferenz von Fes (Ende November 1981; d. Red.).

Mehrere arabische Länder haben uns die Aufnahme unserer Kämpfer vorgeschlagen, aber es handelt sich nur um eine vorübergehende Präsenz. Wohin werden wir danach gehen? Nach Beendigung dieses Krieges muß sich die gesamte Welt auf einer internationalen Konferenz, die alle betroffenen Staaten sowie die Großmächte vereinigt, mit diesem Problem beschäftigen.

FRAGE: Sie haben erste Schritte in Richtung Vereinigte Staaten gemacht, ohne etwas zu erreichen. Sind Sie enttäuscht?

Y. ARAFAT: Die Vereinigten Staaten sind eine Großmacht, und wir versuchen weiterhin, die amerikanische Meinung zu beeinflussen. Die Vereinigten Staaten werden bald wissen, daß sie den Willen von 4 1/2 Mio Palästinensern nicht ignorieren können. (...)

FRAGE: Die Israelis erwarten ihre offizielle Anerkennung. Sind Sie bereit, sie auszusprechen?

Y. ARAFAT: Die Herren Begin und Scharon haben mehrmals behauptet, sie hätten unsere Anerkennung nicht nötig. Sie haben gesagt, daß sie niemals etwas mit uns zu tun haben wollen, selbst wenn wir Israel anerkennen würden. Sie behandeln uns wie Nazis, während ihre Taten im Libanon und in den Flüchtlingslagern von Beirut an das Verhalten der Nazis erinnern.

Ich wiederhole das, was ich Herrn McCloskey erklärt habe: Wir akzeptieren alle, ich sage alle Resolutionen der UNO zur Palästinafrage. Vergessen wir nicht, daß Israel durch eine UNO-Resolution geschaffen wurde. Außerdem besitzt Israel alles, wir nichts. Und von uns verlangt man die Anerkennung Israels, das seinerseits kategorisch ablehnt, unser Recht auf Selbstbestimmung anzuerkennen. Alles, was ich zur Frage der Anerkennung zu sagen habe, werde ich nicht unter Zwang sagen, während uns die Panzer Scharons umzingeln. Ich wiederhole es: Die Frage, die sich heute mehr denn je stellt, ist die Frage nach unserem Recht auf Existenz und Selbstbestimmung.

FRAGE: Haben Sie auch die Resolution 242 des UN-Sicherheitsrats akzeptiert?

Y. ARAFAT: Sie wissen zweifellos, daß diese Resolution unser Problem nur als ein Flüchtlingsproblem betrachtet. 1977 hat uns

die Carter-Administration vorgeschlagen, diese Resolution unter Vorbehalt zu akzeptieren. Wir hatten diesen Vorschlag unter drei Bedingungen akzeptiert: Beginn eines Dialogs zwischen den Vereinten Nationen und der PLO, Anerkennung der Rechte der Palästinenser auf Selbstbestimmung, Schaffung eines unabhängigen Palästinenserstaates.

Es ist überflüssig zu sagen, daß der Dialog abgebrochen wurde. Seitdem hat unser Nationalrat mehrere Texte zu dieser Resolution verabschiedet. Übrigens, seit wann ist Begin der große Verteidiger dieser Resolution 242 geworden? Vergessen wir nicht, daß er 1970 die Regierung verlassen hat, um gegen die Annahme der Resolution 242 durch Golda Meir zu protestieren, die seiner Meinung nach den Rückzug aus allen besetzten Gebieten implizierte.

FRAGE: Bestimmte Israelis behaupten, daß Sie sich nicht mit einem Staat auf den Westbanks und im Gaza-Streifen zufriedengeben und so weiterhin eine Gefahr für Israel darstellen würden?

Y. ARAFAT: Lächerlich! Ich verstehe diese Behauptungen nicht. Israel ist die stärkste Militärmacht im Nahen Osten. Kann man vor einem palästinensischen Staat Angst haben, der mehr als 20 Jahre brauchen wird, um auf eigenen Beinen zu stehen? Das israelische Militär-Establishment glaubt, daß es in der Region dank seiner Technik und der amerikanischen Dollars herrschen kann. Aber wie lange? Man muß das friedliche Zusammenleben mit den Nachbarstaaten suchen und nicht künstliche Probleme aufwerfen. Es sind die Israelis, die Lösungen für die durch sie geschaffene palästinensische Tragödie finden müssen.

FRAGE: Ihre Nationalcharta stellt in den Händen Ihrer Gegner eine Waffe dar. Die Schulkinder lernen in Israel, daß die Klauseln dieser Charta das Existenzrecht Israels verneinen, die Juden als Volk nicht anerkennen und behaupten, daß der bewaffnete Kampf die einzige Möglichkeit sei, einen Staat zu erhalten.

Y. ARAFAT: Wir haben schon mehrmals durch unseren Nationalrat klargestellt, daß der bewaffnete Kampf nicht mehr den einzigen Weg darstellt. Man hat viel über diese Charta geredet und versucht sie in tendenziöser Weise zu interpretieren. (...) Bei den Palästinensern hat es eine echte Entwicklung gegeben im Verständnis der im Laufe der letzten Jahre eingetretenen Veränderungen; wir sind nicht erstarrt in Positionen. Dagegen ist Begin völlig verkalkt.

FRAGE: Haben Sie den Eindruck, im Verlauf dieses Konfliktes Fehler begangen zu haben?

Y. ARAFAT: Ja. Wir haben es nicht verstanden, den Israelis unser Anliegen verständlich zu machen, wir haben die israelische Mentalität nicht verstanden. Außerdem haben wir keine Informationsmöglichkeiten, um den Einwohnern Israels unsere Ideen mitteilen zu können.

FRAGE: Und die gegen israelische Zivilisten gerichteten Aktionen?

Y. ARAFAT: Ich war immer sowohl politisch als auch ideologisch gegen diese Art von Operationen. Ich verstehe jedoch die Motivationen einiger Palästinenser ohne Hoffnung, die zu solchen Methoden greifen; aber ich habe mich dem immer entgegengestellt. Ich sage Ihnen das in meiner Eigenschaft als Präsident der PLO, als Führer der palästinensischen Revolution. Man muß übrigens klarstellen, daß in einigen Fällen wie in München, Maalot und Savoy der Tod Unschuldiger hätte vermieden werden können, wenn die Israelis nicht das Feuer eröffnet hätten.

Das, was Begin und Scharon während des Libanonkrieges gemacht haben, das blinde Bombardieren Beiruts, was allein letzte Woche etwa 500 Zivilisten das Leben gekostet hat, wird ein ewiger Schandfleck auf der Stirn der israelischen Führer bleiben. (...)

(Quelle: Le Monde, Paris, 10.8.1982)

die die USA in ihren „strategischen Konsens“ einbeziehen wollen, identisch mit der Zone, die nach den Worten Ariel Scharons in den 80er Jahren zur israelischen Interessenzzone gehören werden, und die sich von Marokko über Nordafrika, die Türkei bis nach Pakistan erstreckt.

Der israelische Angriffskrieg im Libanon ist eine direkte Folge des mit den Separatvereinbarungen der USA, Israels und Ägyptens von Camp David (September 1978) eingeleiteten „Friedens“prozesses zwischen Israel und Ägypten. Erst die Abmachungen von Camp David (siehe AIB 5/1979, S. 20ff.; d. Red.), vor allem die Stationierung der multinationalen „Friedens“truppe (rund 2.000 Mann) auf dem Sinai, unter Einschluß von Kontingenten der Schnellen Eingreiftruppe der USA schlossen jeden militärischen Gegenschlag Ägyptens an der Südgrenze Israels aus. Mit Camp David sollte der Weg freigemacht werden für die Vorherrschaft der USA im Nahen Osten. Es sah die verstärkte militärische Aufrüstung Israels und Ägyptens durch die USA vor. Dem Vertragswerk folgte ein Aufrüstungsprogramm in Milliardenhöhe für beide Seiten (Ägypten erhält 1983 die zweitgrößte US-Auslandshilfe überhaupt mit 2,3 Mrd Dollar) und die Entsendung von 5.000 US-Militärberatern nach Ägypten, die die Kontrolle des ägyptischen Militärpotentials gewährleisten.<sup>4</sup>

### Libanonkriegsziele à la Camp David

Ein wichtiges Ziel war die Ausschaltung der PLO als dem einzig legitimen Vertreter des palästinensischen Volkes. Ägypten verpflichtete sich, nicht länger auf die Rolle der PLO zu bestehen, sondern im Gegenteil die „Entstehung einer Dritten Kraft“ aus proimperialistischen palästinensischen Kollaborateuren zu fördern. Die vorgesehene „Autonomieregelung“ für die Westbank und Gaza sollte den Zionisten den Weg zur Annexion dieser 1967 besetzten palästinensischen Gebiete freimachen.

Auch die Sowjetunion und die Vereinten Nationen sollten durch das Unterlaufen der Genfer Nahostverhandlungen (1973), deren einer Kopräsident die Sowjetunion war, von dem Verhandlungsprozeß ausgeschlossen werden.

Aber Camp David erwies sich nach und nach als eine Sackgasse. Entgegen dem Kalkül der USA und Israels folgte kein arabisches Land dem ägyptischen Beispiel. Im Gegenteil, Ägypten isolierte sich immer mehr in der arabischen Welt. Die Aussichtslosigkeit von Camp David zeigte sich spätestens mit dem Tod Sadats (siehe AIB 11-12/1981, S. 4ff.; d. Red.), der sich auch im eigenen Land einer wachsenden Opposition gegenüber sah, die insbesondere an seiner Nahostpolitik Anstoß nahm.

Mit dem Krieg im Libanon versucht Israel nun die Ziele von Camp David, die sich auf politischer Ebene als undurchsetzbar erwiesen haben, mit militärischen Mitteln zu erzwingen:

1. die militärische und politische Liquidierung der PLO als Voraussetzung der Annexion der Westbank und des Gazastreifens;
2. eine Änderung des Status quo im Libanon, durch die Liquidierung der libanesischen Linkskräfte und Einsetzung einer faschistischen Regierung, die bereit ist einen Separatfriedensvertrag mit Israel zu unterzeichnen, und damit die Einbeziehung des Libanon in den Camp-David-Prozeß;
3. die „Neutralisierung“ Syriens als Verbündeter der PLO wie der Libanesischen Nationalbewegung;
4. die Annexion des Südlibanon wegen seiner reichen Wasservorkommen.

Die Stationierung von „multinationalen Friedenstruppen“ nach dem Muster der im Frühjahr 1982 installierten westlichen Sinai-Streitmacht im Libanon, die – wie Begin fordert – nicht der UNO unterstellt sein dürften, soll den Weg

frei machen für eine Erweiterung der Präsenz der Schnellen Eingreiftruppe im Nahen und Mittleren Osten.

Die von Israel erhobenen Forderungen nach Entwaffnung der PLO und der libanesischen Linksmilizen, nach dem Abzug der PLO und Syriens aus dem Libanon und nach einer libanesischen Regierung, die bereit wäre, mit Israel einen Friedensvertrag zu unterschreiben, laufen in ihrer Gesamtheit auf eine politische „Neuordnung“ des gesamten Nahen Ostens unter der Dominanz der herrschenden Kreise Israels und ihrer Hintermänner in Washington hinaus.

Die Volkserhebung in den besetzten Gebieten Westbank und Gaza vom Frühjahr 1982 hatte klargestellt, daß auch die Palästinenser unter israelischer Besatzung hinter der PLO stehen und für die Errichtung eines unabhängigen palästinensischen Staates unter der Führung der PLO zu kämpfen bereit sind. Dieser vehemente Volkswiderstand, der den Annexionsfahrplan der Regierung Begin (1980 Ostjerusalem, 1981 die syrischen Golanhöhen usw.) durchkreuzte, soll nun durch die Liquidierung der militärisch-politischen Bastion der PLO im Libanon gebrochen werden.

Am 16.6.1982 gestand Verteidigungsminister Scharon dieses Libanonkriegsziel offen ein: „Die Liquidierung der PLO wird positiv zur Verwirklichung des Autonomieprojektes beitragen und die Palästinenser dazu ermuntern, ein zweites Mal über diese Sache nachzudenken.“<sup>5</sup> A. Scharon kündigte eine „Friedensinitiative“ in „Judäa und Samaria“ (zionistischer Begriff für die Westbank) an, sobald der Libanon von „Terroristen“ gesäubert sei.

Schon in der zweiten Woche des Vernichtungsfeldzuges im Libanon zeigte sich, was unter diesem „Frieden“ zu verstehen ist: Nach der Welle von Amtsenthebungen gegen gewählte palästinensische Repräsentanten im Frühjahr des Jahres setzten die israelischen Besatzungsbehörden jetzt auch die Bürgermeister von Dura, Dibwan, Jenin und selbst den als gemäßigt geltenden Bürgermeister von Gaza, Raschad Al-Schawa von ihrem Posten ab. An ihre Stelle traten Offiziere der israelischen Armee. In dem Dorf Dura wird ausgerechnet Mustapha Dudin, der berüchtigte Führer der Ramallah-Dorfliga (von Israel bewaffnete Kollaborateure) zum neuen Bürgermeister ernannt. Dennoch regten sich in den besetzten Gebieten allenthalben Solidaritätsdemonstrationen mit den kämpfenden Palästinensern im Libanon. Ein Generalstreik am 4. und 5. Juli 1982 wurde fast vollständig befolgt und selbst der oberste Islamische Rat von Jerusalem, der sich bisher jeder politischen Stellungnahme enthielt, erklärte seinen Protest gegen die Vereinbarungen von Camp David und betonte, daß die PLO der einzig legitime Vertreter des palästinensischen Volkes sei.

### „Neuordnung“ im Libanon...

Israel versprach sich von seinem Feldzug auch eine Veränderung der Kräfteverhältnisse im Libanon selbst. Die Fortsetzung des Camp-David-Prozesses sollte durch die Einsetzung einer Rechtsregierung, die bereit wäre mit Israel einen Kapitulationsvertrag zu unterzeichnen, garantiert werden. Dabei setzt Israel auf die faschistische Kataeb-Partei (Phalange) des Führers der libanesischen Rechtsmilizen und Sachwalters der maronitischen Finanzoligarchie, Bechir Gemayel. Da am 23. September 1982 die Amtszeit des jetzigen Staatspräsidenten Sarkis ausläuft, hofft die Begin-Administration durch den Druck der israelischen Besatzung die Aussichten Gemayels auf das Präsidentenamt, das nach dem Nationalpakt von 1943 immer von einem Maroniten bekleidet werden muß, zu erhöhen.

Die Zusammenarbeit zwischen Israel und den Phalangisten reicht in die Zeit des libanesischen Bürgerkrieges von

1975/76 zurück. Während des Krieges versorgte Israel die christlichen Milizen mit Waffen und Munition. Seit dieser Zeit bilden israelische Offiziere die Rechtsmilizen aus und liefern ihnen modernste schwere Waffen. Nach der Libanoninvasion vom März 1978 übergab Israel einen 10 km breiten Grenzstreifen im Südlibanon dem dortigen Führer der christlichen Rechtsmilizen, Major Haddad, dessen Einheiten seitdem fast völlig in das israelische Militärpotential integriert sind.

Ende Januar 1982 traf sich der israelische Generalstabschef Eytan auf einem Kriegsschiff der israelischen Marine mit Gemayel, um ein mögliches gemeinsames militärisches Vorgehen gegen die PLO und die Libanesische Nationalbewegung zu koordinieren.

Vom ersten Tag der Libanoninvasion an haben sich B. Gemayel und S. Haddad hinter die zionistischen Kriegsziele gestellt. Bechir Gemayel spricht von einer entscheidenden Wende, die mit der israelischen Invasion eingeleitet worden sei: „Es bleibt uns, diese Aufgabe zu vollenden: Eine starke libanesische Staatsmacht zu errichten.“<sup>6</sup>

Die Milizen B. Gemayels und S. Haddads sind für die israelische Besatzungsarmee eine willkommene Unterstützung. Die maronitischen Milizionäre dienen vor allem als landeskundliche Informanten, nehmen Ordnungsfunktionen wahr und terrorisieren die Bevölkerung in den von Israel eroberten Gebieten. Sie kämpften gemeinsam mit den Israelis gegen syrische Stellungen an der Straße Beirut-Damaskus, gegen die drusische Bevölkerung in der Gegend von Aley und Bhamdun und beschossen palästinensische Stellungen in Westbeirut vom Ostteil der Stadt.

Die Eroberer zeigen sich erkenntlich. So übergab etwa M. Begin in einem demonstrativen Akt dem Separatistenmajor Haddad die strategisch wichtige Festung Beaufort. Gemayels Kataeb erhielt die Kontrolle über das überwiegend von Druzen bewohnte Schufgebirge, die Hochburg des Führers der Libanesischen Nationalbewegung und der Sozialistischen Fortschrittspartei, Walid Djoumblatt, und über die südlich von Beirut gelegene Stadt Damur.

Trotz der engen Verbindungen zu der israelischen Führung suchten die Phalangisten sich allerdings nach außen relativ zurückhaltend bei der Beteiligung an den direkten Kampfhandlungen zu geben, da eine allzu offene Kollaboration mit der zionistischen Besatzungsarmee im Hinblick auf die Anwartschaft ihres Führers auf den Präsidentenstuhl nachteilige Folgen hätte. Für die Wahl zum Präsidenten muß sich Bechir Gemayel nämlich auch die Unterstützung von Teilen der nichtmaronitischen Parlamentsabgeordneten sichern, die im wesentlichen die moslemische Bourgeoisie repräsentieren.

### ...mit Gemayel/Haddad als Statthaltern

Doch dabei tun sich seit dem 6.6.1982 neue Schwierigkeiten auf. Zeichnete sich vor Beginn der israelischen Invasion noch eine gewisse Annäherung zwischen Phalangisten und islamischer Bourgeoisie ab, da diese ebenso an der Wiederherstellung einer starken antikommunistischen Staatsmacht interessiert war, häuften sich in den letzten Monaten die bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen schiitischen Amal-Milizen einerseits, der PLO und der Libanesischen Nationalbewegung andererseits, so kam es angesichts der israelischen Invasion wieder zu einer Annäherung zwischen libanesischen Linkskräften, Amal, sunnitischer Bourgeoisie und Teilen der antifaschistischen Maroniten, darunter zu Raymond Eddé, dem Führer des bürgerlichen Nationalen Blocks und möglicher Gegenkandidat Gemayels. Sie weigerten sich bislang gemeinsam, unter israelischem Druck über die Zukunft ihres Landes zu verhandeln, geschweige denn



Libanesische Bombenopfer in Beirut

Präsidentchaftswahlen durchzuführen.

Zudem ist all diesen Kräften die Furcht gemeinsam, daß Israel den alten zionistischen Traum, sich einen Teil des Südlibanon einzuverleiben und seine Nordgrenze an den Litanifluß zu verlegen, wahrnehmen könnte. In der letzten Zeit griffen zionistische Politiker wiederholt die Pläne des sozialdemokratischen Premierministers Ben Gurions zur Teilung des Libanon aus dem Jahr 1954 auf. Sie wollen das Palästinenserproblem folgendermaßen lösen: Die Palästinenser aus dem Libanon, der Westbank und dem Gazastreifen sollen nach Jordanien vertrieben werden, das nach israelischer Darstellung schon immer ein palästinensischer Staat gewesen sei, Südlibanon, die Westbank und der Gazastreifen sollen für immer integraler Bestandteil des jüdischen Staates werden und in den libanesischen Restgebieten könnte sich ein „christlicher“ Staat von Israels Gnaden konstituieren.<sup>7</sup> Aber es ist fraglich, ob sich diese nationale Einmütigkeit auch in der Solidarität mit der PLO fortsetzt. Bei den Verteidigungsanstrengungen gegen die israelischen Invasionstruppen nach dem 6. Juni 1982 war davon kaum etwas zu spüren, schon gar nichts seitens der Regierung Sarkis. Auch Raymond Eddé, der wahrscheinlich auch von der libanesischen Linken als Kompromißkandidat bei den anstehenden Präsidentchaftswahlen unterstützt wird, hat beispielsweise die Revision des Kairoer Abkommens von 1969, das der PLO völlige Bewegungsfreiheit in den Flüchtlingslagern, das Recht auf Bewaffnung und den freien Zugang zur israelischen Grenze garantiert, gefordert.<sup>8</sup>

Während dieses längsten Nahostkrieges seit der Gründung Israels blieben die PLO und ihre libanesischen Verbündeten – sieht man von den tausenden Freiwilligen, vorwiegend aus dem Südjemen ab – vollkommen auf sich allein gestellt. Die erhoffte Unterstützung seitens der arabischen Staaten blieb aus.

Syrien hatte erst im letzten Jahr großartig verkündet, daß seine Einheiten im Libanon nicht nur die Aufgaben einer innerlibanesischen Arabischen Abschreckungstruppe (30.000 Mann, auf Beschluß der Arabischen Liga 1976 installiert, fast ausschließlich Syrer; d. Red.) wahrnehmen werden, sondern ebenso bereit wären, das Nachbarland gegen mögliche israelische Überfälle zu verteidigen. Als Israel



## Interview mit Khaled el Ali

# Die Libanesische Nationalbewegung steht zur PLO

Die Libanesische Nationalbewegung (LNM) ist als der Verbündete der Palästinensischen Befreiungsfront (PLO) im Libanon wie diese bevorzugte Zielscheibe der israelischen Kriegsführung. Kein Wunder, denn schon im Libanonkrieg 1975/76 leisteten beide Bewegungen vereinten bewaffneten Widerstand. Die LNM verkörpert die Einheitsfront der revolutionären und nationalprogressiven Kräfte des Landes, von der Sozialistischen Fortschrittspartei (sie stellt mit W. Djoumblatt den LNM-Vorsitzenden) über die Libanesische Kommunistische Partei bis hin zu nasseristischen und baathistischen Gruppierungen. Über ihre aktuelle Position zum Kriegsgeschehen sprach Anfang August d.J. für das AIB Klaus Hampel mit dem LNM-Repräsentanten Khaled el Ali.

AIB: Was ist Ihre Sicht des seit dem 6. Juni 1982 andauernden Libanonkrieges? Welchen Stellenwert messen Sie der Verteidigungsschlacht von Beirut bei?

K. EL ALI: Wir sind der Meinung, daß die militärischen Versuche der Israelis und der USA, die von 1948 bis heute vier große Kriege im Nahen Osten und drei Regionalkriege gegen die PLO und die patriotische Bewegung im Libanon führten, nur teilweise zum Erfolg geführt haben. Der arabische Wille und speziell der Wille des palästinensischen und des libanesischen Volkes konnte nicht gebrochen werden. Die Forderung (und das Recht) des palästinensischen Volkes, unter Führung seiner einzig legitimen Vertreterin, der PLO, auf Errichtung eines unabhängigen Staates bleibt bestehen.

### Israel muß bedingungslos abziehen

AIB: Eine Lösung der aktuellen Libanonkrise kann man ja wohl nicht vollständig losgelöst vom Nahostkonflikt betrachten. Wo sehen Sie den Zusammenhang? Welche Position nimmt die Libanesische Nationalbewegung zur Lösung der gegenwärtigen Libanonkrise ein?

K. EL ALI: Eine dauerhafte Lösung des Nahostproblems wird nach unserer Meinung durch zwei Bedingungen erreicht:

1. Anerkennung der PLO und die Errichtung eines palästinensischen Staates;
2. Recht des libanesischen Volkes eine demokratische Lösung für den Libanon durchzusetzen.

Eine direkte Lösung der jetzigen Krise wird nach unserer Meinung erreicht durch:

1. sofortige Durchbrechung der israelischen Blockade um Beirut;
2. bedingungsloser Abzug aus dem Libanon;
3. demokratische Wahl – einer neuen libanesischen Regierung und eines neuen Präsidenten – unter Anwesenheit der UNO-Truppen;
4. diese neugewählte Regierung ist legitimiert, Verhandlungen mit der PLO aufzunehmen, auf der Grundlage der alten Abkommen von Kairo 1969 und Melkart 1973 für die Regelung der Beziehungen zwischen der PLO und dem Libanon (darin wurde das Recht der PLO auf bewaffnete Präsenz anerkannt; d. Red.);

5. Einberufung einer internationalen Konferenz mit allen Beteiligten, insbesondere der PLO unter der Aufsicht der UNO.

Die PLO hat 1970 in Jordanien einen schweren Schlag erhalten, aber sie hat sich davon wieder erholt. Eine militärische Lösung gegen die PLO ist deshalb zum Scheitern verurteilt. AIB: Welche Haltung nahm und nimmt die Libanesische Nationalbewegung gegenüber der PLO ein?

K. EL ALI: Seit ihrem Entstehen betrachtet sich die Libanesische Nationalbewegung, die eine demokratische, laizistische Alternative zum herrschenden konfessionellen und politischen System zu finden sucht, als wesentlichen Teil der arabischen Befreiungsbewegungen.

Der Plan Israels und der USA ist es, die Region zu beherrschen, indem sie diese Bewegungen zerschlagen. Davon ist auch die Libanesische Nationalbewegung als Teil der arabischen Befreiungsbewegung betroffen. Deshalb ist sie ein natürlicher Verbündeter der PLO. Und sie ist der Meinung, daß die PLO das Recht hat, ihre Funktion vollkommen auf arabischen Boden, etwa in Syrien, Ägypten, Jordanien und dem Libanon auszuüben. Deshalb stehen wir an der Seite der PLO.

AIB: Wie bewerten Sie die Reaktion des arabischen Lagers auf den Einmarsch Israels im Libanon?

K. EL ALI: Im allgemeinen kann man sie zweiteilen. Ein Teil der arabischen Länder arbeitet mit den USA und Israel zusammen, um die Interessen der USA in der Region zu schützen, so Saudi Arabien und Ägypten. Ein anderer Teil ist passiv und gibt lediglich Lippenbekenntnisse ab, wie leider die Standhaftigkeitsfront mit Ausnahme der Volksrepublik Jemen, die alles für sie mögliche zu unserer Unterstützung tut (der Südjemen entsandte noch im Juni 1982 tausende freiwilliger Kämpfer in den Libanon; d. Red.).

AIB: Wie ist die Rolle Syriens einzuschätzen?

K. EL ALI: Wir sind der Meinung, daß die syrische Position trotz der Unterstützung und trotz schwerer Kämpfe zwischen der syrischen und der israelischen Armee nicht ausreichend ist.

Ausgehend von diesen Ergebnissen über die arabischen Positionen können wir vorhersagen, daß politische Veränderungen aller arabischen Regimes – wie nach 1948 – eintreffen werden, die tiefgreifende Veränderungen in der alten arabischen Führung der nationalen arabischen Befreiungsbewegungen herbeiführen müssen, da sie sich als unfähig erwiesen haben, die arabischen Massen zum Sieg zu führen.

AIB: 1976 war es eine arabische Gipfelkonferenz, die mit dem Friedensplan von Riad (siehe AIB 1/1977, S.33) eine Lösung der Libanonkrise herbeiführte. Warum kam nach dem 6. Juni 1982 kein arabischer Gipfel zustande? Und was könnte er Ihres Erachtens bringen?

K. EL ALI: Mit Sicherheit und als Konsequenz der oben erwähnten arabischen Positionen sowie der zwischen den arabischen Staaten erzwungenen Konflikte wird die Einberufung einer arabischen Gipfelkonferenz trotz ihrer Notwendigkeit sehr schwierig. Und sie wurde bisher aufgrund der innerarabischen Konflikte nicht einberufen. Die Einberufung einer solchen Konferenz würde unter den bestehenden Bedingungen nur oberflächliche Ergebnisse bringen.

schließlich in den Libanon einfiel, sahen syrische Truppen dem Massenmorden ruhig zu. Sie ließen die zionistischen Eindringlinge bis nach Beirut vordringen, ohne auch nur einen einzigen Schuß abzugeben. Erst als die Israelis direkt auch syrische Einheiten angriffen, antworteten diese.

Allerdings willigte Syriens Regierung Assad nach der Niederlage in der Luftschlacht über der Bekaa-Ebene vom Juni d.J. sofort in das israelische Waffenstillstandsangebot ein, ohne zuvor überhaupt das Oberkommando der gemeinsamen Streitkräfte von PLO und Libanesischer Nationalbewegung davon in Kenntnis zu setzen. Die Invasoren hatten freie Hand, ihren Vernichtungsfeldzug gegen die PLO und die libanesischen Linkskräfte fortzusetzen.

Die Gründe für das syrische Verhalten sind vielfältig. Im arabischen Lager hat Syrien eine isolierte Position. Auf ihrem Außenministertreffen am 26./27. Juni 1982 in Tunis lehnte es die Arabische Liga ab, die syrischen Einheiten bei der Verteidigung des Libanon in irgendeiner Art und Weise zu unterstützen. Im Innern ist das Assad-Regime von einer starken reaktionären islamischen Opposition bedroht, so daß im Frühjahr dieses Jahres wichtige Spezialeinheiten der syrischen Armee aus dem Libanon zum Schutz der inneren

Sicherheit nach Syrien abgezogen wurden, insgesamt 10.000 Soldaten.

Auch die syrische Kampfführung wies erhebliche Schwächen auf. Die Syrer haben die Warnungen der PLO, daß ein israelischer Angriff bevorstünde, nie besonders ernst genommen und waren trotz großer Worte kaum auf die Verteidigung des Libanon vorbereitet.

Aber trotzdem bleiben Fragen offen: Warum war Syrien nicht bereit, seine Kampfführung mit der PLO abzustimmen? Warum verwehrten die syrischen Verantwortlichen in der ersten Phase des Krieges palästinensischen und arabischen Freiwilligen den Transit durch ihr Land?

Syrien war immer nur dann bereit zu kämpfen, wenn es darum ging, seine Präsenz im Libanon und Stellungen, die für die eigene Verteidigung strategisch wichtig waren, zu verteidigen. Die Solidarität mit der PLO spielte für Syrien eine Rolle, solange sie für die Aufrechterhaltung der politischen und militärischen Kontrolle über die PLO dienlich schien, solange man glaubte, die Befreiungsorganisation zur Durchsetzung der eigenen nationalen Interessen im arabischen Lager instrumentalisieren zu können. So geschehen beim Eingreifen Syriens im Libanonkrieg 1975/76, als man die PLO und Libanesischer Nationalbewegung bekämpfte.<sup>9</sup>

Israels Ziel war die Zurückdrängung Syriens aus dem Libanon, war die Neutralisierung Syriens als Verbündeter der PLO und der Libanesischen Nationalbewegung, entweder durch Vernichtung des militärischen Potentials im Libanon oder durch Vertiefung der politischen Isolierung Syriens.

## PLO: Erste Lehren des Libanonkrieges

Der erste Krieg zwischen Israelis und Arabern, in dem die Israelis ihre Ziele nicht innerhalb weniger Wochen erreicht haben, ging am Samstag, den 7.8.1982; d. Red.) in seinen 65. Tag. Es hat nicht den Anschein, als näherte er sich seinem Ende, denn der palästinensischen Auffassung, daß die PLO nicht geschlagen ist (eine Auffassung, die von den militärischen Fakten auf dem Kampffeld gestützt wird), steht das israelische Streben nach der totalen und vollständigen Vernichtung der PLO und ihrer Führung gegenüber.

Was auch das Ergebnis dieses Krieges sein mag, er hat bereits eine Reihe von Punkten deutlich gemacht:

1. Es sind keine illegalen, kostspieligen und weitreichenden Vorbereitungen erforderlich, um Israel erfolgreich Widerstand zu leisten. Die endlosen Behauptungen der arabischen Staaten, sie seien nicht vorbereitet, es sei jetzt nicht der richtige Zeitpunkt und der richtige Ort usw., die wir jahrzehntelang zu hören bekamen, klingen hohl nach 63 Tagen des Widerstandes einer Handvoll schlecht bewaffneter, aber entschlossener Palästinenser, Libanesen und Araber. Es mangelt nicht an der Vorbereitung, sondern am Willen zu kämpfen.

2. Kein ehrlicher Mensch, Araber oder Ausländer, kann jemals mehr sagen, Israel strebe nach Frieden. Israel strebt nach Herrschaft, Hegemonie, Unterwerfung und nach nichts anderem. Es kann mit Israel keinen Frieden geben, solange sich nicht das gesamte Kräfteverhältnis in der Region verändert hat, es sei denn einen Vichy-Frieden – einen Frieden der Kapitulation und der Aufgabe. Das im Libanon so reichlich vergossene Blut wird umsonst gewesen sein, wenn diese bittere Tatsache nicht vom Atlantik bis zum Golf verstanden wird.

3. Israel hat deutlich gemacht, daß seine Ziele weit über Palästina hinausgehen, daß sie zumindest bis zu den arabischen Nachbarstaaten reichen. Heute sagt Scharon (Israels Verteidigungsminister; d. Red.), er beabsichtige nicht, den Südlibanon zu verlassen, selbst wenn die PLO das Land verläßt. Morgen wird er das gleiche über den Süden Syriens und den Norden Jordaniens sagen.

Schließlich wurde deutlich, daß die gegenwärtige arabische Methode des Umgangs mit den USA Bankrott erlitten hat. Die Araber werden von den Amerikanern oder anderen nicht ernst genommen und werden es nie werden, solange sie unfähig oder nicht willens sind, ihre vitalen nationalen Interessen zum bestimmenden Element ihrer Außenpolitik zu machen – so, wie es Israel erfolgreich praktiziert.

Was erforderlich ist, sind weder Losungen noch Gesten; die Araber müssen in Wort und Tat deutlich machen, daß die Ereignisse in Libanon von ihnen nicht hingenommen werden können und, falls sie andauern, zu ernsthaften materiellen und strategischen Konsequenzen für die USA führen werden. Nur so können die USA dazu gezwungen werden, Israels Völkermord im Libanon zu stoppen. (Quelle: WAFA, Beirut, 8.8.1982)

## Untätigkeit der Arabischen Liga...

Die Zurückhaltung Syriens in den Kämpfen im Libanon erwies sich für das Assad-Regime letztendlich als Bumerang. Das Ausweichen vor der Konfrontation gab der Kritik an der Regierung in Damaskus im Libanon, im arabischen Lager und im eigenen Land Auftrieb.

Der libanesischer Präsident Sarkis, dem die syrischen Truppen schon lange ein Dorn im Auge waren, hat denn auch keine Verlängerung für das Mandat der Arabischen Abschreckungstruppe, das Ende Juli 1982 ausgelaufen war, beantragt. Er weiß dabei sowohl die Phalangisten, die moslemische Bourgeoisie wie auch die traditionellen religiösen Führer hinter sich.

Wer davon profitiert, ist Israel.

Immerhin hat Syrien, wenngleich nur teils und mit großer Zurückhaltung, wenigstens gegen die israelische Armee gekämpft, während von den anderen arabischen Regimes – abgesehen vom Soudan – überhaupt keine militärische Hilfe kam. Selbst Solidaritätsdemonstrationen mit dem palästinensischen Volk wurden in vielen arabischen Hauptstädten unter Einsatz von Militär auseinandergetrieben. Die Arabische Liga fand sich erst 3 (!) Wochen nach Beginn des Überfalls zu einer ersten Beratung in Tunis zusammen. Die Ergebnisse dieser Sitzung waren gleich Null.

Die PLO hatte einen Katalog von 14 Forderungen an die arabische Welt vorgelegt, u.a. die Forderung nach Teilnahme der arabischen Länder an der Verteidigung des Libanon, nach Verurteilung der USA wegen ihrer Unterstützung Israels, nach Wirtschaftssanktionen gegen die USA, nach militärischer und materieller Unterstützung für die PLO, die Libanesischer Nationalbewegung und Syrien sowie die Forderung nach Errichtung solider Beziehungen zwischen den arabischen Ländern und der Sowjetunion. Außerdem forderte die PLO die Bestätigung des Grundsatzes, daß das palästinensische Problem „das Hauptanliegen der arabischen Nation sei und daß kein Frieden möglich ist, ohne daß das palästinensische Volk seine legitimen Rechte auf Rückkehr in seine Heimat und nach Errichtung seines unabhängigen

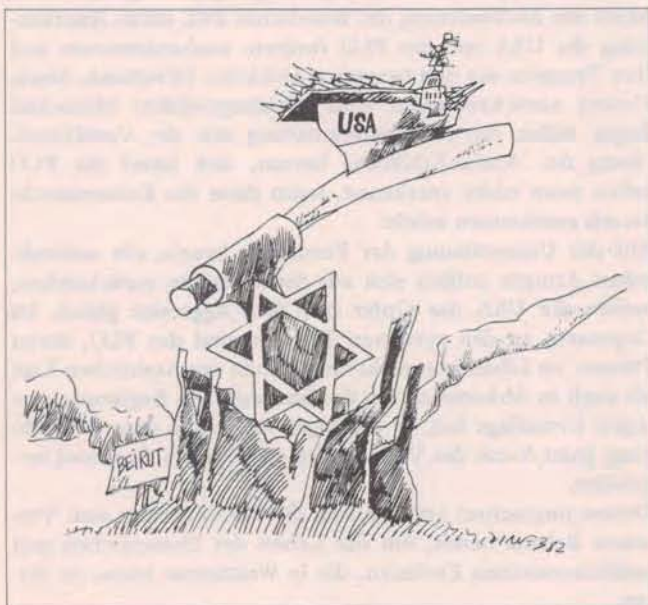
Staates unter der Führung der PLO, erhalte."<sup>10</sup> Keine einzige dieser Forderungen fand die Zustimmung der Liga. Der libysche Staatschef Ghaddafi, der der Konferenz von vornherein ferngeblieben war, beließ es bei dem Ratschlag an die Kämpfer in Beirut, sie möchten Selbstmord begehen, damit ihr Blut der arabischen Revolution neuen Auftrieb verleihe. Der von den israelischen Besatzungsbehörden amtsentthobene Bürgermeister Shakaa beschuldigte denn auch die arabischen Staaten, den Plan der Vernichtung des libanesischen und palästinensischen Volkes durch die israelische Kriegsmaschinerie zu tolerieren. Die Politik der meisten arabischen Länder stehe in „vollständiger Übereinstimmung mit der Politik Washingtons“ und die Arabische Liga diene nur den Interessen der Amerikaner.<sup>11</sup>

### ...oder der Sowjetunion?

Der Reagan-Administration dienlich sind dabei besonders das superreiche Saudi Arabien und das von den USA ausgehaltene Ägypten. Beide hoffen nach einer möglichen Entwaffnung der PLO, diese wieder in ein Anhängsel der Arabischen Liga verwandeln zu können, wie in der Zeit von 1964-67, in eine PLO, die sie bevormunden und der sie ihren Willen aufzwingen könnten.

Wenn sich heute selbst in Regierungskreisen in Washington die Stimmen mehren, die Israel vor einer zu dramatischen Eskalation der Gewalt warnen, wenn die Minister G. Shultz und C. Weinberger heute das militärische Vorgehen Israels und die Kolonisierungspolitik in der Westbank kritisieren, so geschieht dies aus Rücksichtnahme auf diese reaktionären, proimperialistischen Staaten, die Teil des „strategischen Konsens“ der USA sind.

Sie sind besorgt darüber, daß auch manches „gemäßigte“ arabische Land auf Grund des Drucks der Volksmassen gezwungen sein könnte, auf Distanz zu den USA zu gehen. So ermahnte z.B. König Fahd von Saudi Arabien die Reagan-Administration: „Wenn Israel seinen Marsch auf Beirut fortsetzt, wenn Beirut unter dem Sturm der Israelis fällt, und wenn Washington sich nicht rührt, werden all unsere Regime in den nächsten 6 Monaten zusammenbrechen.“<sup>12</sup> Auch der neue US-Außenminister George Shultz hat keine grundlegende Änderung der Nahostpolitik der Vereinigten Staaten angekündigt, deren Hauptstütze wie bisher Israel ist. Aber er deutete an, daß die USA Israel soweit mäßigen werden, wie es für eine Zusammenarbeit mit den befreundeten arabischen Ländern nötig sei.



## PLO: Ja zur UN-Plattform für Palästina

Die Haltung der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) zu einer politischen Lösung der Palästinafrage auf der Basis der UN-Plattform legte im Juli d.J. die PLO-Nachrichtenagentur Wafa dar.

(...) muß daran erinnert werden, daß die Resolution 242 des Welticherheitsrates sich weder direkt an die PLO noch an das palästinensische Volk richtet und sich auch nicht direkt auf die Palästinafrage bezieht. Sie fordert lediglich eine Lösung des Flüchtlingsproblems und sonst nichts. Damit deckt sie nur einen Teilaspekt eines komplexen Problems ab. Es scheint deshalb wertvoll, einige wenige Beispiele für die offizielle Haltung der PLO zu den Resolutionen zum Nahen Osten zu untersuchen:

1. Die PLO hat die Resolutionen 508 und 509 des Sicherheitsrats offiziell akzeptiert, einschließlich aller Bestimmungen zu ihrer Verwirklichung.

2. Auf der letzten Sitzung ihres Nationalrats hat die PLO die Initiative des sowjetischen Präsidenten Leonid Breschnew (Vorschlag für eine internationale Nahostkonferenz mit allen Konfliktparteien, unter Schirmherrschaft der UNO, der USA und UdSSR aus dem Jahr 1981; d. Red.) zum Nahen Osten begrüßt.

3. Die PLO hat bei vielen Gelegenheiten ihre Bereitschaft zum Ausdruck gebracht, den UN-Resolutionen Folge zu leisten. Diese Resolutionen schließen auch die Resolution 181 vom November 1947 ein, die die Bildung eines arabischen Staates in Palästina verlangt, und die Resolution 194 der Vollversammlung der UN vom Dezember 1948, in der gefordert wird, daß den palästinensischen Flüchtlingen die Rückkehr in ihre Häuser erlaubt wird, so sie das wünschen, und ferner die Resolution 3236 vom November 1974, in der die unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung und Rückkehr in ihr Heimatland anerkannt werden.

4. Die PLO hat ihre Bereitschaft zum Ausdruck gebracht, eine neue Resolution des Sicherheitsrates zu akzeptieren, die die legitimen nationalen Rechte des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung und gleichzeitig die in früheren UN-Resolutionen enthaltenen Prinzipien bekräftigen würde.

Dies sind einige der wesentlichen Punkte der gegenwärtigen Haltung der PLO in Bezug auf die Frage einer regionalen Lösung, und dies sind alles andere als neue Positionen. Wenn dem palästinensischen Volk etwas Vernünftiges und Gerechtes angeboten wird, das ihm einen Staat und Frieden garantiert, so wird dieses Angebot sorgfältig erwogen werden.

(Quelle: Wafa, Beirut, 21.7.1982)

Die Sowjetunion hat in verschiedenen politischen Initiativen die Verurteilung der amerikanisch-zionistischen Aggression gefordert und entsprechende Warnungen sowohl an die USA wie an Israel gerichtet.

Im UN-Sicherheitsrat drängte sie auf weltweite Sanktionen gegen Israel (zuletzt mit dem Resolutionsentwurf S/15347 vom 6.8.1982; siehe Kasten), ein Antrag, der allein durch das Veto der USA zum Scheitern gebracht wurde. Präsident Leonid I. Breschnew betonte in einem Prawda-Interview: „Unser Land wird denjenigen, die sich nicht dem Aggressor beugen und die eine gerechte Regelung und Frieden in dieser Region anstreben, Hilfe und Unterstützung leisten.“<sup>13</sup> Die einzige Lösung des Nahostproblems besteht laut L.I. Breschnew in der Bildung eines unabhängigen palästinensischen Staates, und er schlägt – mit Zustimmung der PLO – eine internationale Nahostkonferenz vor.

Waffenlieferungen und andere materielle Hilfen der UdSSR an die PLO, die Libanesische Nationalbewegung und Syrien wurden nach dem 6. Juni 1982 nicht geringer, zerstörtes Gerät ersetzt. Massiver Druck der Sowjetunion – u.a. auch die Präsenz der sowjetischen Flotte nahe der 6. US-Flotte im östlichen Mittelmeer – hielt Ronald Reagan davon ab, Marines der USA in Beirut intervenieren zu lassen.

Auf den Vorwurf von Liga-Generalsekretär Klibi, die Sowjetunion zeichne sich durch Untätigkeit in Sachen Libanonkrieg aus, entgegnete der französische PLO-Repräsentant, Ibrahim Suss:

„Die Sowjetunion gewährt uns eine diplomatische, politische und militärische Hilfe wie sie uns die anderen großen Mächte verweigern. Ich denke, daß die Warnungen, die Moskau an Israel und die Vereinigten Staaten gerichtet hat, nicht auf die leichte Schulter zu nehmen sind.

Aber wir müssen auch das heikle Kräfteverhältnis zwischen den Großmächten im Nahen Osten in unsere Erwägungen einbeziehen. Durch seine Aktion hat Israel nicht nur den Frieden in der Region, sondern auf der ganzen Welt gefährdet, die sich plötzlich am Rande eines Abgrundes wiederfindet. Es ist von daher normal, daß die Sowjets alles versuchen, um eine sowjetisch-amerikanische Konfrontation zu vermeiden.“<sup>14</sup>

Es waren die USA und Israel, die jede Initiative zur schnellen Beendigung des Blutvergießens im Libanon blockierten. So erklärte die israelische Regierung unverhohlen, daß sie den Resolutionen 508 und 509 des UN-Sicherheitsrates (siehe Kasten), die die sofortige Einstellungen der Kampfhandlungen und den Rückzug Israels aus dem Libanon fordern, nicht Folge leisten werde. Selbst UNO-Beobachtern, die auf Beschluß des Sicherheitsrates nach Beirut entsandt werden sollten, wurde durch die israelische Armeeführung der Zugang zur Stadt verwehrt.

Weitere Resolutionen, die die Forderung nach Rückzug Israels aus dem Libanon bekräftigen sollten, wurden durch US-amerikanisches Veto verhindert. Stattdessen versuchten die USA unter dem Vorwand, die PLO aus dem Libanon

evakuieren zu wollen, mit Marines der 6. Flotte militärisch in das Geschehen einzugreifen.

Durch die Pendeldiplomatie ihres Sonderbotschafters Habib versuchen die USA internationale Lösungsbemühungen zu umgehen. Inhaltlich decken sich die Vorschläge Phillip C. Habibs mit denen der Israelis.

Als Vorbedingungen für eine Anerkennung und Verhandlungsbeteiligung der PLO stellten die USA an diese die Bedingungen, Israel zuvor einseitig anzuerkennen und der Resolution 242 des UN-Sicherheitsrates von 1967 beizupflichten.

Bei einem Besuch US-amerikanischer Kongreßabgeordneter in Beirut unterzeichnete der PLO-Vorsitzende Yassir Arafat



Von PLO-Kämpfern im Libanon abgeschossener Hubschrauber

## FILME ZUM BRENNPUNKT PALÄSTINA

### KINDER PALÄSTINAS

Das bedrohte Leben der palästinensischen Kinder im Süden Libanons.

(PLO 1979, 16mm, Farbe, 35 Minuten)

### RASHIDIYA

Szenen aus einem Flüchtlingslager an der Südgrenze des Libanon, das nach dem Film 1978 zerstört wurde.

(BRD 1977, 16mm, Farbe, 20 Minuten)

### PALÄSTINA

Eine Bestandsaufnahme des Schicksals der Palästinenser - die Grundlage zum Verständnis der heutigen Situation.

(BRD 1971, 16mm, Farbe, 43 Minuten)

### RUF DES BODENS

Das brutale Vorgehen des israelischen Militärs gegen Demonstranten auf der Westbank.

(Syrien 1975/1976, 16mm, SW, 18 Minuten)

### GEBOREN AUS DEM TOD

Bei einem israelischen Luftangriff auf die Zivilbevölkerung Beiruts wird aus dem Leib einer tödlich getroffenen Frau deren Kind fast unversehrt entbunden. Man tauft es 'Palästina'.

(BRD 1981, 16mm, Farbe, 9 Minuten)

Im Verleih bei:  
UNIDOC-Film GmbH  
Postfach 45, 8 München 19  
Tel. 089/15 60 61

**UNIDOC**  
Film für  
den Fortschritt

Donatstr. 29 Postfach 45  
8000 München 19 Tel. 089/15 60 61

ein Dokument, in dem er alle UN-Resolutionen zur Palästinafrage von 1947 bis heute anerkannte. Die Resolution 242 sei dabei nicht gemeint, ließ die PLO verlauten, da in ihr nur von Flüchtlingen die Rede sei und sie sich folglich nicht auf die Palästinafrage beziehe. Bedeutsam allerdings an dem Dokument ist die Anerkennung des UN-Teilungsplans von 1947, der die Gründung je eines jüdischen und eines palästinensischen Teil-Staates in einer Wirtschaftsunion in Palästina vorsah. Y. Arafat hat angedeutet, daß er sogar bereit wäre, die Resolution 242 zu akzeptieren, sofern diese Resolution um einen Abschnitt erweitert werde, der das Recht der Palästinenser auf Selbstbestimmung, einschließlich des Rechtes auf Bildung eines eigenen Staates, fordere. Weder Israel noch die USA gingen bisher auf die Offerte ein. Kein Wunder, sind es doch Israel und die USA, die sich bis heute nicht bereit zeigen, einen palästinensischen Staat in Palästina zu akzeptieren. Die Regierung Begin weigert sich bis heute der Aufforderung der Resolution 242, deren Anerkennung die USA von der PLO fordern, nachzukommen und ihre Truppen aus den besetzten Gebieten (Westbank, Gaza, Golan) zurückzuziehen. Und Ministerpräsident Menachim Begin selbst hat im Zusammenhang mit der Veröffentlichung der Arafat-Erklärung betont, daß Israel die PLO selbst dann nicht anerkenne, wenn diese das Existenzrecht Israels anerkennen würde.

Mit der Unterstützung der Forderung Israels, alle ausländischen Armeen sollten sich aus dem Libanon zurückziehen, setzen die USA das Opfer mit dem Aggressor gleich. Im Gegensatz zu den syrischen Truppen und der PLO, deren Präsenz im Libanon sowohl im Rahmen der Arabischen Liga als auch in Abkommen mit der libanesischen Regierung eine legale Grundlage hat, ist die Begin-Regierung unter Mißachtung jeder Norm des Völkerrechts über ein Nachbarland hergefallen.

Dessen ungeachtet erklärte sich die PLO-Führung zum Verlassen Beiruts bereit, um das Leben der libanesischen und palästinensischen Zivilisten, die in Westbeirut leben, zu retten.

Auch wenn sich die PLO aus dem Libanon zurückzieht, ist damit noch kein Ende des Krieges in Sicht. Israel will sich frühestens dann aus dem Libanon zurückziehen, wenn eine Regierung in Beirut einen Kapitulationsvertrag mit Israel unterzeichnet. Dazu sind allein die Phalangisten bereit. Andererseits wird das libanesische Volk weder eine faschistische Regierung noch eine dauerhafte israelische Besatzung akzeptieren.

Desweiteren wird der Machtkampf zwischen Syrien und Israel um Einflusssphären im Libanon weitergehen. Auch das Palästinenserproblem wird durch eine Verlegung der PLO-Hauptquartiere einer Lösung keinen Schritt nähergebracht. Allein im Libanon verbleiben über 350.000 palästinensische Flüchtlinge. Und mit ihnen bleiben palästinensische Guerillaeinheiten, die gemeinsam mit der Libanesischen Nationalbewegung in der Bekaa-Ebene und im Südlibanon den Kampf gegen die zionistischen Besatzer fortsetzen.

## Kein Ende des Krieges in Sicht

Auch wenn die Hauptquartiere der PLO in Beirut vernichtet werden sollten, so ist die PLO noch lange nicht vernichtet. Bassam Shakaa wird der Satz zugeschrieben: „Die PLO sind alle palästinensischen Frauen, Männer und Kinder. Die PLO sind unsere Söhne und Töchter, ist unser Land und Boden, unsere Bäume und Blumen.“ Legt man diesen Satz Shakaas zugrunde, so müßten die Zionisten erst ein ganzes Volk von 4,5 Mio ausrotten, um die PLO liquidieren und den Ruf des palästinensischen Volkes nach Selbstbestimmung und einem eigenen Staat ersticken zu können.

Trotz ihrer waffentechnischen Unterlegenheit hat die PLO der israelischen Armee im Libanon länger standgehalten als jedes arabische Land zuvor. Dadurch ist ihr Ansehen bei den arabischen Massen und weltweit gestiegen. Israel ist international so isoliert wie noch nie in seiner Geschichte und der Ruf nach Anerkennung der PLO wird immer lauter.

Auch in Israel selbst wächst der Protest an der Kriegsführung der Regierung Begin. Zum ersten Mal in der Geschichte des Landes demonstrierten über 100.000 Menschen während eines Krieges gegen den Kurs der Regierung und forderten eine gerechte Lösung des Palästina-Problems. Trotz der unsäglichen Leiden, die der Krieg über die palästinensische und libanesische Bevölkerung gebracht hat, enthält die Aussage des ehemaligen israelischen Parlamentsabgeordneten Uri Avnery während seines Beirut-Besuches bei Yassir Arafat eine Hoffnung: „Die Zeit ist gekommen, Frieden zu schließen... Ihr werdet einen palästinensischen Staat haben und wir einen israelischen und wir werden zusammen in Frieden leben.“<sup>15</sup>

### Anmerkungen:

- 1) Weser-Kurier, Bremen, 10.7.1982
- 2) A. Kapeliouk, La liquidation de l'obstacle palestinienne, in: Le Monde Diplomatique, Paris, Juli 1982, S.1
- 3) MERIP Reports, Washington, Mai 1982, S.14
- 4) Ebenda
- 5) A. Kapeliouk, a.a.O., S.3
- 6) Le Monde, Paris, 17.6.1982
- 7) So präsentierte A. Sharon bei seinem letzten Besuch in den USA eine Landkarte mit einer israelischen Westbank, einem palästinensischen Jordanien und einem christlichen Libanon. Vgl. A. Kapeliouk, a.a.O., S.3; siehe auch: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 7.7.1982
- 8) Libération, Paris, 22.7.1982
- 9) Siehe ausführlich: Abu Ijad, Heimat oder Tod, Düsseldorf/Wien 1979, S. 265ff. und W. Bröner, Der Nahost-Konflikt und die Palästina-Frage, Frankfurt/M. 1979, S. 193ff.
- 10) Le Monde, 29.6.1982
- 11) FAZ, 1.7.1982
- 12) Afrique Asie, Paris, Nr. 272/19.7.1982
- 13) Unsere Zeit, Düsseldorf, 22.7.1982
- 14) Le Monde, 19.6.1982
- 15) Libération, 7.7.1982



## Zeitschriftenschau

### Informationsdienst Südliches Afrika, Nr. 6/1982

**Schwerpunkt Südafrika:** Black Sash • Wider „Recht und Ordnung“ • Rassistische Propaganda für deutsche Schüler • Rassismus und Sport • Geburtstag hinter Gittern • Verhaftet, gefoltert, gebannt! • Arbeitskampf und Boykottaktionen bei Rowntree in Südafrika • Tarifverhandlungen gescheitert • **Zimbabwe:** Resettlement • Mukosi • **Namibia:** Gegen den Terror Südafrikas in Namibia • Memorandum der SWAPO • Komitee für die Befreiung Namibias • **Aktionen:** Begnadigung für zum Tode verurteilte ANC-Kämpfer • Mit Scheiße für Rassistenfrüchte  
Einzelpreis 5,- DM; Abo 40,- DM  
Bezug: ISSA, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1

### FORUM, Nr. 56/Juni 1982

**BUKO:** BUKO-Vorbereitung läuft • Ideenwettbewerb • Anti-Interventionskampagne: Neuerscheinungen • El Salvador in der Bielefelder Innenstadt • Frieden: Streit in der Friedensbewegung, Sieben kritische Bemerkungen • Frieden ist mehr: Kommentierung-Monopol? DPK-Gefälle, Auf uns gemünzt? Halbe Wahrheit • Waffen für El Salvador: Zwei Stellungnahmen • Prozeß gegen AAB-Geschäftsführerin • Das ist der Gipfel – Demo-Vorbereitung • Termine  
Einzelpreis 3,- DM; Abo 36,- bzw. 50,- DM  
Bezug: Magazin-Verlag, Königsweg 7, 2300 Kiel 1

### Mittelamerika-Magazin, Nr. 20/Juni 1982

Die lange Tradition der US-Intervention • Militärische Präsenz der USA in der Karibik – eine Karte • Front gegen die Reagan-Politik: Die Solidaritätsbewegung in den USA • Philip Agee: „Die Nicaraguaner werden sehr hart kämpfen“ • Vom Rufmord zum Mord: Psychologische Kriegsführung des CIA in den Medien Lateinamerikas • Miguel Torres: „Der Frieden ist das wichtigste Ziel der Revolution“ • Ein Sender für Guatemala • „Wann trittst Du endlich zurück?“ – Offener Brief an den salvadorianischen Botschafter in Bonn • Kurzmeldungen: El Salvador, Honduras, Nicaragua, Guatemala, Flutkatastrophe  
Einzelpreis 2,50 DM; Abo 15,- bzw. 20,- DM  
Bezug: Magazin-Verlag, Königsweg 7, 2300 Kiel 1

### Brasilien-Nachrichten, Nr. 5-6/1982

**HARTE URTEILE** gegen Priester und Kleinbauern, 130 Jahre Gefängnis: Augenzeugenbericht vom Prozeß, Reaktionen, Aktionen • **VOR DEN WAHLEN:** Meinungsumfragen • **MINDESTLOHN UND LEBENSHALTUNGSKOSTEN** • **VOLKSWAGEN CONTRA KIRCHE** (2. Teil): Interview mit Dom Claudio Hummes, Brief von Dom Claudio • **HANDEL MIT KINDERBLUT** (Dokumentation) • **NEUES VON RONDA ALTA** (Dokumentation) • **NACHRICHTEN UND KURZNACHRICHTEN**  
Einzelpreis 3,50 DM; Abo 18,- bzw. 25,- DM  
Bezug: CON, Weserdeich 38, 2800 Bremen 1

### ila-info, Nr. 58/August 1982

**Schwerpunktthema:** „MEIN KIND VERBRENNT MIR DIE EINGEWEIDE“ – Umweltkatastrophe in Brasilien • Kirche in Brasilien: „Nicht für die Arbeiter – sondern mit den Arbeitern“ • Ecuador – Agrarpolitik und Landreform • Das Schilfrohr des San Pablo Sees • Guatemalas Regierungsprogramm: „Bohnen und Gewehre“ • Nicaragua: Dritter Jahrestag der Revolution • Unwetterkatastrophe in Nicaragua • Die neue Weltagrarstruktur oder warum Weizen doch nicht satt macht • **Ländernachrichten:** Bolivien, Brasilien, El Salvador • **Solidaritätsbewegung:** Kredite, Krieg, Entwicklungshilfe – Die klammheimliche Intervention in Mittelamerika; Ein Appell und ein Protestschreiben an die BRD-Regierung, Zwei Briefe aus dem Regierungslager; Konzert für Nicaragua; Von Vampieren, Giftmischern und Geldhaien (BUKO-Pharmakampagne); Selbstdarstellungen; Medien und 3. Welt  
Einzelpreis 2,50 DM; Abo 25,- bzw. 50,- oder 55,- DM  
Bezug: ila, Römerstr. 88, 5300 Bonn 1

### Lateinamerika-Nachrichten, Nr. 105/Juli 1982

**I. BERICHTE:** GUATEMALA: Drei Monate nach dem Putsch der „jungen Offiziere“; Erklärung der Besetzer der brasilianischen Botschaft • CHILE: Wie senkt man den Reallohn? • VENEZUELA: Sparetat und Protest – Demonstrationen an der Andenuniversität • **II. HINTERGRUND:** ARGENTINIEN: Die Folgen des Krieges • Leserbrief • Dieser Krieg ist nicht mein Krieg • NICARAGUA: Mit der Sozialistischen Internationale für mehr Unternehmerfreiheit? • KOLUMBIEN: Massenprozeß gegen Mitglieder von M-19 • Sieg der Konservativen • BRASILIEN: Indianerpolitik und indianischer Widerstand • MEXIKO: Modernisierung und Hunger – die mexikanische Landwirtschaft • JAMAICA: Was wurde aus Manley's Landreform? • **III. SOLIDARITÄT:** FDCL-Frauengruppe stellt sich vor • Spendenaufruf für Nicaragua • Partnerschaftsaktion Argentinien • Palästina: Spendenaufruf  
Einzelpreis 3,- DM; Abo 35,- DM  
Bezug: FDCL, Savignyplatz 5, 1000 Berlin 12

Anni Friese

## Der Golfkrieg im Zeichen der „Offensive Ramadan“

Mit „tiefer Besorgnis“, hieß es im Weißen Haus, habe man den iranischen Einmarsch im Irak am 13. Juli 1982 zur Kenntnis genommen.

War der inzwischen zweijährige Krieg,<sup>1</sup> den der Irak im September 1980 mit dem Einmarsch mehrerer Divisionen in ein mehr als 1.000 km langes Gebiet Irans entlang der irakisch-iranischen Grenze begonnen hatte, im öffentlichen Bewußtsein schon in die Rubrik „vergessen“ eingestuft worden, so machten sich erste Zeichen von Unruhe in Washington nach den ersten siegreichen Offensiven der iranischen Streitkräfte bemerkbar. Diese Wende des Krieges, die sich seit September vorigen Jahres abzeichnete, mußte die US-Administration alarmieren, hatte sie doch wiederholt darauf hingewiesen, daß sie keinesfalls gewillt sei, weitere Verluste in dieser Region (nach dem Sturz des Schah im Februar 1979) hinzunehmen.

Bis zum Juli 1982 hatten sich die USA in Worten als „neutral“ gegenüber der irakisch-iranischen Schlacht ausgegeben. Auf den Schritt des Iran, seine Truppen in den Irak zu schicken, reagierte das Weiße Haus jedoch offen und eindeutig. Man werde „geeignete Schritte“ zu unternehmen wissen, hieß es im offiziellen Sprachgebrauch, falls Khomeinis Dihad (heiliger Krieg) Amerikas Freunde bedrohe.

Denn auf dem Spiel stehe womöglich die Öllebensader des Westens und die Stabilität am Persischen Golf,<sup>2</sup> fügte das Magazin Newsweek hinzu.<sup>3</sup> Keinen Zweifel ließ auch der neuernannte Außenminister Shultz bei seinen Hearings vor dem US-Senat in Washington, daß er den Mittleren Osten „an die Spitze seiner Prioritäten“ setzen werde.

Auf dem Spiel steht zunächst, dafür gibt es sichere Anzeichen in Bagdad, das Baath-Regime unter Saddam Hussein.<sup>4</sup> Statt die iranische Revolution zu Fall zu bringen, was das erklärte Ziel Iraks gewesen war, deuten nun viele Entwicklungen in Irak darauf hin, daß der Krieg mit seinen enormen Verlusten an Menschen und Material und ohne sichtbaren Erfolg Saddam Hussein selbst zum Verhängnis werden kann. Dies trotz der massiven Unterstützung Saddam Husseins durch Regimes wie das saudische, ägyptische und jordanische oder die Golfscheichtümer mit Finanzaufwendungen in Höhe von 20 Mrd Dollar, mit Waffen aus Ägypten und „Freiwilligen“ aus Jordanien steht der Krieg kurz vor dem Ende – zugunsten des Iran.

Die Opposition im Irak ist in den letzten Monaten gewachsen und initiiert Demonstrationen selbst in der Hauptstadt des Landes. Die Front des Widerstandes, zu der u.a. die Demokratische Partei Kurdistans und die Irakische Kommunistische Partei gehören, errichtete einen eigenen Sender in befreiten Gebieten im Norden des Irak.

Von der irakischen Armee berichteten selbst Korrespondenten, die keineswegs auf iranischer Seite standen, sie sei demoralisiert, die Soldaten, denen das Ziel dieses Krieges nicht klar sei, liefen in Scharen zu den iranischen Revolutions-



Iranische Kriegsfreiwillige in Teheran

streitkräften über oder verweigerten selbst unter Androhung schwerster Strafen den Dienst. Nach der irakischen Niederlage im Mai d.J. und der Verjagung aus Khorramshahr ließ S. Hussein 300 Offiziere seiner Armee entfernen, verhaften bzw. hinrichten.<sup>5</sup>

Die Ungewißheit über die Zukunft des Irak, einschließlich der Möglichkeit, daß er in absehbarer Zukunft in die Front der antiimperialistischen Staaten der Region zurückkehren könnte, verstärkt sich mit dem Einmarsch der iranischen Streitkräfte im Irak insofern, als jeder weitere militärische Erfolg des Iran den Stuhl Saddam Husseins direkt bedroht. Gleichzeitig jedoch gibt der iranische Einmarsch den USA gefährliche Vorwände, „an der Seite seiner Freunde“ direkt einzugreifen. Eine Gelegenheit, auf die Washington schon lange lauert, betrachtet man die Vorbereitungen, die bereits unter Jimmy Carter als Reaktion auf den Sieg der iranischen Revolution begannen und bis zum heutigen Tag fortgeführt werden.

Mit dem Ziel, die ölreiche Region am Persischen Golf mit allen Mitteln unter Kontrolle zu behalten, was der damalige Präsident Carter 1980 zum „vitalen Interesse“ der USA erklärte, errichteten die USA eine Kette von Stützpunkten rund um die Region: von Ostafrika (Kenia, Somalia) über Oman bis Ägypten und Pakistan; die 5. US-Flotte, verstärkt von einigen Schiffen verbündeter NATO-Paktstaaten, kreuzt seither, mit Atomwaffen bestückt, am Persischen Golf und Indischen Ozean; in Ergänzung dazu wurde nach dem israelischen Einmarsch im Libanon vom 6. Juni 1982 die 6. US-

Flotte im östlichen Mittelmeer konzentriert; die rasch zusammengestellte Schnelle Eingreiftruppe (RDF) hielt erste Manöver in Ägypten ab und hat seit dem Frühjahr 1982 Gelegenheit, als Teil der „Internationalen Friedenstruppen“ (USA, Großbritannien, Frankreich, Italien) auf dem Sinai in Ruhe die spezifischen klimatischen und geographischen Gegebenheiten der Region des Nahen und Mittleren Ostens zu studieren. Nach dem 13. Juli 1982 bot die Reagan-Administration Saudi Arabien und den anderen Golfstaaten gemeinsame „symbolische“ Manöver an. Und der aus Saudi Arabien, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Kuwait, Bahrain, Qatar und Oman bestehende Golfrat kündigte den Abschluß eines Sicherheitspaktes noch vor Ende dieses Jahres an.

Nichts anderes als ein Teilstück des umfangreichen Vorhabens der USA, die Kontrolle der Region und damit ein zentrales Glied der US-Globalstrategie wiederherzustellen, ist in diesem Zusammenhang die israelische Invasion im Libanon (siehe Beitrag von I. Lübben-Pistofidis). Der Traum Menachim Begins von einem eng verknüpften Gürtel Ägypten-Israel-Libanon, der bereits in israelischen Reisebüros als Touristenschlager ausgearbeitet wird, soll den schon im Separatabkommen von Camp David (September 1978) enthaltenen amerikanisch-israelischen Plan verwirklichen, hier einen „Schutzwall“ gegen das Vorwärtsdrängen arabischer Volksbewegungen zu errichten und damit Verluste wie den des Schah-Regimes 1979 im Iran, des vormaligen Gendarmen des Mittleren Ostens und engsten Verbündeten Israels und der USA, künftig zu verhindern.

Gerade die ungehinderte Brutalität Israels im Libanonkrieg machte deutlich, daß mit dem Andauern des irakisch-iranischen Kriegs die – neben dem lahmgelegten Ägypten – beiden stärksten Militärmächte der Region praktisch als handlungsfähige Kontrahenten Israels ausgeschaltet waren. Darüber hinaus trieb die unterschiedliche Parteinahme für einen der kriegführenden Golfstaaten die Spaltung des arabischen Lagers so tief, daß sie „machtlose Zuschauer geworden sind“, wie die Newsweek am 26.7.1982 voller Genugtuung einen „militärischen Beobachter in Kairo“ zitierte.

In diesem Sinne kann Washington jede Verlängerung des Krieges zwischen dem Irak und dem Iran nur gelegen kommen. Je länger diese Schlacht dauert, je mehr Menschen und Kosten sie täglich verschlingt, desto größer die Aussicht, der iranischen Revolution, die immer noch unter der Hauptlösung „Unser Feind Nr. 1 ist Amerika“ steht, irreparable Schäden zuzufügen; und desto größer die Aussicht gleichzeitig den Irak, der mit einem Sturz Saddam Husseins aus den Händen der USA zu gleiten droht, vorbeugend zu schwächen.

## Irans Bedingungen an einen Frieden

Trotz aller „Friedensbeteuerungen“ auf irakischer und US-amerikanischer Seite deutet der Verlauf der irakischen Aggression bis zu ihrer beinahe vollendeten Niederlage darauf hin, daß es den Initiatoren dieses Krieges nie um etwas anderes ging, als die Kämpfe in die Länge zu ziehen, und damit den Schaden für Iran so groß wie möglich zu machen.

Das Hauptziel der irakischen Armee im Iran – so zitierte der britische Guardian in den Tagen der siegreichen iranischen Offensive vom Mai 1982 irakische Quellen – habe nicht so sehr im Festhalten iranischen Territoriums gelegen. „Vielmehr war beabsichtigt, dem Feind schwere Verluste an Menschen und Material zuzufügen, ihn auf diese Weise zu erschöpfen und damit zu zwingen, die territorialen und maritimen Rechte des Irak anzuerkennen.“

Nach diesem Grundsatz handelte Saddam Hussein auch, als er am 28. Juli 1982 den irakischen Truppenabzug von irani-

ischem Territorium für „abgeschlossen“ erklärte“, irakischer Artillerie jedoch den Befehl gab, von sicheren Stellungen hinter der Grenze aus weiterhin iranische Städte und Dörfer in Reichweite zu beschießen. „Entweder bleiben die iranischen Truppen wo sie sind“, erklärte Saddam Hussein kurz vor dem iranischen Einmarsch in den Irak, „und dann gehen die Artilleriegefechte weiter, oder sie versuchen, in unser Territorium vorzudringen.“<sup>6</sup>

Die „Offensive Ramadan“ (benannt nach dem heiligen Fastenmonat Ramadan, in dem die Offensive ihren Anfang nahm) vom 13. Juli 1982 wurde von der iranischen Staatsführung denn auch begründet mit der Absicht, den Feind daran zu hindern, weiterhin iranische Städte unter Beschuß zu nehmen.

Das Vordringen iranischer Streitkräfte auf irakisches Gebiet sei eine defensive Maßnahme, zitierte AP am 25.7.1982 den iranischen Revolutionsführer Ayatollah Khomeini. Dem Iran gehe es – wie auch vorher – nicht um die Eroberung von Gebieten. Es solle aber den Irakern unmöglich gemacht werden, iranische Städte und Siedlungen im Grenzgebiet zu beschießen. Dies entsprach der früheren Haltung des Iran, die er schon während der verschiedenen Vermittlungsversuche internationaler Abordnungen eingenommen hatte.

Unter dem Hinweis, daß der revolutionäre Iran nichts dringender wünsche und auch benötige als Frieden, um endlich in Ruhe an den Aufbau des Landes und die Lösung der sozialen und wirtschaftlichen Probleme gehen zu können, hatten Staatspräsident Khamenei, Ministerpräsident Musawi und andere führende iranische Politiker wiederholt drei Voraussetzungen für einen Friedensschluß genannt:

1. vollständiger Rückzug der irakischen Truppen von allen besetzten Gebieten;
2. Feststellung des Aggressors durch ein internationales Gremium und Zahlung von Reparationen an den Geschädigten;
3. Rückführung vom Iran in den Irak von etwa 100.000 irakischen Schiiten, die das Baath-Regime vor zwei Jahren vertrieben hatte.

Die irakische Antwort darauf, Scheinangebote durch teilweises Entgegenkommen unter gleichzeitiger Beibehaltung der Artilleriegefechte, verlor ihre Wirkung, als die iranischen Streitkräfte eine Offensive nach der anderen siegreich beendeten und damit den Krieg fast zu Ende brachten. Die Zeit stellte fest, „daß der so oft totgesagte, vom Militär- und Wirtschaftskollaps bedrohte revolutionäre Iran ein ernstzunehmender Machtfaktor am Golf und in Nahost geworden ist“, und „alle Beobachter davon ausgehen, daß sich das Machtgefüge im Innern des Iran gestärkt und konsolidiert hat“.<sup>7</sup>

Die iranischen Siege der letzten Monate, die unter großer Beteiligung freiwilliger Kräfte errungen wurden, brachten der Revolutionsführung in Teheran neue Unterstützung durch die Masse der iranischen Bevölkerung. Andererseits birgt der Entschluß der iranischen Führung, in den Irak einzumarschieren, die Gefahr einer direkten Intervention der USA im Iran und damit eines weiteren Konflikts globalen Zuschnitts in sich.<sup>8</sup>

### Anmerkungen:

- 1) Ausführlich siehe AIB 1/1981, S. 16ff.
- 2) Newsweek (NW), New York, 19.7.1982
- 3) Ebenda, 26.7.1982
- 4) Zur irakischen Innenentwicklung und außenpolitischen Veränderungen siehe: AIB 7-8/1980, S. 25-28 und 3/1981, S. 30-32
- 5) Laut NW, 26.7.1982
- 6) Time, New York, 19.7.1982
- 7) Die Zeit, 30.7.1982
- 8) Der für September 1982 in Bagdad angesetzte Gipfel der Nichtpaktgebundenen wurde auf Februar 1983 verschoben und soll in Neu-Delhi tagen. Damit geht der Vorsitz der Bewegung für die nächsten drei Jahre auch nicht an Saddam Hussein, sondern an Indira Ghandi über.

Albrecht Schwarzkopf/Josef Buddenkotte

## Die neue Strategie des Rios Montt: „Bohnen und Gewehre“



Guatemalas neuer starker Mann, Rios Montt

Am 23. März 1982 umstellt eine Truppe von 500 Soldaten den Nationalpalast in der Hauptstadt. Angeführt werden die Putschisten von „jungen Offizieren“. Der Staatspräsident Lucas García zieht sich auf seine Besitzungen im Norden Guatemalas (sog. „Zone der Generäle“) zurück.

In den USA werden sofort wieder Hoffnungen wachgerufen, daß damit die internationale Isolierung Guatemalas beendet sein und man die Waffenlieferungen wiederaufnehmen könne (1977 waren die Waffenlieferungen aus den USA von der Carter-Administration wegen der permanenten Verletzung der Menschenrechte eingestellt worden). Die jungen Offiziere verfügen über kein genaues Regierungsprogramm: die Korruption soll beseitigt und der politische Pluralismus wieder etabliert werden. Als national renommierte Figur berufen sie Rios Montt (siehe Kasten) in die Regierungsjunta.

Noch am Tag des Putsches kommt es quasi zu einem zweiten Putsch. Rios Montt löst die Junta aus jungen Offizieren auf und setzt eine dreiköpfige Kompromißjunta an die Spitze des Staates, bestehend aus ihm selbst, General Maldonado Schaad und Oberst Francisco Gordillo (siehe Kasten). Sie verkörpern einen Konsens zwischen konservativen Militärs und „radikalen“ jungen Offizieren.

Die Verfassung der Republik wird außer Kraft gesetzt, wobei jedoch die Menschenrechte voll garantiert sein sollen. Der Kongreß wird aufgelöst. Jedwede Tätigkeit der politischen Parteien wird unterbunden.

Alle Guatemalteken werden aufgefordert, sofort die Waffen abzugeben: „Es wird in Zukunft keine ermordeten Personen am Wegesrand mehr geben.“ Zuwiderhandlungen würden mit der Todesstrafe geahndet. Der Staatsapparat solle von

korrupten und repressiven Elementen gesäubert werden. Die Ergebnisse der Wahlen vom 7. März 1982 (siehe AIB 5/1982, S. 8f.; d. Red.) werden annulliert, der Zeitpunkt für Neuwahlen auf unbestimmte Zeit verschoben.<sup>1</sup>

Was sind die Hintergründe des Putsches?

Wirtschaftlich gesehen steht Guatemala vor dem Staatsbankrott: Für 1982 wird ein Minuswachstum von 7% erwartet und ein Handelsbilanzdefizit von 700 Mio Quetzales. Die Ursachen dieser Entwicklung liegen in ungünstigen Weltmarktpreisen für die Hauptexportprodukte, im Zerfall des Mittelamerikanischen Gemeinsamen Marktes sowie in den Folgen der Wirtschaftssabotage durch die Guerilla (Anschläge auf Kaffee- und Baumwollplantagen, wachsende Kapitalflucht, Rückgang der Privatinvestitionen um 13% im Jahr 1981, Ausfall einer der wichtigsten Devisenquelle, des Tourismus).<sup>2</sup>

Dem entspricht eine politische Krise. Die internationale Isolierung Guatemalas wuchs aufgrund der unerträglichen Repression gegen die Bevölkerung, was Amnesty International zutreffend mit „politischer Mord als Regierungsprogramm“ bezeichnete<sup>3</sup>, und was zum Stopp der Militärhilfe durch die USA geführt hatte. Die unterschiedslose Repression unter Lucas García, die zunehmend auch auf Angehörige der Mittelschichten übergriff, zerstörte die soziale Basis des Regimes.

### Montt-Diktatur erst einmal bis 1985?

Der Aufschwung der Linkskräfte führte zur Vereinigung der vier bewaffneten Befreiungsorganisationen in der Guatemalteken Revolutionären Nationalen Einheit (URNG) und zur Gründung des Guatemalteken Komitees der Patriotischen Einheit (CGUP), einem Zusammenschluß namhafter Repräsentanten oppositioneller Gruppen, im Februar 1982.<sup>4</sup>

Schließlich zeigten sich zunehmend Spannungen in der Bourgeoisie und im Heer. Es gab Klagen über die Korruption, die Ineffektivität der Guerillabekämpfung und die Wirtschaftspolitik.<sup>5</sup> Die internationale Isolierung und die Spannungen unter den herrschenden Gruppen verschärfen sich noch durch die Wahlfarce vom 7. März 1982.

In den Städten herrscht das Bild relativer Ruhe unmittelbar nach dem Putsch. Todesschwadronen sind erst einmal von den Straßen verbannt. Die Regierung ergreift zunächst Maßnahmen gegen die für Korruption und Repression verantwortlichen Mitglieder der alten Administration. So wird z.B. Anklage erhoben gegen den Ex-Polizeichef Chupina, den Innenminister Alvarez Ruiz, den Chef einer Spezialeinheit der Polizei und andere.



Rios Montt kündigt eine Amnestie für die Aufständischen an, wenn diese sich im Monat Juni freiwillig öffentlichen Institutionen stellen und ihre Waffen dort abliefern. Rios Montt bietet den „Subversiven“ sogar eine bestimmte Menge Geldes pro Waffe an.<sup>6</sup>

Es stellt sich jedoch heraus, daß sich das Amnestieangebot im wesentlichen an diejenigen Mitglieder von staatlichen Sicherheitsorganen oder paramilitärischen Gruppierungen richtet, die maßgeblich für Ausschreitungen bei Antiguerillaaktionen verantwortlich sind. Propagandistisch groß aufgemacht werden Verhandlungsangebote an die Opposition, z.B. an die Demokratische Front gegen die Repression in Mexiko.

Für die Zeit nach dem Amnestieangebot wird ein Ausnahmezustand für die nordwestlichen Departements, in denen die größte Guerillaaktivität zu verzeichnen ist, angekündigt. Rios Montt erklärt hierzu, daß es in Zukunft keine Entschuldigung mehr gebe für subversive Tätigkeiten. Am 1. Juli 1982 jedoch wird der Ausnahmezustand für die gesamte Republik verhängt. Zwar ist diese Maßnahme zunächst auf 30 Tage befristet, wird aber dann um weitere 30 Tage verlängert.

Gleichzeitig gibt Rios Montt bekannt, daß er ab dem 1. Juli 1982 noch weitere 30 Monate regieren will und eine verfassungsgebende Versammlung erst 1985 einberufen werden soll. Bis dahin sollen auch die Aktivitäten der politischen Parteien, Gewerkschaften usw. suspendiert bleiben.<sup>7</sup>

Für die Durchführung dieser neuen Politik hatte sich Rios Montt schon am 9. Juni d.J. freie Hand geschaffen, indem er einen „Miniputsch“ durchführte und sich selbst zum Präsidenten und Oberbefehlshaber des Heeres proklamierte. Die beiden übrigen Juntamitglieder hatten ihren Hut zu nehmen. Dieser Schritt wurde vom US-Botschafter in Guatemala, Frederik Chapin, eindeutig positiv aufgenommen.<sup>8</sup>

Mit diesen Maßnahmen wird das Regierungsprojekt Rios Montts deutlich, das im wesentlichen folgende Zielsetzungen verfolgt: Konsolidierung seiner Macht, Bekämpfung der Guerilla mit allen Mitteln und Verbesserung des internationalen Ansehens Guatemalas.

## Helfende Hände aus Washington, Bonn

Rios Montt steht vor dem Problem, die verschiedenen Gruppeninteressen in der Oligarchie und im Heer soweit auszuwöhnen, daß eine effektive Bekämpfung der „Subversion“ möglich ist. Gleichzeitig will er die soziale Basis seiner Regierung ausweiten.

Unter der Militärdiktatur Lucas Garcías hatte sich die Korruption in ein zentrales Instrument der Bereicherung für die herrschende Militärclique verwandelt. Dies war der Bourgeoisie des Landes ein Dorn im Auge, zumal sie in der Korruption die Ursache für die Ineffektivität der Guerillabekämpfung sah.

Folglich kam es vor dem Putsch zu erheblichen Spannungen zwischen dem Unternehmerverband CACIF und der Regierung Lucas. Ein wesentlicher Streitpunkt war weiterhin die Wirtschaftspolitik. Z.B. trat die CACIF für eine verstärkte Erdölförderung ein zwecks Ausgleichs der Handelsbilanz.<sup>9</sup> Der Putsch wurde daher von CACIF lebhaft unterstützt. Der Posten des Wirtschafts- und Agrarministers wurde von CACIF-Leuten besetzt; die Erdölförderquoten werden steigen.<sup>10</sup> Insgesamt zielt die Politik der neuen Regierung darauf ab, das Investitionsklima zu verbessern.

Das größte Problem für Rios Montt besteht darin, zwischen der Linie der selektiven Repression (die er selbst und die jungen Offiziere vertreten und die mehr Freiheiten in der Stadt bei gleichzeitig harter Gangart in der Guerillabekämpfung

## Die Putschisten

Rios Montt, Jahrgang 1926, nimmt 1961 in Fort Bragg, North Carolina, an Kursen für Antiguerillataktik teil. 1973 wird er Generalstabschef des Heeres unter dem Präsidenten Arana Osorio („Schlächter von Zacapa“). Am 27. Mai 1973 kommandiert er persönlich einen Einsatz in den Orten Sansirisay und San Manuel Chaparon; Ergebnis: 30 Tote. Am 30.6.1973 erhält er das Militärverdienstkreuz 1. Klasse.

Am 3. März 1974 gewinnt er als Kandidat der Nationalen Oppositionsfront (Christdemokraten und Sozialdemokraten) die Präsidentschaftswahlen. Durch massiven Wahlbetrug bringt sich jedoch Kjell Laugerud Garcia an die Macht. Montt erhält 1 Mio Dollar Abfindung und den Posten als Militärrattaché in Spanien. Direktor der „Interamerikanischen Schule der Verteidigung“ mit Sitz in Washington. Prediger der evangelistischen Sekte „Christliche Kirche des Wortes“.

Maldonado Schaad, Jahrgang 1925, Mitglied des Generalstabes unter Arana Osorio, vor dem Putsch Chef der guatemaltekischen Luftwaffe. Chef der Ehrengarde, ein Todesschwadron, das unter dem Namen „Schwarzer Sarg“ sein Unwesen trieb.

Francisca Gordillo Martinez, Jahrgang 1935, 1961 „Experte im Dschungelkrieg“ bei einer Ausbildung in Fort Sherman/Panamakanalzone, Kommandant der Kaserne in Quetzaltenango, wo auch Emeterio Toj Medrano zwei Wochen lang gefoltert wurde.

fung vorsieht) und der Linie der unterschiedslosen Repression der alten Offiziere, die schon unter Lucas Garcia praktiziert wurde, einen Kompromiß zu finden. Dieser Konflikt führte beispielsweise bei der Besetzung der brasilianischen Botschaft durch Mitglieder der Volksfront-31. Januar (FP-31) am 12. Mai 1982, die darauf zielte, die neuen Massaker auf dem Land in der Weltöffentlichkeit bekannt zu machen (Erklärung der Besetzer in: AIB 7-8/1982, S. 16-19; d. Red.), fast an den Rand eines neuen Staatsstreichs.

Schließlich versucht Rios Montt durch seine neue Politik auch die Unterstützung der Mittelschichten, von Intellektuellen und städtischen Arbeitern zu gewinnen. Für die Bevölkerung in den Städten hat sich einiges geändert: Die Repression ist zurückgegangen, die Opposition kann sich in bezahlten Zeitungsanzeigen äußern, die „huelga de dolores“, ein Protestumzug der Studenten, konnte zum ersten Mal seit zwei Jahren wieder unblutig stattfinden. Die Regierung versucht sich ein populistisches Gesicht zu geben, erklärt sich für neutral im Interessenskonflikt zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, und beklagt sogar, daß die Gewerkschaften auf die 1. Mai-Demonstration (aus gutem Grund!) verzichteten.<sup>12</sup>

Durch den Ministaatsstreich vom 9. Juni 1982 konnte Rios Montt seine Macht weiter festigen, indem er seine beiden Mitregenten, die schon im Lucas-Regime hohe Posten eingenommen hatten und der faschistischen MLN nahestehen, zum Rücktritt gezwungen hatte. Dabei konnte er auf die Unterstützung der CACIF, der jungen Offiziere und der USA zählen.

Mit diesem Akt der Zentralisierung der Macht und dem nachfolgenden Erlaß des Ausnahmezustandes hat sich Rios Montt die wichtigsten Voraussetzungen für die beabsichtigte Offensive gegen die Guerilla geschaffen. Sein Wahlspruch: „Wir erklären den Krieg gegen die Subversion, und wir werden die Guerilla mit allen Mitteln bekämpfen.“<sup>13</sup>

Auf dem Land setzt sich die Repression in bisher nicht gekannter Vehemenz fort. Seit dem Putsch sind bis zur Ausrufung des Ausnahmezustandes bereits 5.000 Menschen bei Massakern umgekommen.

Die neue Taktik der Regierung: „fusiles y frijoles“ (Bohnen und Gewehre). Das bedeutet einerseits Bekämpfung der Guerilla, indem man ihre soziale Basis (unter der indianischen Bevölkerung) vernichtet. Das bedeutet andererseits ökonomische Hilfestellung (Sozialprogramme und Infra-

strukturmaßnahmen), um Teile der Landbevölkerung zu gewinnen.

Z.B. gibt es die sog. „zivil-militärischen Aktionen“. So ist in den Zonen mit größter Guerillaaktivität ein Straßenbauprogramm im Wert von 10 Mio Quetzales geplant, das 1.200 Arbeitsplätze für die Bauern der Region schaffen soll. Das ganze steht natürlich unter der Kontrolle der Militärs.

Das Militär wendet gegenüber der Zivilbevölkerung die Strategie der „verbrannten Erde“ an: Ganze Dörfer werden bombardiert, Ernten werden abgebrannt, Nahrungsmittelvorräte vernichtet. Neuerdings haben sich die Militärs einen weiteren Trick ausgedacht. Die Menschen in den Dörfern, die noch unter der Kontrolle der Regierung stehen, werden manchmal freiwillig, häufiger unter Zwang in sog. „Zivilpatrouillen“ rekrutiert. Die offizielle Propaganda präsentiert die Massaker an der Zivilbevölkerung dann als Zusammenstöße zwischen der Guerilla und den Zivilpatrouillen. Dadurch soll der Eindruck eines Bürgerkrieges entstehen.<sup>14</sup>

Nicht zuletzt auch durch die Pressezensur im Rahmen des Ausnahmezustandes wird bewirkt, daß das „Gleichgewicht zwischen der Taktik der verbrannten Erde und der Propa-

ganda“ jetzt gefunden ist. Die Menschen in den Städten Guatemalas und die internationale Öffentlichkeit erfahren ab dem 1. Juli 1982 nur noch die regierungsamtlichen Stellungnahmen zu den Massakern auf dem Hochland.

Zwei republikanische Abgeordnete des US-Kongresses behaupten daß eine Verbesserung in der Lage der Menschenrechte eingetreten sei, wie z.B. im Amnestieangebot deutlich geworden wäre. Deshalb sei an eine Wiederaufnahme der Militärhilfe durch Washington zu denken.

So wundert es auch nicht, daß die Reagan-Administration inzwischen eine zusätzliche Hilfe im Rahmen der „Internationalen Militärausbildung und Trainingsunterstützung“ (IMET) in Höhe von 250 Mio Dollar für Guatemala beantragt hat. Ferner ist die Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Hilfe im Gespräch.

Obwohl bisher von offizieller Seite aus noch keine Waffenlieferungen an Guatemala zugegeben werden, sind bereits 20 Hubschrauber des Typs „Puma“ eingetroffen; sie wurden bereits bei einer Antiguerillaoffensive im Departement Huehuetenango Ende Juni 1982 eingesetzt.

Auch die Beziehungen zur Bundesrepublik verbessern sich

## Ein Sender für Guatemala

In Guatemala findet heute, weitgehend unbeachtet von der Weltöffentlichkeit, Völkermord statt. Seit über drei Jahrzehnten leidet die guatemaltekeische Bevölkerung – über 50% sind Indios – unter der Herrschaft von Militärdiktaturen, die mit Unterstützung der USA an der Macht gehalten werden. Massaker und Bombardierungen ganzer Dörfer insbesondere im indianischen Hochland sollen die Bevölkerung einschüchtern und die Interessen von Militärs, Großgrundbesitzern und transnationalen Konzernen sichern. Die Bilanz dieser Repressionspolitik sind bis heute 85.000 Tote seit 1954. Zehntausende flohen allein in den letzten Monaten vor den Militärs ins Ausland. Sie flohen aus einem Land, in dem 2% der Bevölkerung 72% des bebaubaren Bodens besitzen, in dem zahlreiche Kleinbauern nicht über genügend Boden verfügen, um ihre Existenz zu sichern, in dem 65% der Kinder vor Erreichung des 5. Lebensjahres sterben.

Auch nach der Wahlfarce vom 7.3.1982 und dem darauffolgenden Putsch „junger“ Offiziere am 23.3.1982, die General Rios Montt zum Präsidenten machten, geht die blutige durch Militärs und paramilitärische Gruppen ausgeübte Gewaltherrschaft unvermindert weiter.

Obwohl allein seit dem Putsch mehrere tausend, vorwiegend indische Bauern massakriert worden sind, ist Guatemala für die internationalen Agenturen und Zeitungen kein Thema. Dies liegt u.a. darin begründet, daß durch die blutige Repression praktisch jegliche Arbeitsmöglichkeiten für in- und ausländische Journalisten abgeschafft worden sind.

War es vor einigen Jahren noch möglich, über kirchliche Rundfunksender Alphabetisierungsprogramme auszustrahlen oder zumindestens über bezahlte Anzeigen in den Zeitungen, die Repression anzuklagen, so sind heute alle Massenmedien völlig militarisiert. Von den vor fünf Jahren existierenden 6 katholischen Sendern sind zwei gewaltsam durch das Militär geschlossen worden und einer wurde durch das Heer übernommen. Die verbliebenen drei Sender müssen sich auf die Ausstrahlung von Musikprogrammen beschränken. 45 Journalisten wurden seit 1979 von den Militärs und rechtsextremen Killerbanden entführt oder ermordet. Ihr „Verbrechen“ war es, wahrheitsgetreu zu berichten. Viele Journalisten, deren Namen sich auf Todeslisten befinden, mußten ins Ausland fliehen oder in den Untergrund gehen. Im Rahmen der Legalität besteht in Guatemala die objektive Unmöglichkeit oppositioneller Berichterstattung.

In den letzten Jahren hat sich aber auch der Widerstand der Bevölkerung, ihr Kampf für eine menschenwürdige und repressionsfreie Zukunft verstärkt.

Viele Gewerkschaften haben sich im Untergrund neu formiert, zehntausende von Bauern und Landarbeitern sind im nationalen Einheitskomitee der Bauern zusammengeschlossen, zahlreiche, insbesondere junge Leute, schließen sich der Guerilla an.

Ein entscheidendes Hindernis für die weitere Entwicklung und Zusammenfassung des Widerstandes ist das Fehlen eines nationalen Kommunikationsmittels. Deshalb rufen APDG und CGUP die Welt-



öffentlichkeit dazu auf, die Errichtung eines Untergrundsenders „Radio Guatemala Libre“ zu unterstützen. Die Kosten des Aufbaus eines solchen Senders mit Kommunikationsmöglichkeiten in alle Landesteile belaufen sich auf 200.000 Dollar.

Die APDG ist der Zusammenschluß der Demokratischen Journalisten Guatemalas, die sich teils im Exil teils nach wie vor in Guatemala befinden. Im CGUP (Guatemaltekeisches Komitee der Patriotischen Einheit) haben sich 50 Persönlichkeiten aus allen sozialen und oppositionellen Sektoren Guatemalas (Gewerkschafter, Mitglieder beider Kirchen, indianische Bauernführer, Sozialdemokraten, Journalisten) zusammengefunden, um den Kampf des guatemaltekeischen Volkes international zu unterstützen und bekanntzumachen. Radio Guatemala Libre wird Sprachrohr aller für die Befreiung kämpfenden Kräfte Guatemalas sein.

Der Sender soll informieren und aufklären über Verfolgung, Folter und Völkermord sowie über die Ursachen von Ausbeutung und Abhängigkeit. Gerade für die Teile der Bevölkerung, die Analphabeten sind, ist das Radio seit jeher die wichtigste Informationsquelle. Mit der Errichtung des Senders bietet sich die Chance auch die bundesdeutsche Öffentlichkeit mehr über den Befreiungskampf eines Volkes zu informieren, das nur sein Land und sein Leben fordert.

Der Aufruf ist unterzeichnet von: APDG, CGUP, Bundesdeutsche Solidaritätsbewegung für Guatemala.

Spendenkonto für das Senderprojekt: Hypo Bank München, BLZ 700200 01, Kontonummer 65 30298 408, Stichwort: Radio Guatemala Libre.

Informationsfaltblatt anfordern bei: Guatemala Solidaritätsgruppe Münster, Kardinal von Galen-Ring 45, 4400 Münster.

ständig, nicht zuletzt auch aufgrund der Tatsache, daß Julio Matheu, Wirtschaftsminister Guatemalas, Präsident des mittelamerikanischen Ablegers des deutschen Chemieriesen Beiersdorf ist.<sup>15</sup> Ganz offiziell wurde Anfang Juni d.J. der längere Zeit verwaiste Posten des abberufenen westdeutschen Botschafters in Guatemala wiederbesetzt. Davon abgesehen, ist es natürlich selbstverständlich, daß die Verträge im Rahmen der Entwicklungshilfe („Master-Plan“ der Energieversorgung) verlängert werden und westdeutsche Firmen wie Lahmeyer-International mit Know-How und Spezialisten an diesen Projekten maßgeblich beteiligt sind. Diese Entwicklungsprojekte liegen in der sog. „Franja Transversal del Norte“, einer der konfliktreichsten Regionen Guatemalas.<sup>16</sup>

Zwar konnte Rios Montt zunächst einmal seine Macht festigen. Die hinter ihm stehende Koalition aus „jungen Offizieren“, CACIF und internationaler Öffentlichkeit bzw. den USA ist jedoch hochgradig labil.

Von dieser Regierung wird das Anwachsen der Opposition und insbesondere der Guerillaaktivität in Guatemala als Ergebnis ineffektiver Methoden der Bekämpfung der Guerilla gedeutet. Es wird sich jedoch zeigen, daß sich die Guerilla nicht in 30 Tagen aus der Welt „füsilieren“ läßt. Im Gegenteil: 25 Jahre der Unterdrückung haben sie gelehrt, mit der Repression zu leben und doch ihre Basis auszubauen. So ist denn auch im bislang nicht umkämpften Osten des Landes eine 7. Guerilla-Front des Guerillaheers der Armen (EGP) errichtet worden.

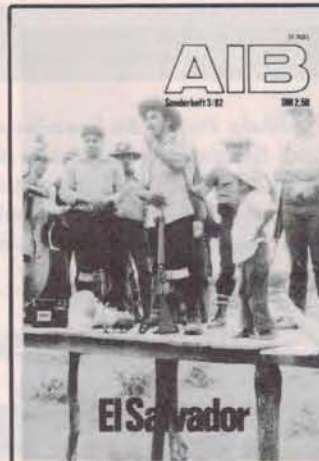
Damit wird aber der Grundkonsens in der Armee immer brüchiger werden. Gelingt es auch noch der städtischen Opposition Freiräume auszunutzen und ihre Stellung zu festigen, so werden die „alten Militärs“ schnell zu noch härteren Maßnahmen zu greifen gewillt sein. Ein neuer Putsch von rechts?

Die Bereitschaft der Bourgeoisie mitzuarbeiten und die Regierung weiter zu stützen, wird wesentlich von der wirtschaftlichen Entwicklung abhängen. Eine nachhaltige Verbesserung des Investitionsklimas ist jedoch nicht zu erwarten, da sich die Situation in Guatemala nicht entspannen, sondern noch weiter verschärfen dürfte.

Auch die internationale Öffentlichkeit wird das Spiel nicht lange mitspielen in der Lage sein. In dem Maße, wie es Solidaritätsbewegungen und anderen Kräften in den wichtigen kapitalistischen Ländern gelingt, die Öffentlichkeit auf die weiterbestehenden Menschenrechtsverletzungen aufmerksam zu machen, wird die internationale Isolierung Guatemalas wieder zunehmen. Ohne strukturelle Reformen ist eben keine Lösung möglich.

#### Anmerkungen:

- 1) Time, New York, 5.4.1982; Der Spiegel, 29.3.1982; El Pais, Madrid, 26.3.1982; Monitordienst, 24./25.3.1982
- 2) Inforpress, Guatemala-Stadt, 22.4.1982; Time, 21.6.1982; Latin America Commodity Report, 20.11.1981; Latin America Regional Report, London, 8.7.1982
- 3) Amnesty International, Politischer Mord als Regierungsprogramm, Februar 1981
- 4) Zu ihrer Programmatik siehe: AIB 4/1982, S. 13-14 und 5/1982, S. 7-9
- 5) Der Spiegel, 29.3. und 12.7.1982; Le Monde Diplomatique, Paris, Mai 1982
- 6) El Dia, Mexiko-Stadt, 22.5.1982
- 7) Inforpress, 24.6.1982 und Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31.7.1982
- 8) El Dia, 10. und 16.6.1982
- 9) Le Monde Diplomatique, a.a.O.
- 10) Latin America Weekly Report (LAWR), London, 2.7.1982
- 11) Ebenda, 18.6.1982; coyuntura, 15.5.1982
- 12) Ebenda; Inforpress, 6.5.1982
- 13) LAWR, a.a.O.
- 14) AIB 7-8/1982, S. 16ff.
- 15) Diario de Centroamerica, 31.3.1982
- 16) Lateinamerika-Nachrichten, Nr. 104, Juni 1982



#### AIB-Sonderheft 3/1982:

- V. Sieglin: Soziale Veränderungen im Griff der Oligarchie
  - A. I. Bresche: Wo liegen die Ursachen des El-Salvador-Konflikts?
  - W. Brönnner/H.-J. Nieth: Von der „Reform“-junta zum Krieg gegen das Volk
  - W. Brönnner/H.-J. Nieth: Die salvadorianische Befreiungsbewegung — Erben Farabundo Martis
  - A. I. Barrios: Die Intervention der USA in El Salvador — von Carter zu Reagan
- 40 Seiten 2,50 DM

#### AIB-Sonderheft 1/1982:

- W. Brönnner: Ein Jahr Reagan — Die neue globale Konfrontation
  - A. I. Barrios: Auf Interventionskurs im mittelamerikanischen Hinterhof
  - R. Falk: Der Kurs der Bundesrepublik — Mit Reagan in den Abgrund?
- 24 Seiten 2,— DM

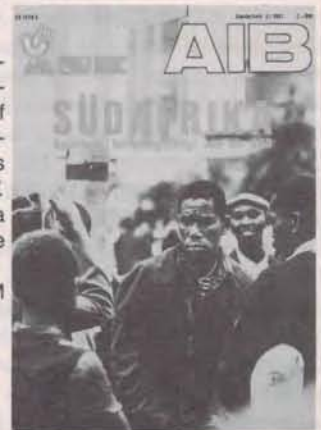


#### AIB-Sonderheft 2/1982:

- Nachbetrachtung zum Kongreß „Gegen die US-Intervention in Zentralamerika“
  - Beiträge der Veranstaltung „Die Zentralamerikapolitik des Westens“ von Luis de Sebastian, Roger Wurbach, José Pasos, James Wall, Heintz Dieterich, Wolf-Michael Catenhusen, Dieter Boris, Bernd Paeschke und Mario Rodriguez
  - Eduardo Galeano: Die Revolution — Antwort auf den Krieg gegen das Volk
- 20 Seiten 2,— DM

#### AIB-Sonderheft 2/1981:

- R. Brückner: Das Apartheid-system ist und bleibt unmenschlich
  - J. Ostrowsky: Der Kampf des ANC Südafrikas
  - H. Mayer: Pretorias Aggressionskurs gegen seine Nachbarn
  - W. Geisler/J. Ostrowsky: Südafrika und die NATO
  - R. Falk: Die Bundesrepublik und Südafrika
- 32 Seiten 2,— DM



## AIB-Antiimperialistisches Informationsbulletin

Das AIB ist die meistgelesene Monatszeitschrift zur Dritten Welt im deutschen Sprachraum. Ein Einzelheft kostet 2,50 DM (Sonderhefte 2,— DM), ein Jahresabonnement nur 25,— DM. Bestellungen an: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg

Vier chilenische Parteien, die Radikale Partei, die Sozialistische Partei (Generalsekretär Clodomiro Almeyda), die Kommunistische Partei und die Bewegung der Revolutionären Linken (MIR), veröffentlichten am 1. Juni 1982 einen gemeinsamen Aufruf, den wir im vollen Wortlaut dokumentieren. Er bestätigt die Aussage der Erklärung von Mexiko (siehe AIB 1/1982, S.13), mit der ein breites Spektrum linker Persönlichkeiten im September 1981 auf die Anwendung aller Kampfformen, einschließlich der bewaffneten, und auf das Erfordernis einer größeren Einheit des chilenischen Widerstands orientierte.

## Aufruf chilenischer Linksparteien Diktaturgegner im Kampf vereinen

Das in den Vereinigten Staaten ausgearbeitete und in Chile zugunsten der Hochfinanz mit Waffengewalt durchgesetzte Wirtschaftsmodell hat das Land in eine der schlimmsten Krisen seiner Geschichte gestürzt. Das marktwirtschaftliche Modell hat die Grundwidersprüche der Gesellschaft noch weiter zugespitzt, die Industrie des Landes zerstört und Chile in eine echte Filiale der transnationalen Gesellschaften verwandelt.

Die von Pinochet verkündete „Reise ohne Rückkehr“ stürzt das Land in den wirtschaftlichen Ruin. Die Auswirkungen der Rezession treffen insbesondere die Werktätigen und das Volk, die eine Arbeitslosenrate von 25% sowie ein rasches Absinken ihrer Reallöhne und ihres Lebensniveaus hinnehmen müssen. Mit Lohn- und Gehaltskürzungen und der Entlassung von Werktätigen versucht das Regime, der Krise Herr zu werden.

Eine kürzlich durchgeführte Untersuchung der Universität von Chile über die sozialökonomische Situation in Groß-Santiago weist auf das massive Anwachsen der Elendssiedlungen und Obdachlosenlager hin. Jeder 16. Einwohner Santiagos lebt unter solchen Bedingungen. In der Gemeinde La Florida ist jeder Fünfte davon betroffen. Die Untersuchung stellt ebenfalls fest, das Regime habe zu sozialer Polarisierung geführt. Während in der Gemeinde Providencia das Prokopfeinkommen 2.500 Dollar im Monat beträgt, liegt es in der von der ärmeren Bevölkerung bewohnten Gemeinde Pudahuel bei 24 Dollar. Während in Providencia einer von 4.000 Einwohnern Analphabet ist, ist das in der Gemeinde La Granja bei jedem 35. Bewohner der Fall.

Auch der größte Teil der Gewerbetreibenden, Händler und Landwirte leidet unter den Folgen der vom Imperialismus und den nationalen Clans konzipierten Wirtschaftspolitik. Die Industrieproduktion hat noch nicht wieder die vor 10 Jahren registrierten Kennziffern erreicht. Die Weizenproduktion ging in diesem Jahr um 80% zurück, während im Bauwesen ein Rückgang um 58,2% zu verzeichnen war. Die Industrieproduktion sank im ersten Quartal dieses Jahres um 13,5%, während die Auslandsverschuldung und das Zahlungsbilanzdefizit erneut zunahm.

Das chilenische „Wirtschaftswunder“ ist mit großem Eklat gescheitert. Die Mehrheit des Landes wird sich dessen bewußt, daß Chile Opfer einer im Ausland ausgeheckten landes- und volksfeindlichen Politik geworden ist, die nur den Interessen der multinationalen Gesellschaften und der nationalen Finanzcliquen diene.

Die überwältigende Mehrheit der Chilenen begreift aus eigener Erfahrung, daß Pinochet und das Regime die Streitkräfte in ein Instrument zur Unterwerfung des Volkes verwandelt haben und mit ihrer Politik Verrat an Chile üben.

Es ist die Zeit gekommen, da sich jeder Bereich des Landes

hinter seine besonderen Forderungen stellen und kämpfen muß, um zu verhindern, daß die Krise weiterhin dem Volk aufgebürdet wird, sondern daß sie von den transnationalen Gesellschaften und der ihren Interessen dienenden nationalen Großbourgeoisie getragen wird.

Wie von der Katholischen Kirche erklärt wurde, durchlebt das Land eine tiefe moralische Krise. Man hat kein Vertrauen mehr in die Rechtsprechung. Die Korruption reicht bis in die Regierungskreise. Die Unterdrückungsapparate des Regimes sind in Amtsmissbrauch, Verbrechen und Skandale verwickelt, die die Öffentlichkeit empören und ihren Protest hervorrufen.

Der bestehende Zustand muß beendet werden. Die ökonomische, soziale und moralische Krise des Regimes äußert sich auf politischem Gebiet als Verlust an Glaubwürdigkeit und Legitimität, schwächt objektiv die Diktatur und eröffnet einen für den Kampf der Werktätigen und des Volkes günstigen Abschnitt.

Die geschilderte Situation kann sich zu einer politischen Krise nationalen Charakters ausweiten, wenn sie sich fortsetzt und letztendlich sogar zur größten Massenmobilisierung in der Geschichte des Landes führen, in der spezifische Forderungen gegen das bestehende Modell und die Wirtschaftspolitik sowie für den Sturz der Tyrannei und die Erringung einer neuen Demokratie erhoben werden. Es entsteht die Möglichkeit, die Probleme des Landes mit Hilfe des Volkes demokratisch zu lösen.

Die Forderung nach Veränderung wird von immer breiteren Kreisen, von denen einige gestern noch Anhänger der Diktatur waren, nachdrücklich gestellt. Die Unzufriedenheit und Empörung, die sich in der Bevölkerung angestaut hatten, äußerten sich in spontanen Protestkundgebungen in Wohn-



vierteln, Siedlungen und Ortschaften und können zu Ausgangspunkten für breite Massenkämpfe werden. Garantie dafür, daß eine Mobilisierung der Massen, ein allgemeiner Kampf des gesamten Volkes zu echten Veränderungen und zu einer wahrhaft demokratischen, vom Volk getragenen Lösung führt, ist die einheitliche und richtige Führung der demokratischen Bewegung der Diktaturgegner vor allem der chilenischen Linken und aller um eine offensive Politik des Kampfes für den Sturz der Diktatur gescharten oppositionellen Kräfte.

Die zunehmende Unzufriedenheit und den wachsenden Kampf beantwortet die Regierung mit der Errichtung eines Kriegskabinetts gegen das Volk und mit der stärkeren Durchsetzung der volksfeindlichen Strategie zur Bekämpfung von Aufstandsbewegungen. Pinochet erklärte am 16. Mai, daß die Streitkräfte niemals die Rückkehr der politischen Parteien in das Leben des Landes erlauben würden. „Die frühere orthodoxe Demokratie ist ein untaugliches Mittel zur Bekämpfung des Kommunismus“, meinte der Diktator und erneuerte damit die Ablehnung der Eröffnung politischer Betätigungsfelder, auch für kleinere Kreise der herrschenden Klassen.

Mit Recht fragen sich die Chilenen: Wie lange wird diese Situation noch bestehen bleiben? Was verhindert, daß trotz des Einheitswillens an der Basis und der vielen Kämpfe noch keine schlagkräftige Bewegung entstehen konnte, die Millionen Chilenen vereint, um das diktatorische Regime zu stürzen?

## Die Zersplitterung der Opposition überwinden

Die Antwort ist in der noch bestehenden Zersplitterung der oppositionellen Kräfte zu suchen. Der heute in der chilenischen Linken anzutreffende Grad der Einheit reicht noch nicht aus, um der Tyrannei eine breite Massenbewegung entgegenzustellen und alle Gegner zu vereinen. Noch immer hegt man Illusionen über eine politische Öffnung.

Das Leben hat gezeigt, daß es nur einen Weg gibt: Massenkampf, Einheit der Linken und aller Demokraten sowie Entwicklung der verschiedensten Kampfformen, in denen die Rebellion des Volkes zum Ausdruck kommt.

Es ist heute unerlässlich, daß die politische Einigung der Bewegung der Diktaturgegner nicht verzögert wird. Die Einheit der Linken und der Volksbewegung sind wesentlich für Fortschritte in den gemeinsamen Aktionen mit allen oppositionellen Kräften, die entschlossen sind, der Tragödie unseres Volkes ein Ende zu setzen und die Tyrannei zu stürzen. Es ist dringend geboten, sich zu vereinen und die Notwendigkeit eines offensiven, auf die Destabilisierung der Diktatur gerichteten Kampfes zu begreifen. Zu diesem Zweck bekräftigen wir erneut unseren Einheitswillen. Selbst wenn kein volles Einverständnis darüber bestünde, wäre das kein Grund, nicht auf dem Weg des Volksaufstandes und des entschlossenen Kampfes gegen die Tyrannei voranzuschreiten.

Früher oder später werden sich uns alle demokratischen und revolutionären Kräfte anschließen. Gleichzeitig äußern wir unsere Entschlossenheit, all jene gegen die Diktatur gerichteten Aktionen voranzutreiben, die den Willen der gesamten Linken stärken.

Es ist ebenfalls unerlässlich, ein gemeinsames Programm für diese Etappe aufzustellen. Ausgehend von einer **Minimalplattform** ist dem Volk ein einheitliches Alternativprogramm nahezubringen. Alle unsere Parteien haben dazu Initiativen vorgelegt, und es ist dringend notwendig, eine Plattform und ein Programm der Linken zu erarbeiten. Unser Endziel ist der Sozialismus. Der Kampf für dieses Ziel ver-

läuft heute über den Sturz der Diktatur und die Errichtung einer erneuten und vom Volk getragenen Demokratie.

Entscheidend für den Sieg sind ebenfalls Kampffentschlossenheit, die Auseinandersetzung mit der Tyrannei auf der gesamten Linie. Mit vollem Recht haben wir chilenische Linksparteien in der Erklärung von Mexiko aus dem Jahre 1981 verkündet, daß das chilenische Volk das unveräußerliche Recht habe, sich gegen die Diktatur zu erheben. Darin hieß es: „Demzufolge wird die Volksbewegung alle Kampfformen anwenden, die sie für den jeweiligen Zeitpunkt objektiv als am geeignetsten betrachtet. In der Entwicklung des Massenkampfes bilden sich sehr unterschiedliche Aktionsformen heraus, die darauf abzielen, die Diktatur zu destabilisieren.“ Die in Mexiko aufgestellten Richtlinien haben sich in der Praxis als richtig erwiesen, während der Kampf selbst heute von uns erfordert, sie weiterzuentwickeln und zu vertiefen.

Unser Volk, insbesondere die Arbeiterklasse, hat in diesen Jahren ungeheuren Mut beweisen. Die Streiks, Besetzungen von Grund und Boden, Straßendemonstrationen, Blitzkundgebungen, Errichtung von Barrikaden, Studenten- und Frauentemonstrationen, Aktionen der Bauern und Araukaner (Indianer; d. Red.), Sabotageakte, Aktionen der Angehörigen von Gefangenen und Verschleppten, gewagte Störaktionen, Aktionen zur Selbstverteidigung und die bewaffnete Propaganda zeigen, daß das chilenische Volk im Kampf steht, daß es verstanden hat, alle möglichen Methoden anzuwenden, ohne auf irgendeine Form des Kampfes zu verzichten und seinem historischen Arsenal neue Formen hinzuzufügen, die seine Kräfte vervielfachen, die beweisen, daß die Diktatur nicht unangreifbar ist und die die Kampfmoral heben.

Unsere Parteien scheuen nicht die ideologische Diskussion, doch wir sind nicht dafür, die Diskussion vor den Kampf zu stellen. Lähmung ist die Folge. Deshalb schlagen wir vor, während des Kampfes zu diskutieren und zu versuchen, ihn effektiver zu gestalten.

Wir sind überzeugt, daß in Chile keine echte, vom Volk herbeigeführte Lösung für die gegenwärtige Krise ohne Zutun der Linken, der diktaturfeindlichen Volksbewegung möglich ist.

## Über den Massenkampf zum Volksaufstand

Aufgrund dieser Überzeugung schlagen wir vor, uns zu vereinen, um den Kampf für den Sturz der Diktatur zu organisieren, das gegenwärtige Regime und die Regierung durch eine demokratische, nationale und revolutionäre Volksregierung zu ersetzen, die sich aus allen konsequenten, für den Sturz der Diktatur kämpfenden Klassen, Sektoren, Bewegungen und politischen Kräften zusammensetzt, eine Regierung, die die politischen Freiheiten und Bürgerrechte wiederherstellt und erweitert und eine neue Demokratie errichtet.

An der Basis wurde die Forderung laut, in allen Massenorganisationen und -bewegungen und im ganzen Land dringend einen neuen nationalen Forderungskatalog anzuregen, der die Hoffnungen des gesamten Volkes auf ökonomischem und sozialem Gebiet und auf Befreiung in sich vereinen soll. Es ist erforderlich, die Massenorganisationen in den verschiedenen gesellschaftlichen Bewegungen zu stärken und zu erweitern, ihre Koordinierung durch die Schaffung von Koordinierungskomitees sowohl in den organisierten gesellschaftlichen Gruppen als auch auf örtlicher, regionaler und nationaler Ebene zu organisieren. Nicht minder wichtig ist es, die legale und halblegale Organisation mit der illegalen Organisation zu verbinden, um angesichts der Offensiven der repressiven Kräfte den Massenkampf weiterzuführen.

*Fortsetzung auf S. 27*

# Nach der Abo-Kampagne geht's weiter: Abonnenten werben Abonnenten

Genau 967 neue Abonnenten hat das AIB zwischen Juli 1981 und Juli 1982 bekommen. Damit haben wir unser Ziel von 1.000 knapp verfehlt. Gelohnt hat sich der Aufwand dennoch: Das AIB ist stärker geworden und hat seine Position als auflagenstärkste und meistgelesene Monatszeitschrift zur Dritten Welt im deutschen Sprachraum weiter ausgebaut. Wir möchten an dieser Stelle allen AIB-Lesern, die uns hierbei unterstützt haben, danken.

Aufgrund der guten Erfahrungen behalten wir unsere Aktion „Abonnenten werben Abonnenten“ weiterhin bei. Das heißt: Jedem AIB-Leser, der einen neuen Abonnenten für unsere Zeitschrift wirbt, stellen wir kostenlos eine Buch- oder Schallplattenprämie aus dem unten aufgelisteten Angebot zur Verfügung. Er muß nur selbst AIB-Abonnent sein. Und der neue Abonnent muß das Abo bezahlt oder einfach die in der Mitte dieses Heftes beigeheftete Abbuchungsvollmacht ausgefüllt haben.

## Prämien für 1 geworbenen Abonnenten:

Wolfram Brönner/Heinz-Jürgen Nieth  
**Der Kampf um El Salvador.**

**Volkserhebung und Intervention**  
ca. 250 Seiten, Pahl-Rugenstein Verlag 1982

**Guatemala.**

**Der lange Weg zur Freiheit**  
255 Seiten, Peter Hammer Verlag 1982

Jan Metzger/Martin Orth/Ch. Sterzing

**Das ist unser Land — Westbank und Gazastreifen  
unter israelischer Besatzung**  
320 Seiten, Lamuv Verlag 1980

Hans van Ooyen (Hrsg.)

**Der Reagan Report.  
Weltmacht USA in Nöten**  
204 Seiten, Weltkreis Verlag 1982

Autorenkollektiv

**AFRIKA. Geschichte von den  
Anfängen bis zur Gegenwart in vier Bänden**  
Band 1 oder 2  
372 bzw. 297 Seiten, Pahl-Rugenstein 1979/80

Jürgen Roth/Kamil Taylan

**Die Türkei — Republik unter Wölfen**  
240 Seiten, Lamuv 1981

Eduardo Galeano

**Die offenen Adern Lateinamerikas**  
Erweiterte Neuauflage, 311 Seiten, Peter Hammer 1981

Peter Schütt

**Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan.  
Gibt es Rassismus in der Bundesrepublik?**  
264 Seiten, Weltkreis 1981

Günter Giesenfeld

**Land der Reisfelder.  
Vietnam, Laos, Kampuchea**  
220 Seiten, Pahl-Rugenstein 1981

Lore Schultz-Wild

**Die zweite Befreiung.  
Alphabetisierung in Nicaragua**  
Mit einem Vorwort von Fernando Cardenal  
204 Seiten, Jugenddienst 1981

Sergio Ramirez

**Viva Sandino! Leben und Tod des  
ersten lateinamerikanischen Guerillaführers**  
157 Seiten, Peter Hammer 1981

Alfred Babing/Hans-Dieter Bräuer

**Namibia. Kolonialzeit, Widerstand und  
Befreiungskampf heute**  
219 Seiten, Pahl-Rugenstein 1980

Günter Amendt

**Das Sexbuch**  
249 Seiten, Weltkreis 1979

ASF/AGDF (Hrsg.)

**Bonn 10. 10. 81  
Friedensdemonstration für Abrüstung  
und Entspannung in Europa — Reden, Fotos . . .**  
224 Seiten, Lamuv 1981

Ernesto Cardenal

**In Kuba. Bericht von einer Reise**  
388 Seiten, Hammer 1980

Rainer Falk/Peter Wahl (Hrsg.)

**Befreiungsbewegungen in Afrika.  
Politische Programme . . .**  
532 Seiten, Pahl-Rugenstein 1980

Frederik Vahle

**Manuel. Oder die Reise an den Anfang der Welt**  
240 Seiten, Lamuv 1981

Antonio Skármeta

**Der Aufstand**  
218 Seiten, Peter Hammer 1981

Brigitta Benzing/Kahsai Wolde-Giorgis  
**Das neue Äthiopien.**

**Vom Kaiserreich zur Revolution**  
196 Seiten, Pahl-Rugenstein 1980

Sergio Ramirez

**Vom Vergnügen des Präsidenten.  
Erzählungen aus Nicaragua**  
141 Seiten, Peter Hammer 1981

ASF (Hrsg.)

**Keine neuen Atomwaffen in der Bundesrepublik.  
Aktionshandbuch 3**  
192 Seiten, Lamuv 1982

Ein Vierteljahrhundert mit Allende.

**Erinnerungen seines Privatsekretärs**  
429 Seiten, Pahl-Rugenstein 1981

Ernesto Cardenal

**Die Stunde Null**  
2. Auflage, 400 Seiten, Peter Hammer 1981

Plácido Erdozain

**San Romero de America.  
Die Geschichte des Bischofs von San Salvador**  
122 Seiten, Jugenddienst-Verlag 1981

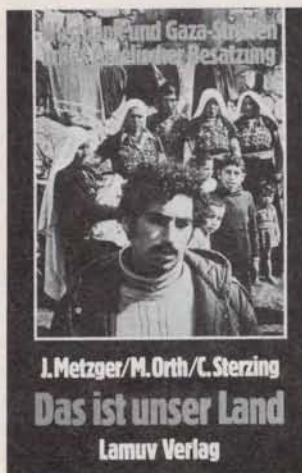
Hermann Kohn

**El Salvador/Nicaragua.  
Aufstand im US-Hinterhof**  
191 Seiten, Weltkreis 1981

Jürgen Ostrowsky/Wolff Geisler

**Südafrika.  
Rassismus, Imperialismus, Befreiungskampf**  
160 Seiten, Pahl-Rugenstein 1978

**Bestellkarte in der Mitte des  
Heftes benutzen!**





- Ich bestelle ... Exemplar(e) AIB-Sonderheft 3/1982 zu El Salvador (2 DM zuzügl. Porto)
- Ich bestelle ... Exemplar(e) AIB-Sonderheft 2/1982 zum Mittelamerika-Antiinterventionskongreß (2 DM)
- Ich bestelle ... Exemplar(e) AIB-Sonderheft 1/1982 zu Reagan (2 DM)
- Ich bestelle ... Exemplar(e) AIB-Sonderheft 2/1981 zu Südafrika (2 DM)
- ... Exemplar(e) Sonderbroschüre zum Reagan-Besuch (5 DM)
- Ich abonniere das AIB ab Nr. ... bis auf Widerruf\*
- Ich bestelle AIB Nr. ....
- Ich möchte Probeexemplare, Register (Jahr: .....)

Vorname, Name

Straße

Beruf

Postleitzahl, Ort Nr. des Zustellpostamtes

(Unterschrift)

(Datum)

- Ich überweise den Abonnementpreis entweder auf das Postscheckkonto AIB-Weltkreis-Verlag, Konto Nr. 312093-607 beim Postscheckamt Frankfurt/M. oder auf das Konto AIB-Weltkreis-Verlag Nr. 9660 bei der Volksbank Marburg (BLZ 533 900 00).
- Mit der Abbuchung des Abonnementpreises bin ich einverstanden. Mit dem Ende des Abonnements erlischt diese Einzugsermächtigung.
- Mit der Abbuchung der obigen Bestellungen bin ich einverstanden.

Mein Bank-/Postscheckkonto bei

in

Kto.-Nr.

BLZ

\*Jahresabo (inkl. Porto): Inland 25,- DM; Ausland normal 30,- DM, Luftpost: Europa 35,- DM, übrige Länder 50,- DM; Förderabos (50,- DM oder mehr); ...DM. Kündigungen frühestens nach 1 Jahr. Kündigungsfrist 2 Monate



## Prämien für 2 geworbene Abonnenten:

Autorenkollektiv

**Länder der Erde.**

**Politisch-ökonomisches Handbuch**

7. Auflage, 720 Seiten, Pahl-Rugenstein  
1981

Peter Krieg

**Der Mensch stirbt nicht am Brot allein**

**Lesebuch zum Film „Septemberweizen“**

192 Seiten, Großformat, Peter Hammer  
1981

Lutz Görner spricht Nâzim Hikmet

**Ich liebe mein Land**

30-cm-LP, Verlag Pläne 1981

Quilapayun

**UMBRAL**

30-cm-LP, Verlag Pläne

Bitte mit  
Postkartporto  
freimachen

Ich habe den neuen AIB-Abonnenten erworben  
Mein Name: .....  
Meine Adresse: .....  
Mein Prämienvorschlag: .....

An  
**AIB – Weltkreis-Verlag**

Liebigstr. 46  
3550 Marburg

Ich bitte um Zusendung von Probeexemplaren an:

Name

Adresse

James Madhlope Phillips/Bremer Chor Die  
Zeitgenossen,  
Bongi Makeba, Jabula  
**Konzert für Soweto**  
30-cm-Doppel-LP  
UN-Centre against Apartheid/Pläne 1981

Ernesto Cardenal  
**Unser Land mit den Menschen  
die wir lieben**  
Gedichte. Mit Bildern aus  
Solentiname und dem neuen Nicaragua  
64 Seiten, Großformat, Peter Hammer 1980

Hannes Stütz/Dieter Süverkrüp  
**Kuba, Vom Zuckerrohr zur Zukunft**  
144 Seiten, reich illustriert  
Weltkreis 1978

Miriam Makeba  
**Country Girl**  
30-cm-LP, Verlag Pläne





**„die tat“** — die  
antifaschistische Wochenzeitung

ist ein Forum für alle Demokraten,  
alle Antifaschisten

**„die tat“**

- informiert über Faschismus in allen seinen Erscheinungsformen und klärt auf über seine Triebkräfte und Wege zu seiner Verhinderung;
- tritt engagiert ein gegen Atomraketen und Neutronenbomben, für Frieden durch Abrüstung;
- kämpft gegen den Abbau demokratischer Rechte;
- beschäftigt sich ausführlich mit Entwicklungen der demokratischen Kultur.

**„die tat“**

ist also genau richtig für engagierte Demokraten, genau richtig für SIE!



die  
tat

**Sich  
entscheiden.  
Für „die tat“!**

POSTKARTE

Post-  
karten-  
porto

An

„die tat“/Röderberg-Verlag

Postfach 4129

6000 Frankfurt/M. 1

Er  
hat sie  
schon!



**„die tat“  
bestellen**

# ausfüllen ausschneiden weschicken!



**die  
tat**

Ich wünsche kostenlos  
und unverbindlich  
**PROBEEEXEMPLARE**

Ich bestelle ab dem ..... ein  
**ABONNEMENT**

**Ich wünsche folgende Form des Abonnements**

Normale Abonnementspreise (jährlich)	Sonderpreise für Auszubildende, Soldaten, ZDL, Arbeitslose
Lieferung als Postvertriebsstück <input type="checkbox"/> DM 45,—	<input type="checkbox"/> DM 30,—
Lieferung per Streifband <input type="checkbox"/> DM 54,—	<input type="checkbox"/> DM 39,—
Auslandsbezug per Streifband <input type="checkbox"/> DM 63,—	<input type="checkbox"/> DM 48,—

Kündigung jeweils 6 Wochen vor Quartalsende/Sonderpreise nur gegen Nachweis

den Abo-Preis  zahle ich nach Erhalt der Rechnung  
 bitte ich von meinem Konto abzubuchen

Konto

BLZ

bei \_\_\_\_\_  
Bank bzw. Postscheckamt

Datum:

Unterschrift:

25

Lernen Sie „die tat“ doch  
einfach mal kennen —  
Bestellen Sie kostenlos und  
unverbindlich Probeexemplare!  
**ODER:**  
Abonnieren Sie am besten  
gleich!



Sollten Sie schon Leser der „tat“ sein —  
was uns sehr freuen würde — diese Karte  
bitte nicht wegschmeißen, sondern  
**WEITERGEBEN!**

Von großer Bedeutung ist die Vereinigung und Zentralisierung der Gewerkschafts-, Bürger-, Studenten-, Bauern-, Araukaner- und Frauenbewegung und der Bewegung für Menschenrechte. Als Entgegnung auf die Angriffe des Regimes ist es notwendig, Selbstverteidigungsorganisationen innerhalb der Massenbewegungen zu schaffen und sie zu erweitern. Um den sozialen Kampf gegen die Diktatur voranzutreiben, kommt der Mobilisierung des Volkes in den Ortschaften eine große und wachsende Bedeutung zu. Sie müssen sich gegen die reaktionäre Stadtverwaltung wenden. Gleichzeitig muß ein Programm aufgestellt werden, das Kampftage in den verschiedenen organisierten Gruppen der Gesellschaft, in Ortschaften und Provinzen ins Leben ruft. Dadurch wird es möglich, der Entwicklung des Massenkampfes Aufmerksamkeit zu schenken und die Schaffung von Konfliktherden zu stimulieren, die sich über die gesamte Nation erstrecken sollen.

Heute gilt es, die Kräfte des Volkes und unserer Parteien zu aktivieren, um den offensiven und auf die Destabilisierung des Regimes gerichteten Kampf der Massen zu erweitern, ein Klima des zivilen Ungehorsams, der allgemeinen Unzufriedenheit unter den Bürgern, der Unbotmäßigkeit des Volkes

gegenüber dem Regime und seinen Institutionen zu schaffen, um die öffentliche Ordnung zu stören, die Regierung zu destabilisieren, höheren und entscheidenden Formen des Kampfes gegen die Diktatur, die ihren Sturz ermöglichen sollen, zum Durchbruch zu verhelfen.

Wir rufen auf zur Verstärkung der Einheit der Linken im Kampf, damit sie zur fortgeschrittensten Abteilung und Kraft in der Führung der Kämpfe für den Sturz der Diktatur wird und Seite an Seite mit den Massen und dem Volk voranschreitet, gemeinsame Aktionen mit den oppositionellen Kräften durchführt und den Weg des Volksaufstandes zu einem unumkehrbaren und siegreichen Weg gestaltet.

Daher rufen wir die Werktätigen und das gesamte Volk, alle kämpferischen Menschen, alle oppositionellen Kräfte, alle fortschrittlichen und patriotischen Menschen, die Christen, die Jugend, die Frauen, die aufrechten und demokratischen Kräfte der Armee, alle unseres Vaterlandes würdigen Menschen auf, den Widerstand und offensiven Kampf des Volkes zu verstärken und weiterzuführen, um die Tyrannei zu stürzen.

(Quelle: Hektographiertes Manuskript, Frankfurt/M., Juli 1982)



**Willi Huismann**

## **Chile 1982 – Modell in der Krise**

Mit den folgenden Thesen zum generellen Zustand der chilenischen Opposition leiten wir eine mehrteilige Reportage ein, mit deren Abdruck wir in der nächsten Ausgabe beginnen werden. Die Thesen wie die Reportage sind das Ergebnis von wochenlangen Recherchen und Interviews des Autors vor Ort. Sie wollen einen Einblick in die Lage der Opposition geben, die immer noch im Zustand der Krise lebt, andererseits zu neuen und höheren Formen des politischen Kampfes findet, wenn auch unter großen Opfern und inneren Widerständen.

1. Seit Mitte 1981 ist das chilenische neoliberale Modell in eine offene und öffentlich diskutierte Krise geraten. Allein im ersten Halbjahr 1982 sank die industrielle Produktion um 20%. Die offizielle Arbeitslosigkeit im Juni 1982 betrug 23,3% – tatsächlich dürfte sie bei 30% liegen. Nach dem Zusammenbruch mehrerer Banken im Herbst 1981 kritisier-

ten zum erstenmal auch Teile der Unternehmerschaft die ruinöse Politik der Chikago-Boys, der Lieblinge Pinochets. Sie forderten Schutzmaßnahmen gegen die übermächtige internationale Konkurrenz, weil sie keine Lust dazu haben, von Industrie- zu Handelskapitalisten degradiert zu werden. Trotz ihrer Sympathie für die antisoziale Politik des Regimes wird es ihnen – und zunehmend auch vielen Militärs langsam unheimlich, daß ganze Industrien – wie die Textilindustrie – vom Erdboden verschwinden und gleichzeitig die versprochenen Segnungen der neuen Exportzweige ausbleiben. Denn inzwischen sind auch diese neuen Exportunternehmen im Bereich Obst, Fisch und Holz in den roten Zahlen oder in Konkurs gegangen. Rezession und Druck der Unternehmerverbände haben die Junta zu einschneidenden Kurskorrekturen veranlaßt, die das Modell als Ganzes retten sollen und trotzdem beginnen, es auszuhöhlen:



Elendsviertel in Santiago

- Im April 1982 wird das Kabinett mit dem „Wirtschaftsteam“ der Chicago-Boys unter Sergio Castro abgesetzt und durch ein militärisches Wirtschaftsteam ersetzt. Die neue Regierung tritt für Schutzzölle und andere Maßnahmen zugunsten der noch verbliebenen nationalen Industrie ein. Gleichzeitig bereitet sie die Senkung der Löhne vor, um den Preis der Rezession von den Arbeitern bezahlen zu lassen.

- Im Juni 1982 wird der auf 39 Pesos pro Dollar fixierte Wechselkurs aufgegeben und der Peso um 18% abgewertet, plus 0,8% monatlich in den nächsten 12 Monaten. Damit werden die Exportchancen der chilenischen Industrie verbessert; gleichzeitig aber geraten die einheimischen Finanzclans in große Schwierigkeiten bei der Rückzahlung der Dollarkredite internationaler Geldgeber.

Die Junta läßt gewisse Dogmen der neoliberalen Wirtschaftsschule fallen, um politisch manövrierfähig zu bleiben. Interessant ist, daß es Unternehmerkreise und -verbände waren, die die öffentliche Auseinandersetzung um den Kurs in der Wirtschaftspolitik in Gang setzten, und nicht die Opposition. Aber jedes Manöver, das das Gesamtsystem aufrechterhalten will, schafft gleichzeitig wieder neue Probleme, wie jetzt das der größeren Kreditabhängigkeit. Folgende Grundprobleme können nicht gelöst werden:

- Die Verschuldung gegenüber dem Ausland beträgt mittlerweile mehr als 15 Mrd Dollar.

- Der Großteil dieser Kredite führte nicht zu produktiven Investitionen, sondern wurde als Konsumentenkredite weitergegeben oder für Finanztransaktionen verwendet. Dieser unproduktive Kreislauf führt notwendigerweise zur Zahlungsunfähigkeit.

- Die hemmungslose Öffnung gegenüber dem Weltmarkt vernichtete bedeutende Teile der nationalen Industrie.

- Die Erwartung, daß der Verlust von auf dem Weltmarkt nicht konkurrenzfähigen Industrien durch die wenigen neuen Exportindustrien ausgeglichen werden kann, hat sich nicht erfüllt.

- Auch die Erwartung, daß Großinvestitionen ausländischer Kapitalgeber einen Produktionsaufschwung bringen würden, erweist sich als gründliche Fehlkalkulation. Trotz lukrativer Investitionsbedingungen halten sich die Multis zurück, weil sie kein Vertrauen in die politische Stabilität des Regimes haben.

- Die verheerenden sozialen Folgen des Scheiterns der Chicago-Boys treiben immer neue Gruppen des Mittelstandes und der chilenischen Bourgeoisie in die Opposition.

Die herrschende Klasse Chiles, dieses staatsmonopolistische Konglomerat von etwa sieben Finanzclans und staatlicher Bürokratie, ist zweifellos in eine ausweglose Krise geraten.

2. Was aber nutzt die Krise der Herrschenden, wenn die Beherrschten nicht in der Lage sind, sie zu nutzen und in eine revolutionäre Krise umzuwandeln? Die Opposition rea-

giert auf die Krise des Modells hilflos und zerfahren. Sie ist nach wie vor geschwächt, zerstritten und unfähig, die zahlreichen sozialen Protestbewegungen zusammenzufassen, zu koordinieren und politisch zu führen. Es gibt keine nationale Führung des Widerstandes.

Die Unidad Popular ist als politisches Leitungsgremium zerfallen. Neue politische Koordinationsmechanismen entstehen zwar an der sozialen Basis oder in der Gewerkschaftsbewegung immer wieder neu; aber aufgrund anhaltender Kämpfe um die Hegemonie in der Opposition finden sie keine Entsprechung in der Politik der Parteien. Zu den großen nationalen Fragen gibt es weder eine programmatische und noch weniger eine aktionsbezogene Abstimmung der Parteien untereinander. So war es 1981 möglich, daß die Führung der Nationalen Gewerkschaftskoordination (CNS) verhaftet werden konnte, ohne daß die Opposition auch nur eine größere Demonstration oder einen Streik dagegen organisieren konnte. (Die CNS-Führung wurde inzwischen wieder freigelassen. D. Red.)

3. Um die politische Krise der Opposition verstehen zu können, muß man in die Geschichte zurückgehen. Die Frustration über die tiefe Niederlage von 1973 ist immer noch nicht verarbeitet. Klar ist allen, daß der friedliche chilenische Weg der Revolution gescheitert ist. Strategische Ratlosigkeit ist die Folge.

### Gründe oppositioneller Handlungsunfähigkeit

Die Vergangenheit ist ein schweres Erbe, denn die Revolution der Unidad Popular ist nicht nur an der kompromißlosen Haltung der Konterrevolution zugrundegegangen, sondern auch an den Schwächen der Volksregierung: Keine Fähigkeit zur Verteidigung der Revolution, schwere ökonomische Fehler, Mangel an klarer und einheitlicher politischer Führung in strategischen und taktischen Fragen. Schon vor der militärischen Niederlage im September 1973 erlitt die Unidad Popular eine politische, weil sie die aktive Mehrheit des Volkes verlor.

Heute zeigt sich immer klarer, daß das Maß an politischer Einigkeit in den zentralen Fragen der Revolution schon vor 1973 unzureichend war. Nur der Zwang, regieren zu müssen, und die einigende Autorität Salvador Allendes konnten diese tiefen Meinungsverschiedenheiten eine Zeitlang verdecken. Heute treten sie in aller Schärfe zum Vorschein.

4. Ein weiterer Grund für die Handlungsunfähigkeit der Oppositionsparteien ist die erfolgreiche Repressions- und Sozialpolitik der Junta. Sie hat nicht nur die Regierungsmacht ergriffen, wie andere Militärdiktaturen Lateinamerikas es schon dutzendfach vorexerzierten; sie hat danach nicht nur die Hegemonie einer Handvoll Finanzgruppen errichtet – was auch noch normal ist; sie hat vor allem die gesamte soziale Struktur der Gesellschaft von oben nach unten umgekrempelt. Alle traditionellen sozialen Organismen, alle sozialen Institutionen als Vermittler zwischen Staatsführung und Volk, alle Kanäle der nationalen Kommunikation wurden zerstört. Die Sozialreformen der Junta – die „7 Modernisierungen“ (unter ihnen das neue Arbeitsrecht, die Privatisierung von Gesundheitssystem und Rentenversicherung, die Munizipalisierung und teilweise Privatisierung der Bildung, die Universitätsreform) – konnten ohne nennenswerten Widerstand der Opposition durchgesetzt werden und erschweren heute objektiv die Wiederbelebung der Volksbewegung.

Die alten Kampfformen der chilenischen Linken greifen oft nicht mehr. Was soll ein Streik, wenn er nur dazu dient, daß der Unternehmer seine überfüllten Lager räumen kann, ohne einen Pfennig Lohn weiterzahlen zu müssen, und er dann nach 90 Tagen alle Streikenden durch neue und billigere

Arbeitskräfte ersetzen kann? Die Arbeitsgesetzgebung ist nicht nur brutal, sondern auch intelligent – freie Marktwirtschaft bis zur letzten Konsequenz. In ganzen Industriezweigen wie dem Bauwesen und der Holzwirtschaft gibt es nur noch Kurzarbeitsverträge von 1 oder 3 Monaten, die einen gewerkschaftlichen Kampf fast unmöglich machen und die Konkurrenz zwischen den Arbeitern enorm verschärfen.

Die Sozialpolitik wird vom Staatsapparat systematisch getrennt. Er überläßt sie den Wolfsgesetzen des freien Marktes. Und wenn sich dann jemand keine Altersversicherung mehr kaufen kann, weil er zu arm ist, ist er eben selber schuld. Vom Staat kann er nichts mehr fordern, weil der nicht mehr zuständig ist.

Die systematische Privatisierung und Atomisierung des sozialen Zusammenhangs zeigt nach neun Jahren Diktatur negative Folgen im Verhalten der Menschen: Die meisten Energien müssen dazu verwandt werden, um im täglichen Überlebenskampf zu bestehen. Der soziale Horizont verengt sich auf die Familie. Marktbeziehungen ersetzen das direkte kollektive Handeln. Traditionelle Werte des chilenischen Volkes wie Solidarität und Geselligkeit werden ausgehöhlt. Das „typisch Chilenische“ ist für das Menschenbild der Herrschenden ein Hindernis und wird folgerichtig zerstört. Dazu kommt, daß durch eine ständig angeheizte Kriegspsychose (Krieg gegen die „internationale Verschwörung“ von „Terrorismus“ und „Sowjetkommunismus“) die Angschwelle aufrechterhalten wird, auch wenn die massenhafte Repression der ersten Jahre verschwunden ist.

Heute wird der Terror selektiv betrieben. Es reicht, z.B. im Jahr 1981 etwa zehn Persönlichkeiten der Opposition von der Geheimpolizei ermorden zu lassen, um die Erinnerung an das Trauma von 1973 wachzuhalten. Die Angst ist internalisiert und führt zu Passivität und Apolitisierung.

Die Chilenen kämpften bis 1973 immer ohne Gewalt, ohne Waffen, mit den erfolgreichen Mitteln gewerkschaftlichen und parlamentarischen Kampfes. Sie sind nicht von Natur aus ängstlich, aber sie haben nicht die lange Tradition der täglichen Gewalt wie andere Völker, z.B. Mittelamerikas. Die Anwendung revolutionärer Gewalt setzt einen langen und mühseligen Lernprozeß voraus, der in Chile kaum begonnen hat.

### Keimformen einer neuen Volksbewegung

5. Das politische Vertrauen der Massen in die Opposition – sowohl in die Christdemokratie als auch in die Linke – ist nicht besonders groß, aus historischen Gründen und weil die Opposition heute nicht den Eindruck erweckt, als könnte sie dem Regime etwas Wirkungsvolles entgegensetzen.

Sicher, eine große Mehrheit des Volkes ist gegen die Diktatur. Aber das Volk sieht keine konkrete politische Alternative mit Name und Anschrift, mit Programm und mit anerkannten Führern. Deswegen bleibt diese Mehrheit passiv. Die Junta kann auf der Grundlage dieser Passivität politisch überleben, auch ohne aktive faschistische Gefolgschaft oder faschistische Massenorganisationen.

Das riesige ideologische Vakuum im Volk, der Verlust an Kampftraditionen, Angst und Vereinzelung können nur überwunden werden, wenn die Opposition sich eint (und das nicht nur auf der Ebene von Erklärungen der Auslandsführungen) und sich auf einige Hauptfragen des Kampfes konzentriert. Dann könnte sie innerhalb kurzer Zeit bedeutende Mobilisierungen zu nationalen Schicksalsfragen (wie zum Beispiel zum Ausverkauf der neuentdeckten Kupfervorkommen) organisieren.

6. Die soziale Bewegung an der Basis ist den Parteien in mancher Hinsicht voraus. Als direkte Antwort auf die Verelendung bilden sich überall, vor allem in den Slumvierteln,

den Poblaciones, neue Selbsthilfeorganisationen wie Häuserlosenkomitees, Gesundheitsgruppen, Arbeitslosenbörsen usw., die die Keimformen einer neuen massiven Volksbewegung sind. Auf dieser Ebene des Widerstandes gibt es wenig Sektierertum und eine praktische Einheit im Handeln. Das Verhältnis der Parteien zu der sozialen und Gewerkschaftsbewegung ist heute nicht mehr ein so direktes Anleitungsverhältnis, wie wir es aus der Geschichte der chilenischen Volksbewegung kennen. Die Bewegungen distanzieren sich zunehmend von den Hegemonialkämpfen der Parteiführungen und entwickeln sich auf eigene Faust weiter, bis an den Punkt, wo sie scheitern, weil eine nationale politische Führung tatsächlich notwendig wäre. Deswegen und auch, weil ein großer Teil der Aktiven der Basisorganisationen Mitglied in einer linken Partei ist, kann man nicht vom „Ende“ der chilenischen Parteien sprechen, wie das Fernando Mires (in der Bundesrepublik lebender Exil-Chilene; d. Red.) mit wachsender Hartnäckigkeit tut. Ich glaube, es handelt sich dabei eher um die Projektion politischer Träume, die auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland gewachsen sind. Richtig ist, daß die Linksparteien die an sie gestellten Erwartungen seitens der Volksbewegung heute noch nicht erfüllen.

7. Trotz der militärischen Neutralisierung des MIR (Bewegung der Revolutionären Linken) im Jahre 1981 kommt es – nicht zuletzt auch aufgrund der neuen Orientierung der Kommunistischen Partei – immer häufiger zu Formen der Rebellion und des gewaltsamen Widerstandes unterhalb der Schwelle bewaffneter Aktionen: Sabotageakte, Brände, Tötung von Spitzeln und Folterern der Junta. Solche Aktionen werden vor allem von Jugendlichen durchgeführt, die das Trauma von 1973 nicht so bewußt in Erinnerung haben und deswegen angstfreier handeln können.

**rote blätter**

**EINZELN UND FREI  
WIE EIN BAUM,  
BRÜDERLICH WIE  
EIN WALD** (Nazim Hikmet)

Von dieser Sorte Baum wollen wir gerne Blätter sein.  
rote blätter – das Studentenmagazin in unserem Land.

**WIR** sind Marxisten, parteiübergreifend, theoretisch fundiert, aber nicht borniert.

Und das gibt es monatlich in der aktuellsten Mischung für 2,- DM. Ein konkurrenzloser Preis. Das Jahresabo kostet 19,50 DM (Porto inkl.). Dafür gibt es die roten blätter regelmäßig und pünktlich ins Haus. Kein lästiges Anstehen mehr.

**WIR** sind ein Magazin, daß den Ernst der Lage richtig erfaßt, darüber aber nicht den Humor verliert.

Und so sehen wir aus:

**WIR** lieben Menschen, die dem Fortschritt aufgeschlossen, äußerst friedliebend, nichtsdestotrotz radikal, eben im positiven Sinne gründlich sind.



**WIR** wenden uns an Menschen, die sich Gedanken machen über den Weg „zur Sonne, zur Freiheit“. Wir streiten uns gern über Vorstellungen, wie es nach dem „letzten Gefecht“ weitergehen soll.

**WIR** sind Studentenmagazin – aber kein Magazin nur für Studenten. Den Eifenbeinturm der Universität verlassen wir monatlich. Wir berichten über unser Land, analysieren die internationale Lage.

Na wie wär es? Abonnieren geht über studieren.  
Hiermit abonniere ich das Größte, das Studentenmagazin rote blätter:

Name \_\_\_\_\_  
 Anschrift \_\_\_\_\_  
 Datum \_\_\_\_\_ Unterschrift \_\_\_\_\_  
 Einsenden an: rote blätter, Weltkreis-Verlag, Postfach 789, 4600 Dortmund

Rainer Falk

## Lehrstück Falkland/Malwinen-Krieg

Der Falkland/Malwinen-Krieg ist vorbei. Die Rückeroberung der Südatlantik-Inseln endete am 14. Juni 1982 mit der Kapitulation der argentinischen Truppen. Mehr als 250 Tote forderte der zweieinhalb Monate dauernde Konflikt auf britischer Seite; die argentinischen Verluste an Menschenleben sind schätzungsweise drei- bis viermal so hoch.

Der Krieg ist in vielerlei Hinsicht so etwas wie ein Lehrstück geworden. Der größte Teil der hierzulande veröffentlichten Meinung teilte sich in zwei Sichtweisen. Die einen priesen in kaum verhohlener Zustimmung Großbritanniens „Festigkeit in den Grundsätzen“,<sup>1</sup> die anderen verstanden die Welt nicht mehr. Wie konnten zwei der besten Verbündeten der USA gegeneinander Krieg führen? Der Falklandkrieg – ein „absurdes“ Unternehmen, ein „großer diplomatischer Unfall“, herbeigeführt durch ein „stümperhaftes Krisenmanagement“.<sup>2</sup> Nach den Interessen, die im Spiele sind, wurde kaum gefragt.

### Im Spiel sind Öl- und Globalinteressen

Gehandelt wurde hier bestenfalls noch das Interesse des argentinischen Militärregimes, das mit seinem Überraschungscoup vom 2. April 1982 vor allem von der manifesten innenpolitischen Krise ablenken wollte und zu diesem Zweck einen außenpolitischen Erfolg brauchte, der mit den nationalen Emotionen der Argentinier rechnen konnte. Aber erklärt das die massive britische Antwort, das Ingangsetzen der größten Armada seit dem 2. Weltkrieg? Wohl kaum.

Sicher, auch die konservative Regierung Margaret Thatchers steckte in einer inneren Krise. Ihr Ansehen war innenpolitisch auf dem Tiefpunkt. Ein Rückgang der Industrieproduktion um 11,5% von 1979 bis 1981, eine Arbeitslosenzahl von über 3 Mio und ein spürbares Absinken des Lebensstandards signalisierten unmißverständlich den totalen Mißerfolg des monetaristischen Wirtschaftskonzepts.

Insofern kam die Falklandkrise auch der Regierung Thatcher gerade recht, um ihr Überleben zu sichern. Doch im Falklandkrieg stand mehr auf dem Spiel.

Auf dem Spiel stand erstens die Verfügung über reiche Rohstoffvorkommen. Zwar sind die Malwinen selbst ökonomisch gesehen relativ unbedeutend. Allerdings werden die Ölreserven auf dem argentinischen Festlandssockel, dem geographisch auch die Malwinen zuzurechnen sind, auf an die 200 Mrd Barrel geschätzt. Verglichen mit den Ölreserven der britischen Nordsee (35 Mrd Barrel) sind dies mehr als fünfmal so viel.

Übersaus reichhaltig sind die Fischgründe um die Inseln. Von entscheidender Bedeutung ist auch die Tatsache, daß derjenige, der die Hoheitsrechte über die Malwinen ausübt, in einer günstigen Position ist, wenn 1991 der Antarktis-Vertrag ausläuft und die Nutzungsrechte in der Region neu verhandelt werden müssen. Im Antarktisgebiet sind immerhin beträchtliche Vorkommen an Silber, Gold, Chrom, Kupfer, Platin und Blei aufgefunden worden.

Die Antarktis gilt ferner als größte Frischwasserreserve der Menschheit, und die Gewässer jenseits des südlichen Polarkreises führen riesige, bisher unausgebeutete Vorkommen von Krill, der potentiellen Nahrungsmittelreserve der Zukunft.<sup>3</sup>

Um die Besitzansprüche an diesen Ressourcen streitet sich Großbritannien heute mit Argentinien und Chile. Was die Ausbeutung der Ölvorkommen betrifft, so standen sowohl Großbritannien als auch Argentinien bereits in Verhandlungen mit den entsprechenden Konzernen.

Vor allem aber ging es zweitens um übergeordnete strategische und politische Überlegungen. Die geostrategische Bedeutung der Malwinen wird von hohen NATO-Funktionären mit dem Kap der Guten Hoffnung an der Südspitze Afrikas verglichen. Wer beide Punkte in der Hand hat, ist praktisch in der Lage, die wichtigsten Seeverbindungen auf der südlichen Halbkugel unserer Erde zu kontrollieren. Anfang Juni 1982 erzählte M. Thatcher in einem Interview mit einer US-amerikanischen Fernsehgesellschaft, die Malwinen müßten verteidigt werden, „weil sie strategisch lebenswichtig werden könnten, wenn der Panamakanal in feindliche Hände fällt... Die Inseln haben einen sehr außerordentlichen strategischen Wert. Bis zu einem bestimmten Grad sind sie auch das Tor zur Antarktis, die mit der Zeit wegen ihrer Ressourcen für die Welt wichtiger werden wird.“<sup>4</sup>

Das es innerhalb der NATO Pläne gibt, den Wirkungskreis dieses Bündnisses auf den Südatlantik auszudehnen, ist seit langem bekannt. Daß man sich bei der Verwirklichung dieser Pläne noch lieber auf sich selbst verläßt als auf die Mitwirkung instabiler Regimes mit Eigeninteressen in der Dritten Welt, ist durch den Falklandkrieg wieder neu unter Beweis gestellt worden.

Überhaupt spielten globalstrategische Erwägungen eine viel größere Rolle, als das durch das zuweilen strapazierte Schlagwort vom „Nord-Süd-Krieg“ deutlich wird. „Es wäre vorstellbar“, so der am 2. April d.J. neuernannte britische Verteidigungsbeauftragte Winston Churchill junior, „daß man aus den Falkland-Inseln deshalb eine englisch-amerikanische Basis machen muß, um der Nutzung durch die



Bohrgebiete der Ölmultis (l., aus: Stern); sinkende britische Fregatte „Antelope“ (r.)

Sowjets zuvorzukommen.“<sup>5</sup> Zwar existiert ein solches sowjetisches Ansinnen überhaupt nicht, aber zur weltweiten Demonstration der westlichen „Entschlossenheit“, den Krieg als Mittel der Konfliktlösung einzusetzen, eignete sich das Falkland-Manöver allemal.

So war die Rückeroberung der Malwinen in den öffentlichen Verlautbarungen der britischen Premierministerin Thatcher vor allem eine Sache des Prinzips. Großbritannien hätte die „Verantwortung zu zeigen, daß eine Aggression keinen Erfolg haben wird“.<sup>6</sup> Ihr Verteidigungsbeauftragter wurde deutlicher: „Wenn wir uns gegen diese Herausforderung nicht wehren würden, welchen Wert hätten wir dann noch für sie (die Verbündeten; d. Verf.) in der NATO? Dann würde es keinen Sinn haben, daß wir Geld in 'Trident'-Raketensysteme investieren als Nachfolger für die 'Polaris'. Denn wer glaubt dann noch, daß die britische Regierung es wagen würde, auf den Knopf zu drücken, wenn eines Tages unsere Existenz auf dem Spiel stehen sollte.“<sup>7</sup>

Der Druck auf den Knopf... Hier ist die Verbindungslinie zur Friedensbewegung, die sich während der Falklandkrise mehrfach mit der Forderung nach zusätzlicher Rüstung in Westeuropa konfrontiert sah. Die Begründung, die die Wortführer der Rüstungsindustrie hierbei ins Feld führten, ist schon bezeichnend: Daß nämlich die westeuropäische Verteidigungskraft schon deshalb gestärkt werden müsse, damit westeuropäisches Militärpotential „im Bedarfsfalle“ nach Übersee abgezogen werden könnte. Der Falklandkrieg – ein weiterer Schritt zur Beteiligung Westeuropas an weltweiten Eingreifübungen...

Für die Militärexperten der Reagan-Administration, die eifrig mit dem Aufbau einer Schnellen Eingreiftruppe (RDF) befaßt sind, besitzen die britischen Falklanderfahrungen „höchste Bedeutung“. „In vielerlei Hinsicht“, so Norman Friedman vom Hudson Institute, „ist die Falklandoperation der Prototyp einer RDF-Operation – es geht, wenn man bereit ist, den Preis zu zahlen.“<sup>8</sup>

Der Preis, das waren nach dieser Sicht nicht nur etliche Milliarden Dollar, sondern die Entschlossenheit zum Einsatz der besten Truppen, darunter zahlreiche mit Kampferfahrungen in Nordirland, aber auch in den alten Kolonialkriegen in Aden, Borneo, Kenia, Malaya und anderswo. Über 100 Schiffe mit 27.000 Mann stachen innerhalb von drei Tagen nach dem 2. April 1982 in See. „Die Geschwindigkeit, mit der diese Einsatztruppe zusammengestellt wurde, wird in die Annalen der britischen Militärgeschichte eingehen“, jubelte Margaret Thatcher.<sup>9</sup>

Die wichtigste Lehre, die von den Völkern Lateinamerikas aus dem Falkland-Konflikt gezogen werden muß, ist diejenige, daß die Widersprüche zwischen den einzelnen imperialistischen Ländern gegenwärtig nur in begrenztem Maße ausnutzbar sind. Im Zweifelsfalle, wenn es ums Prinzip und um die weltweite Verfügungsgewalt über Ressourcen geht, sind

deren gemeinsame Interessen stärker als alle Sonderbeziehungen zu einzelnen Ländern der Dritten Welt, seien deren Regimes auch noch so prowestlich.

So war es nach dem Scheitern der Vermittlungsbemühungen des inzwischen zurückgetretenen US-Außenministers A. Haig selbstverständlich, daß sich Washington voll auf die Seite Großbritanniens stellte und dessen Krieg unterstützte, sei es durch die Bereitstellung der US-Militäreinrichtungen auf Ascension oder durch die Lieferung militärischen Nachschubs. In diesem Zweifelsfalle riskierten die USA nicht nur, daß ihr multilaterales Interventionskonzept in Mittelamerika, in dem die argentinischen Militärs einen hervorragenden Platz einnahmen, zurückgeworfen wurde. Sie kalkulierten auch das Wiedererwachen einer breiten antiyankeeistischen Solidarität auf dem lateinamerikanischen Kontinent ein.

Von den revolutionären Regimes der Region wie Kuba oder Nicaragua bis zu konservativen Staaten wie Venezuela fand der argentinische Hoheitsanspruch über die Malwinen Unterstützung, wengleich die Form der militärischen Besetzung umstritten blieb. Mit Ausnahme Chiles, das wegen einiger Inseln im Beagle-Kanal selbst mit Argentinien im Konflikt liegt, wollte kaum ein lateinamerikanischer Staat für die USA und Großbritannien Partei ergreifen. Das interamerikanische Sicherheitssystem des Rio-Paktes von 1947, das bislang als Instrument des US-Hegemonieanspruches in der Region fungierte, ist ins Wanken geraten.

Vorerst gestorben sein dürften nach den Falklanderfahrungen auch die Pläne verschiedener US-Kreise, zusammen mit den reaktionären Regimes Lateinamerikas und dem Apartheid-Staat Südafrika einen Südatlantikpakt (SATO) nach dem Modell der NATO zu bilden. In verschiedenen Hauptstädten Lateinamerikas hat das Nachdenken über ein exklusiv lateinamerikanisches Sicherheitssystem begonnen.

Nicht minder traurig war das Bild, das die Länder der Europäischen Gemeinschaft (EG) boten. Während sich die EG in der Südafrika- oder Israelfrage bislang erfolgreich um wirtschaftliche Sanktionen herumgedrückt hat, stellte sich ihr Boykott Argentinien als problemloser Schritt dar. Selbst das Exportinteresse westdeutscher und französischer Waffenlieferanten, die zu den Hauptausrüstern der argentinischen Armee gehören, mußte da zurückstehen.

Argentinien Militärdiktatur, die sich schon vor Ausbruch der Falklandkrise auf tönernen Füßen bewegte, ist jetzt noch mehr ins Wanken geraten, zum großen Teil sicherlich auch deshalb, weil die Armeespitze um General Galtieri sich in der Einschätzung der westlichen Reaktionen verkalkuliert hatte. Deutlichstes Zeichen dieser Krise ist, daß Präsident Leopoldo Fortunato Galtieris Nachfolger General Reynaldo Bigone für 1984 Wahlen und ein neues Parteienstatut angekündigt hat. Was der in Aussicht gestellte neue Spielraum der Oppositionskräfte für die zukünftige politische Entwicklung Argentinien bedeutet, ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht absehbar, vor allem deswegen nicht, weil innerhalb des diskreditierten Militärs ein Machtkampf zwischen unterschiedlichen Fraktionen eingesetzt hat. Was vorerst bleibt, ist der breite nationale Konsensus bezüglich der Zugehörigkeit der Malwinen zu Argentinien.

#### Anmerkungen:

- 1) Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.4.1982
- 2) Vgl. Stern, 29.4.1982; Der Spiegel, 10.5.1982 und 21.6.1982
- 3) Vgl. South, London, Juni 1982
- 4) Zit. nach: P. Horowitz/H. Sklar, South Atlantic Triangle, in: NACLA Report on the Americas, New York, Nr. 3, Mai-Juni 1982, S.38
- 5) Zit. nach: Der Spiegel, 10.5.1982
- 6) Zit. nach: U.S. News & World Report (USNWR), Washington, 31.5.1982
- 7) Zit. nach: Der Spiegel, 10.5.1982
- 8) USNWR, 14.6.1982
- 9) Zit. nach: ebenda



Peter Garcia

## Wahlen zwischen Boykott und Demagogie



Wahltag in Kolumbien. Tote steigen aus den Gräbern – zumindest auf den gefälschten Wählerlisten. Volle Wahlurnen verschwinden spurlos. So in der Indendencia Caquetá, wo 17.000 Soldaten die Wiederholung des linken Wahlerfolgs vom Vorjahr verhindern wollen.

Schon vorher hatten die Militärs Mitglieder der Demokratischen Front (gegründet 1979 von der sozialistischen Bewegung FIRMES, der Nationalen Volksallianz – ANAPO, der Kommunistischen Partei – PCC, der Unabhängig-Liberalen Bewegung und der Union der Nationalen Opposition; Plattform des Bündnisses siehe in: AIB 10/1980, S.29) des linken Einheitskandidaten Gerardo Molina eingesperrt und Bauern am Einschreiben in die Wählerlisten gehindert.

Aber die Bauern trotzten den Drohungen der Militärs. Sie gehen wählen. Und dann erhalten die Militärs unerwartet Hilfe: Guerilleros der Bewegung M-19 (gegründet 1974) zwingen in mehreren Dörfern die Bauern mit vorgehaltener Waffe zum Boykott der Wahlen. Im Caquetá kommt es sogar zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Sympathisanten der Linksparteien und M-19-Mitgliedern.

### Kurs der M-19 auf Wahlverhinderung...

Die Guerillabewegung M-19 hatte sich durch spektakuläre Aktionen einen Namen gemacht: Entwendung des Offizierssäbels des „Befreiers“ Simón Bolívar, Besetzung mehrerer Rundfunk- und Fernsehstationen, Geiselnahme in der Dominikanischen Botschaft in Bogotá und Flugzeugentführungen. Hauptsächlich verdankt die M-19 es diesen Aktionen, daß sie in den Zeitungen weit öfter genannt wird, als die zahlenmäßig überlegenen und besser durchorganisierten Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens (FARC, gegründet 1966).

Im Gegensatz zu allen anderen größeren Organisationen der kolumbianischen Linken hatte die M-19 zu einem Wahlboykott aufgerufen. Den Einheitskandidaten der Linken, Gerardo Molina, forderte die M-19 auf: „Verzichten Sie auf Ihre Kandidatur... Wenn man heute an Wahlen ohne Demokratie teilnimmt, ... so zieht die Nation daraus keinen Nutzen, und man entfernt sich von der Seite des Volkes.“<sup>1</sup> In ihrem in Mexiko erscheinenden Verbandsorgan informierten die Guerilleros: „Die M-19, konsequent ihre Absicht verfolgend die Wahlfarce zu verhindern, hat Boykottmaßnahmen im ganzen Land durchgeführt.“<sup>2</sup>

Ablehnung der Wahlen wegen Mangels an Demokratie – das scheint eine prinzipielle Haltung zu sein, für die man besonders in den ländlichen Gebieten Kolumbiens manches be-

gründete Argument finden kann, auch wenn heute schon mehr als 2/3 aller Kolumbianer in den Städten wohnen. Aber der Vorwurf mangelnder Demokratie hat im Fall der M-19 einen ganz konkreten Grund: Die Nichtzulassung der Kandidatur des M-19-Vorsitzenden Jaime Bateman Cayón für das Amt des kolumbianischen Präsidenten.

Vor den Wahlen hatte sich die M-19-Führung an die Öffentlichkeit gewandt: „(Wir) möchten ... mit Taten erneut unser Verlangen nach wirklichem Frieden, Generalamnestie und unseren Wunsch nach einem wirklich demokratischen Wettstreit demonstrieren. Deshalb hat unsere Organisation beschlossen, vor dem Volk die Kandidatur von Jaime Bateman Cayón für das Amt des Präsidenten der Republik in den Wahlen 1982 zu präsentieren.“<sup>3</sup> Erst als die Kandidatur Bateman Cayóns von der kolumbianischen Regierung endgültig abgelehnt worden war, rief die M-19 zum Boykott auf.

Es stellt sich die Frage, warum sich die M-19 nicht wie die FARC hinter Gerardo Molina gestellt hat. Dazu Bateman Cayón in einem Interview mit der liberalen Zeitung El Espectador: „Wir sind ... nicht damit einverstanden, daß Gerardo Molina Präsidentschaftskandidat einer Partei wie der Kommunistischen Partei (PCC) ist. Es erscheint uns beschämend, was die sich selbst so nennende kolumbianische Linke hier macht. Um es ganz deutlich zu sagen, ich glaube, daß Gerardo Molina hier mißbraucht wurde.“<sup>4</sup>

Noch deutlicher sagten es allerdings die rechten Militärs in der Aprilausgabe ihres Organs Fuerzas Armadas: „Molina ist ein vom Ausland gesteuertes Instrument.“ In einem anderen Interview ließ sich Bateman Cayón noch weiter über sein Verhältnis zur KP aus: „Der größte Fehler meines Lebens war ein Eintritt in die KP Kolumbiens.“<sup>5</sup> (Er gehört ihr schon lange nicht mehr an.)

Äußerst interessant wird es, wenn man Bateman Cayóns Verhältnis zum Präsidentschaftskandidaten des Industrie- und Bankkapitals, López Michelsen, damit vergleicht: „Ich glaube, daß man bei den Verhandlungen mit Dr. López Fingerspitzengefühl zeigen muß... Ohne Zweifel muß man mit Dr. López reden, denn ich glaube, daß er es bei gewissen Fragen ehrlich meint.“<sup>6</sup> Sowohl Michelsen als auch Bateman unterhalten enge Kontakte zur Sozialistischen Internationale (SI) bzw. zu Mitgliedsparteien der SI.

Allerdings teilen nicht alle Mitglieder der M-19 J. Bateman Cayóns negative Einstellung zu einer Zusammenarbeit mit den anderen Linkskräften Kolumbiens.

Auf jeden Fall steht fest, daß die M-19 durch ihre Aktionen zur Wahlbehinderung der Schaffung eines antikommunistischen Klimas Vorschub leistete, worunter zuallererst die



Demokratische Front zu leiden hatte.

Einen Tag vor der Kongreßwahl explodierte vor dem Präsidentenpalast eine Bombe in einem Auto. Ergebnis: Leichte Schäden am Gebäude, ein zufällig vorbeigehender Schuhmacher tot, seine Frau schwer verletzt. Im Fernsehen erscheint das von Schmerzen und Trauer gezeichnete Gesicht der Frau in Großaufnahme. Mit tränenerstickter Stimme sagt sie ins Mikrofon: „Ich möchte nicht darüber sprechen, mein Mann war doch bloß Schuhmacher.“

Anschließend übernimmt die M-19 die Verantwortung für dieses Kommando-Unternehmen – ohne den Tod des armen Straßenschusters zu erwähnen. Ebenso, wie sie sich zu dem Attentat auf den Direktor des Gefängnisses „Modelo“ bekennt, zu bewaffneten Auseinandersetzungen mit Militärpatrouillen, und zum Verbrennen von Autobussen. Wie es heißt, alles Maßnahmen zur Durchsetzung des Boykotts.

Die Demokratische Front wird in den Massenmedien für die Aktionen der M-19 mitverantwortlich gemacht. Trotzdem hatte die PCC als stärkste Kraft der Demokratischen Front im Interesse eines gemeinsamen Vorgehens aller linken Organisationen lange Zeit geögert, sich ausdrücklich von der M-19 und ihrer Politik zu distanzieren. Am 3. April d.J. schätzte die PCC das schlechte Abschneiden bei den Kongreß- und Kommunalwahlen (siehe Kasten mit Wahlergebnissen) selbstkritisch u.a. so ein: „Die terroristischen Aktionen haben sich zum Nachteil der Linken ausgewirkt und ... ihr Stimmen gekostet... Grundsätzlich stehen wir vor dem Problem, das Volk und unsere eigenen Kader mit überzeugenden Argumenten dahingehend aufzuklären, daß keine noch so spektakuläre und wagemutige Taktik die Säulen der Macht ins Wanken bringt, wenn sie nicht auf das bewußte und entschiedene Handeln der Massen zählen kann, die nach grundsätzlichen politischen Veränderungen streben...“<sup>7</sup>

Vor den Wahlen hatte die antikommunistische Kampagne eine Intensität erreicht wie schon lange nicht mehr. Die PCC wurde von der Armeeführung wiederholt mit Verbot bedroht, wobei die rechten Militärs gleichzeitig im Falle eines linken Wahlsieges einen Putsch ankündigten. Aber es blieb nicht nur bei Worten.

Am 9. März 1982 wird der fortschrittliche Rechtsanwalt Jorge Enrique Cipagauta von 2 Männern mit mehreren Pistolschüssen niedergestreckt. Tage vorher hatte die MAS, eine paramilitärische Terrororganisation, seinen Tod in Form eines Beileidsschreibens angekündigt. Enrique Cipagauta hatte sich besonders um die Verteidigung politisch Verfolgter verdient gemacht und öffentlich die von Armee und Polizei begangenen Foltern angeprangert.

Neben vielen anderen Rechtsanwälten und Richtern nimmt an dem Begräbnis Humberto Ciales de la Rosa, Kongreßabgeordneter und Vorsitzender der Vereinigung Demokratischer Journalisten teil. Er ergreift nach Beendigung des kirchlichen Teils das Wort: „Wir möchten dem Herrn Präsi-

denten sagen, daß er durch Schweigen und Inaktivität mitschuldig ist... Die (Mitglieder der) paramilitärischen Gruppe MAS ... sind im Grunde genommen nichts weiter als vom Staat geförderte Geisteskranke..., die ihre Mordinstinkte und ihre offen psychopathischen Neigungen unter dem Vorwand befriedigen, eine Demokratie verteidigen zu wollen, die so krank ist, wie sie selbst.“

In seltsamer Übereinstimmung reagieren Verteidigungsminister Camacho Leyva und die MAS gleichzeitig auf die Rede von Ciales de la Rosa. Der Verteidigungsminister fordert die Generalstaatsanwaltschaft auf, den Redner wegen der „Behauptung einer Mitschuld von Armee und Regierung an den Aktivitäten der MAS vor Gericht zu bringen.“ Und die MAS schickt einen ähnlichen Beileidsbrief wie an den zuvor von ihr ermordeten Cipagauta: „Die MAS, nach einer aufmerksamen Analyse der Dienste, die Sie den subversiven Elementen und Entführern geleistet haben,... hat sich entschlossen, Herrn Dr. Humberto Ciales de la Rosa im Voraus sein tiefempfundenes Beileid für sein baldiges Dahinscheiden auszusprechen.“<sup>8</sup>

Wie die Innenpolitik so mußte auch die Außenpolitik zum Anheizen des Antikommunismus herhalten. Plötzlich verbreiten die Streitkräfte eine Schreckensnachricht: Feindliche Verbände bereiten eine Invasion auf die 500 km entfernten Inseln San Andrés und Providencia vor. Die Beweise dafür: Es seien Fluggeräusche von MIG-Düsenjägern gehört worden, und über solche Flugzeuge könnte nur die kubanische oder nikaraguanische Luftwaffe verfügen. Ein paar Tage später konnten die extra aus Bogotá angereisten Journalisten nicht einen Inselbewohner finden, der solche Geräusche wahrgenommen hatte.<sup>9</sup>

Hinter der Angelegenheit steckt jedoch mehr, als es zuerst scheint. San Andrés liegt in der Nähe der Küste Nikaraguas, untersteht aber kolumbianischer Oberhoheit. Schon lange versucht der US-Imperialismus, aus den Meinungsverschiedenheiten zwischen der Revolutionären Regierung Nikaraguas und der kolumbianischen Regierung über die territoriale Zugehörigkeit der Insel Kapital zu schlagen.



Kämpfer der Bewegung M-19 in der besetzten dominikanischen Botschaft in Bogotá (Februar 1980)

## Ergebnisse der kolumbianischen Wahlen 1982

1. Gesamtzahl der Wähler: zwischen 13 und 14 Mio
2. Ergebnis der Kongreß- und Kommunalwahlen am 14.3.1982:

López Michelsen	2.076.120
Belisario Betancour	1.874.031
Galán Sarmiento	523.601
Gerardo Molina	101.843
3. Ergebnis der Präsidentschaftswahlen am 30.5.1982:

Belisario Betancour	3.116.121
López Michelsen	2.710.561
Galán Sarmiento	739.980
Gerardo Molina	79.888

Auf diesem Weg sind die USA ein gutes Stück vorangekommen: Derzeit wird mit der kolumbianischen Regierung über die Errichtung eines US-Militärstützpunktes auf der Insel verhandelt. Verteidigungsminister Caspar Weinberger erklärte vor dem US-Senat, daß mit Kolumbien (und Honduras) über Stützpunkte Verhandlungen geführt werden.<sup>10</sup> Im Februar 1982 erfolgte dann der endgültige Beweis: Die Insel erhielt Besuch von der US-Marine. Mit der „US Portland“ kamen 37 Spezialisten, die in der Bucht El Cove, auf dem neuen Flugplatz und auf den angrenzenden Gebieten gründliche Vermessungsarbeiten durchführten. Die Einwohner der 27 qkm großen Insel sind Nachkommen englischer Sklaven. Sie sprechen heute noch Englisch, so daß sich die

Boys von der US-Navy fast wie zu Hause fühlen können.

Es wäre falsch, ausschließlich das antikommunistische Klima für das schlechte Abschneiden der Linkskräfte verantwortlich zu machen. Während der Wahlen patrouillierten 70.000 schwerbewaffnete Soldaten und Polizisten die Straßen Kolumbiens. In den militarisierten Gebieten war eine ordentliche Stimmabgabe unmöglich. In Urabá z.B. verlor die Opposition den Kongreßabgeordneten, da das Militär die Wahlbeteiligung ganzer Landstriche verhinderte.

Bei Teilen der Bevölkerung war auch Resignation ein wichtiger Grund. Im März blieben 60% und im Mai 50% der Wähler den Urnen fern.

Die Liberale Partei hatte zwei Kandidaten, wobei der Minderheitskandidat Luis Carlos Galán mit viel Demagogie versuchte, sich als fortschrittliche Alternative hinzustellen. Dazu die bedeutendste Zeitung Kolumbiens, El Tiempo: „(Die von den Linken verlorenen Stimmen) wurden bei den Wahlen vom 14.3. wahrscheinlich von Galán vereinnahmt... (mit Hilfe von) Diagnosen ohne Lösungen, die Galán zu fast allen nationalen Problemen erstellte.“<sup>11</sup> Im Mai erhielt Carlos Galán dann noch weitere Stimmen von FD-Wählern, die dem eigenen Kandidaten nach dem enttäuschenden 1. Wahlgang keine Chance mehr einräumten.

### Siegreicher „Volkskandidat“ der Konservativen

Carlos Galán forderte politische Erneuerung, die besonders von der Jugend ausgehen sollte, erklärte der Korruption (serrucho) und der Vetternwirtschaft (clientelismo) den Kampf, sprach sich für die Aufhebung des Ausnahmezustands aus und forderte den Dialog mit den Guerilleros. Hingegen trat der liberale Mehrheitskandidat López Michelsen mit dem Slogan „Demokratie oder Subversion“ auf.

Die erfolgreichste Kampagne führte jedoch der siegreiche Kandidat der Konservativen Partei, Belisario Betancour. Er erhielt die höchste Stimmzahl, die je ein Präsident in Kolumbien erringen konnte. Der Grund für seinen hohen Sieg lag nicht zuletzt auch darin, daß viele Kolumbianer, die bei der ersten Wahl Stimmenthaltung geübt hatten, das zweite Mal Belisario Betancour wählten, um eine Rückkehr von López Michelsen unter allen Umständen zu verhindern. Letzterer war der Vorgänger des jetzigen Präsidenten Turbay Ayala. Seine Politik des „Mandato caro“, der unablässigen Verteuerung der Lebenshaltungskosten, ist vielen Kolumbianern noch frisch in Erinnerung. Und ebenso die Tatsache, daß einige von López Michelsen Verwandte in Regierungsämtern fett wie Maden im Speck wurden.

Um seine Volksverbundenheit zu „beweisen“, konnte Belisario Betancour einen besonderen Trumpf ins Spiel bringen: seine Herkunft. Er entstammt, 1920 geboren, einer ärml-

chen Bauernfamilie. Von seinen 21 Geschwistern sind mehr als die Hälfte in jungen Jahren gestorben.

Sein weiterer Lebenslauf: Studium der Soziologie und Ökonomie in den USA und Frankreich, Journalist, Verfasser mehrerer Bücher, Direktor der konservativen Zeitung El Siglo, kolumbianischer Botschafter in Spanien und von 1962-66 Arbeitsminister seines Landes. Belisario Betancour gilt als enger Freund der USA und hat im Verlauf seines Wahlkampfes wiederholt Attacken gegen die sozialistischen Länder geritten (gegen Kuba, zu Polen und zu Afghanistan). In seinem umfassenden Wahlprogramm versprach er Abhilfe für die drückendsten Probleme der kolumbianischen Gesellschaft: Mietsenkungen – bei Mieten, die europäisches Niveau haben; den Bau von Eigenheimen auf der Grundlage billiger und langfristiger Kredite ohne Anzahlung – bei Zuständen katastrophaler Wohnungsknappheit; automatische Lohnerhöhungen in Übereinstimmung mit der Inflationsrate – bei Löhnen, die oft nicht das Existenzminimum erreichen; staatliche Subventionen an Unternehmer zur Schaffung neuer Arbeitsplätze – bei 20% Arbeitslosen und Unterbeschäftigten; Einführung des Fernstudiums – ein Vollzeitstudium ist Millionen von Kolumbianern finanziell nicht möglich; Aufhebung des Ausnahmezustands und eine politische Lösung des Guerilla-„Problems“.

Bei all diesen Versprechen ist allerdings die Kardinalfrage noch ungeklärt: Wie soll das bei der derzeitigen Wirtschaftskrise finanziert werden? Und wie wird die Liberale Partei mitarbeiten, die ja in Senat und Abgeordnetenkammer die absolute Mehrheit hat?

Obwohl Belisario Betancour mit seiner Darstellung als „Volkskandidat“ einen beeindruckenden Erfolg erzielen konnte, dürfte kaum Zweifel daran bestehen, wessen Interessen er als Präsident vertreten wird. Noch in der Wahlnacht feierte er mit dem Multimillionär und Finanzmagnaten Ardila Lulle im Feudalhotel Tequendama – wie sein Konkurrent López Michelsen mit dem Vertreter des Groß- und Bankkapitals Jaime Michelsen Uribe im Hotel Hilton, und Carlos Galán mit „seinen“ Finanziers im Hotel Belvedere. Am nächsten Tag bringt die Presse Fotos dieser drei Stützen der kolumbianischen Gesellschaft im Kreis ihrer illustren Freunde: drei Gesichter – ein Lächeln.

#### Anmerkungen:

- 1) Colombia, Mexiko-Stadt, Mai 1982
- 2) Ebenda, April 1982
- 3) Ebenda, März 1982
- 4) Zit. nach: Voz Proletaria, Bogotá, 11.3.1982
- 5) Siembra vientos y recogerás tempestades, Bogotá 1982, S.97
- 6) Voz Proletaria, a.a.O.
- 7) Ebenda, 8.4.1982
- 8) Ebenda, 18.4.1982
- 9) Ebenda, 6.5.1982
- 10) Ebenda, 4.3.1982
- 11) El Tiempo, Bogotá, 18.3.1982

**Entrüstet euch!** NOTHALT

Hans van Ooyen (Hrsg.)  
**Der Reagan-Report**  
Weltmacht USA in Nöten  
208 Seiten, illustriert  
12,80 DM

Peter Schütt  
**Entrüstet Euch!**  
Gedichte für den Frieden  
176 Seiten, illustriert  
9,80 DM

Reinhard Aehnelt/  
Winfried Schwaborn (Hrsg.)  
**Wege zum Frieden**  
Die Ostermärsche  
192 Seiten, illustriert  
9,80 DM

Hans-Jürgen Kawalun  
**Waffenglanz und Totentanz**  
Ein Antikriegsbuch  
4. Aufl., 160 Seiten  
illustriert, 9,80 DM

erhältlich  
in allen  
Buchhandlungen

Postf. 789  
46 Dortmund

WELTKREIS  
VERLAG

Wilfred Burchett

## Vom Widerstand zum Aufstand Die Geschichte der zweiten Befreiung (3. Teil)

Aus meinen eigenen, notwendigerweise begrenzten Nachforschungen geht klar hervor, daß die Vorstellung, Millionen von Kampucheanern seien passiv in den Tod gegangen, falsch ist. Sie leisteten individuell und kollektiv, als unbewaffnete Zivilisten oder als Einheiten innerhalb der Streitkräfte Widerstand, hauptsächlich sporadisch und spontan, so gut sie konnten.

Aber sie waren in einer völlig hoffnungslosen Lage, solange sich Gewehre, Feuerkraft, Organisation, Nachrichten- und Transportwesen und – vor allem – die Führung in den Händen Pol Pots und seiner Clique befanden, die zunehmend zu willfährigen Werkzeugen ihres chinesischen Beraterheeres wurden.

Im Dezember 1980 erörterte ich den Sturz des Rote-Khmer-Regimes mit Yos Por, Mitglied des FUNSK-Zentralkomitees, der damals gerade als Chefberater beim Ministerium für Kultur, Presse und Information tätig war.

Als einer der wenigen Überlebenden der Khmer-Sektion der früheren Kommunistischen Partei Indochinas, der interessanterweise während der chinesischen Kulturrevolution in Chuning politische Philosophie studiert hatte, hatte Yos Por an den Befreiungskämpfen gegen Frankreich und die USA teilgenommen und eine führende Rolle bei der Bildung der FUNSK sowie der Ausarbeitung ihrer Verfassung gespielt. Er hatte sein Leben vor den Ausrottungskommandos Pol Pots durch die Flucht über die Grenze nach Vietnam gerettet.

Yos Pors ausgedehnte Erfahrung im revolutionären Kampf versetzte ihn in die Lage, das Geschehene knapp und klar zu erklären:

„Es war der Kampf des Volkes, der unser Land im April 1975 befreite. Doch die Gruppe Pol Pot/Ieng Sary verwandelte Kampuchea in ein Konzentrationslager. Sie gingen mit unseren Leuten wie mit Sachen statt wie mit menschlichen Wesen um. Pol Pot, Ieng Sary und ihre Frauen errichteten eine Familiendiktatur. Alle wahren Revolutionäre, die zum Sieg über Lon Nol beigetragen hatten, wurden umgebracht – auch alte Revolutionäre, die für die Unabhängigkeit gegen die Franzosen gekämpft hatten. Sie töteten nicht nur Revolutionäre, sondern hetzten auch die Land- gegen die Stadtbevölkerung und dann die Leute auf dem Lande gegeneinander auf.“

Es gab innerhalb der Rote-Khmer-Streitkräfte von 1973 an Revolten, weil wahre Revolutionäre die gegen unser eigenes Volk gerichtete Unterdrückung nicht mittragen konnten. Aber diese Erhebungen gewannen von 1976 an Stärke, weil Pol Pot auch die Familien seiner eigenen Streitkräfte umbrachte. Frauen, Kinder und Verwandte treuer Rote-Khmer-Offiziere und -Mannschaften wurden ebenfalls umgebracht. Sie wollten das für derartige Scheußlichkeiten verantwortliche Regime vernichten – sie alle sehnten sich nach einem normalen Leben und nach Sicherheit für ihre Familien und Freunde.

Alle Kämpfer wußten von den Widersprüchen innerhalb der

Führung und davon, daß die wahren Revolutionäre liquidiert wurden. Viele der angesehensten Kämpfer mußten in Vietnam Zuflucht nehmen als der einzigen Überlebensemöglichkeit. Sie gruppierten sich dort neu als Elemente einer gefestigten revolutionären Kraft, die sich dem Sturz einer inzwischen unerträglich gewordenen antinationalen faschistischen Diktatur verschrieben hatte.

Gegen Ende des Jahres 1978 war die Zeit für die Geburt einer nationalen Einheitsfront zur Befreiung des Landes herangereift. Verschiedenen Widerstandsgruppen gelang es schließlich, Verbindung aufzunehmen, und befreite Gebiete konnten sich zusammenschließen. Das ermöglichte die Abhaltung des Gründungskongresses der Nationalen Rettungsfront in Chlong, Provinz Kratie, am 2. Dezember 1978, die alle Klassen und Kräfte zum Sturz der Pol-Pot/Ieng-Sary-Clique vereinen sollte. Teilnehmer waren nicht nur viele alte Kader und Revolutionäre, sondern auch andere neue Elemente wie Heng Samrin, Hun Sen und andere, die ursprünglich Pol Pot unterstützt hatten, aber schon längst seine antinationale, völkermörderische Politik verworfen hatten.

Binnen 33 Tagen nach Bildung der Front wurden die Pol-Pot/Ieng-Sary-Kräfte aus dem Land geworfen; ein revolutionärer Volksrat wurde zur Führung des Volkes, zur Verwaltung des Landes und zu seiner Verteidigung errichtet.“

### Angst vor dem Volk

Ich fragte Yos Por, wie er sich als alter Kommunist und als jemand, der mit der Rote-Khmer-Führung zusammengearbeitet hatte, deren völkermörderische Politik gegen ihre revolutionären Mitstreiter erkläre, die zu Revolten und Aufständen und zum Zusammenbruch ihrer Streitkräfte führte. „Angst. Die Pol-Pot/Ieng-Sary-Clique hatte Angst. Angst vor wahren Revolutionären, Angst vor dem Volk. Sie hatte einen Schuldkomplex, weil sie die Führung der revolutionären Volkspartei der Khmer (Pracheachon), die aus der Khmer-Sektion der Kommunistischen Partei Indochinas (gegr. 1930; d. Red.) entstanden war, usurpiert hatte. Die sog. Kampucheanische Kommunistische Partei, die sie später gründete, steht am Anfang der blutigen Tragödie, die Kampuchea zwischen 1975 und 1979 verschlang. Sie hatte einen Schuldkomplex auch deshalb, weil sie gegen die engsten Freunde und Verbündeten des kampucheanischen Volkes, die große Opfer brachten, um uns bei unseren Widerstandskämpfen gegen Frankreich und die USA zu helfen, Front gemacht hatte. Sie schaffte es, unsere besten Freunde und das gesamte Volk gegen sich aufzubringen und schaufelte sich so ihr eigenes Grab.“

Als die Vietnamesische Volksarmee (VPA) einrückte, um die 19 entlang der vietnamesischen Grenze massierten Divisionen der Roten-Khmer einschließlich dreier Divisionen, die tatsächlich in die vietnamesische Provinz Tay Ninh eingedrungen waren, zu zerschlagen, zerschmetterte sie den Rote-

Khmer-Kräften das Rückgrat und schuf so die Bedingungen für Volksaufstände und die zügige Demontage des Regimes Pol Pot. Letzteres schmolz dahin wie Schnee auf einem heißen Ofen, sobald die VPA den ersten Schlag geführt hatte.

Ich bat Vandy Kaonn die Stimmung in seiner Gegend zu beschreiben, als klar war, daß eine Offensive gegen das Rote-Khmer-Regime begonnen hatte.

„Ich und viele andere hegten ständig die Illusion, daß zuguterletzt eine Intervention durch die Vereinten Nationen erfolgen werde, um dem Alptraum ein Ende zu machen. Es war für uns unvorstellbar, daß wir alle dem Untergang überlassen werden würden. Ich dachte jedesmal, wenn ich schwere Artillerie hörte: 'Endlich kommt die UNO.'

Als wir Anfang Januar 1979 das Geräusch schwerer Artillerie hörten, die in unsere Richtung vorrückte, erhoben sich die Leute aus dem Dorf Prek Kak und ergriffen den örtlichen Führer der Angkar („Die Organisation“, wie sich der Repressionsapparat Pol Pots selbst nannte; d. Red.), 'Chim', einen überaus barbarischen Henker. Vordem hatte sein bloßes Erscheinen jeden erzittern lassen. Er aber fing an wie ein Blatt zu zittern, als der Artillerielärm zu hören war. Seine Wachen begannen zu murmeln: 'Dagegen können wir nicht kämpfen', als sie die Explosionen von großkalibrigen Granaten hörten. 'Sie haben enorme Panzer.' Von dem Augenblick an begannen die Leute zu handeln."

Wie, so fragte ich Vandy Kaonn, waren seine unmittelbaren Reaktionen und die derer, die zu der Zeit bei ihm waren? Er lächelte und sagte: „Es war Essenszeit, und wie jedem anderen stand mir eine Schöpfkelle Reisschleim zu. Ich genehmigte mir zwei Extraportionen. Normalerweise hätten mich die Pol-Pot'schen Küchenhauswächter verhaftet und umgebracht. Ich sagte zu ihnen: 'Mit euch ist's aus.' Sie erwiderten: 'Ja! Mit uns ist's aus.'"

Er fuhr fort: „Was anschließend geschah, veranlaßte mich, meine Ansichten über die entscheidenden Elemente der Kriegsführung zu ändern. Ich hatte erwartet, eine enorme Armee zu sehen, entsprechend dem Lärm der explodierenden Granaten und dem Schrecken in den Gesichtern der Roten Khmer. Nichts dergleichen. Eine ganze Reihe von Pol-Pot-Soldaten fingen an die Gewehre auf ihre Offiziere zu richten, die begannen ihre Waffen auf die Erde zu werfen.

Bis dahin hatte ich gemeint, daß nur militärische Stärke entscheidend sei. Dann aber begriff ich, daß politische Stärke der entscheidende Faktor war. Plötzlich gab es Gerüchte, daß überall im Dorf FUNSK-Truppen seien. Sie erwiesen sich als Pol-Pot-Truppen, die die Fronten gewechselt hatten. Sie waren die Speerspitze der Befreiungskräfte und waren vorbereitet auf die Rolle, die sie jetzt lange vor der Ankunft vietnamesischer Panzer und Artillerie, spielten.

## Nicht die militärische Stärke entschied

Monatelang zuvor war sorgfältige politische Arbeit geleistet worden. Die gesamte Bevölkerung stand vom ersten Augenblick an auf Seiten der FUNSK. Sie war die wahre Befreiungskraft.

FUNSK-Kader gaben die Parole 'Keine Rache' aus, und als die bewaffneten Kräfte eintrafen, intervenierten sie viele Male, um Pol-Pot-Leute vor dem Lynchtod zu retten. Diejenigen, die noch zu Pol Pot hielten, begannen ihre Waffen niederzuwerfen, und es war unmöglich, einige Fälle von persönlicher Rache zu verhindern, doch wurde die Linie der FUNSK im allgemeinen respektiert.

Als Soziologe interessierte es mich ungeheuer zu erfahren, wie ein Regime abgelöst wird – und da war ich nun plötzlich bei einer solchen Ablösung an vorderster Stelle. Es war eigentlich sehr einfach. Die Pol-Pot-Leute versuchten mit



Endoffensive gegen das Pol-Pot-Regime (Anfang 1979)

den Menschen Kontakt aufzunehmen: 'Erinnert euch an mich! Ich war nie wirklich für Pol Pot.' Plötzlich sahen sie die Zukunft und warfen ihre Waffen fort.

Wir waren von den Roten-Khmer indoktriniert worden, daß allein militärische Stärke zähle, nach der maoistischen Lösung, daß 'die Macht aus dem Gewehrlauf kommt'. Es stimmte nicht. Beim Sturz Pol Pots zählte die Stärke eines im Leiden geeinten Volkes.

Meine Hauptaufgabe bestand gegen Ende darin, daß ich unter Aufsicht einer Gruppe grausamer Pol-Pot-Wachen menschlichen Kot mit den Händen mischte. Plötzlich, beim Klang der vorrückenden Artillerie, wurden sie wie Lämmer und fingen an so zu tun, als ob sie immer für das Volk gewesen seien und Pol Pots Politik verabscheuten. Was sie tun könnten, um das jetzt zu beweisen? Wir wiesen sie an ihre Waffen zu gebrauchen, um versprengte Rote-Khmer zusammenzutreiben, was sie voller Begeisterung taten."

Als ich fragte, was seiner Meinung nach der entscheidende Faktor beim Zusammenbruch des Regimes gewesen sei, als erst einmal die militärischen Schläge geführt worden waren, erwiderte er:

„Die Menschen auf Lande sahen, daß Pol Pot sie belogen hatte. Die Leute aus Phnom Penh und anderen städtischen Zentren waren nicht die brutalen Feinde, als die man sie geschildert hatte, sondern anständige Leute, die offensichtlich ein besseres Leben genossen hatten als diejenigen in den ländlichen Gebieten unter Pol Pot.

Überall wurden die Menschen, darunter auch diejenigen innerhalb der Rote-Khmer-Streitkräfte und deren Verwaltung, zunehmend über das Schicksal ihrer eigenen Familien besorgt, als sie sahen, was mit offensichtlich unschuldigen Familien aus Phnom Penh und anderen städtischen Zentren passierte.

Lange vor Ende 1978 lehnten die Leute von Grund auf ab, was von der Pol Pot'schen Ideologie vorhanden war. Man erkannte, daß die Pol-Pot/Ieng-Sary-Führung eindeutig dumm war. 'Wie können wir unter solchen Bedingungen arbeiten und das Land aufbauen?' war eine allgemeine Frage. Es bedurfte bloß der Gewißheit, daß es eine machtvolle militärische Rückendeckung gab, um mit den Hauptkampfeinheiten der Roten-Khmer fertigzuwerden. Und die Menschen erhoben sich überall."

Yos Pors und Vandy Kaonns Analysen waren genau, und sie erklären die erstaunliche Geschwindigkeit, mit der Pol Pots Streitkräfte zusammenbrachen. Die vietnamesische Panzerwaffe und Artillerie spielte sicherlich die entscheidende Rol-



le bei der Abrechnung mit den Hauptkampfeinheiten der Khmer Rouge und ihren chinesischen Beratern. Aber sorgfältige politische Vorarbeit führte dazu, daß tausende und vielleicht zehntausende von Truppenangehörigen der Roten Khmer die Gewehre gegen ihre Offiziere wandten und das Auseinanderfallen ganzer Divisionen beschleunigt wurde. Der vietnamesische Angriff begann am 25. Dezember 1978. Er zielte gegen jede einzelne von den 19 Divisionen, die Pol Pot entlang der gesamten Grenze, von der Provinz Kampot im äußersten Süden bis Ratanakiri im äußersten Norden, massiert hatte. Binnen 14 Tagen war die Macht der Roten Khmer im gesamten Land zusammengebrochen, von ein paar Stützpunkten in den Elefanten- und den Cardamomebergen und entlang der Grenze zu Thailand abgesehen.

Pol Pot, das große Militär-„Genie“ von eigenen Gnaden, der für die militärischen Angelegenheiten der Roten Khmer effektiv verantwortlich war, beging einen monumentalen Fehler, indem er fast die Hälfte der Einheiten seiner Hauptstreitmacht in den als „Papageienschnabel“ in der Provinz Svay Rieng und in den als „Angelhaken“ in Kompong Cham bekannten Gebieten stationierte. Beide Gebiete schließen an Vietnam an und sind für das revolutionäre Feuer ihrer Bewohner bekannt.

Die Pol-Pot-Divisionen wurden in massiven Flankenumgehungen eingekreist, ihre Panzer und Artillerie durch überlegene vietnamesische Feuerkraft und Zielgenauigkeit zerstört und ihre Kader weitgehend von ihren eigenen Truppen liquidiert, die gegen das unerträgliche Unterdrückungsregime innerhalb der Streitkräfte revoltierten. Fliehende – einschließlich chinesischer Berater – wurden von der ortsansässigen Bevölkerung getötet oder aufgebracht. Diese hatte sich mit abgelegten Waffen eingedeckt und schäumte vor Haß gegen jedes Überbleibsel des Rote-Khmer-Regimes. Zum 1. Januar 1979 konnte die FUNSK bekanntgeben, daß ihre politischen Maßnahmen in den befreiten Gebieten bereits eingeleitet wurden. An ihnen war nichts besonders „Revolutionäres“.

Im wesentlichen geboten sie den abscheulichen Praktiken des im Umsturz begriffenen Regimes Einhalt. Sie umfaßten Bewegungsfreiheit, Wahl von Leitungskomitees, Fabriken und landwirtschaftlichen Genossenschaften, Religionsfreiheit und die Wiedereinrichtung des Bildungs- und öffentlichen Gesundheitswesens. Ja, für Beamte und Armeeinghörige des Rote-Khmer-Regimes, die sich ergaben, wurde eine Amnestie verkündet.

Es stand ihnen frei, in ihre Heimatdörfer zurückzukehren; andernfalls sollten sie bis zur vollständigen Befreiung des Landes von der Roten-Khmer-Herrschaft Arbeitsplätze in den Gebieten erhalten, wo sie sich ergeben hatten. Westliche Geheimdienstquellen schätzten, daß Vietnam zusätzlich etwa 100.000 eigene Soldaten sowie anfänglich 20.000 Soldaten der Nationalen Rettungsfront eingesetzt hatte. Letztere verstärkten sich zügig, da sich ganze Einheiten von den Pol-Pot-Kräften absetzten und sich denen der Front anschlossen.

Vergleicht man die Leistung der Vietnamesischen Volksarmee und der Streitkräfte der Front bei der Zerschlagung von Pol Pots 23 Divisionen in 14 Tagen und der Besetzung aller 19 Provinzhauptstädte innerhalb von 20 Tagen mit jener der 600.000 Mann starken chinesischen Armee bei ihrer Invasion in Vietnam (die am 17. Februar 1979 begann), dann sieht man den Unterschied zwischen einer Aktion, die vom Volk unterstützt wird, und einer, wo das nicht der Fall ist.

An der Hauptinvasionsfront, dem Langson-Paß, gelang es regulären chinesischen Armeeeinheiten, in 16 Tagen 16 km gegen Grenztruppen und örtliche Volksmiliz vorzurücken. Es war der bei weitem langsamste Vormarsch – trotz Panzern und LKWs anstelle von Pferden und Infanterie – in der gesamten zweitausendjährigen Geschichte chinesischer Invasionen in Vietnam. Eine überwältigende zahlen- und materialmäßige chinesische Übermacht scheiterte an der Tatsache, daß die Menschen Vietnams gegen sie waren und entschlossen waren, ihre Heimstätten und Dörfer sowie ihr sozialistisches System zu verteidigen.

### Vietnams Truppen – vom Volk unterstützt

In Kampuchea hatten die Menschen das überwältigende Verlangen, den vietnamesischen Truppen sowie denen ihrer eigenen Front zu helfen das Regime zu vernichten, das ihnen solch unerhörtes Leid zugefügt hatte. Militärstrategen und Gesellschaftswissenschaftler werden zweifellos in den kommenden Jahren angestrengt darüber nachdenken und vielleicht zu ähnlichen Schlußfolgerungen gelangen wie Vandy Kaonn, was die „entscheidenden Elemente der Kriegsführung“ anbelangt.

Trotz massiver, über Thailand gelenkter chinesischer Hilfe mußten die Truppen der Roten Khmer seit Mitte 1981 von Zufluchtsorten in Thailand oder Stützpunkten, die sich von der thailändisch-kampucheanischen Grenze nach beiden Richtungen erstreckten, ihre Rationen, Waffen und Munition auf dem Rücken tragen, weil es keine Möglichkeit gab, von der kampucheanischen Bevölkerung Lebensmittel zu bekommen oder geheime Waffen- und Munitionslager in den Dörfern anzulegen oder Transporthilfe oder auch nur Informationen von der Bevölkerung zu erhalten. Die ortsansässige Bevölkerung war zu ihrem Todfeind geworden, weil die Roten Khmer den Inbegriff all dessen bildeten, was den Bestrebungen des Volkes zuwiderlief.

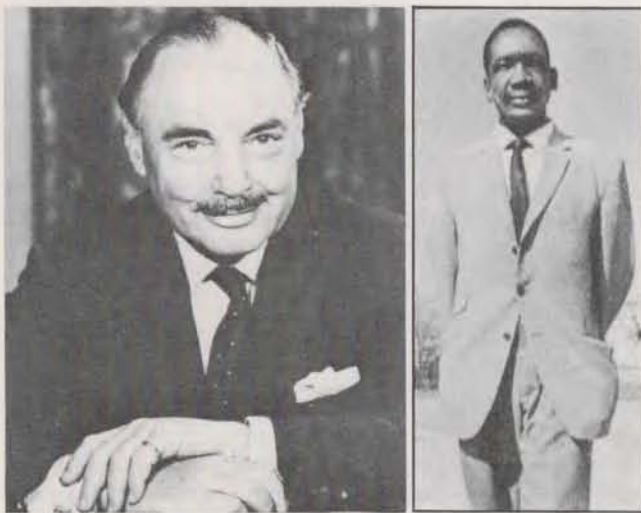
In militärische Begriffe übersetzt, bedeutete die von der Bevölkerung verweigerte Unterstützung, daß die Kräfte der Roten Khmer sich auf terroristische Aktionen beschränkt sahen, die nicht länger als vier oder fünf Tage dauern konnten, bis sie zu ihren Stützpunkten an der thailändischen Grenze zurückkehren mußten. Dort mußten sie alles Verfügbare aus chinesischen Militärvorräten aufsammeln sowie Lebensmittel von den internationalen Vertretungen, die von den Vorräten abgezweigt worden waren, die zur Linderung der Not der kampucheanischen Zivilbevölkerung bestimmt waren.

Ende  
(Quelle: Tricontinental, Havanna, Nr. 78, 5/1981, S. 37-51)

Peter Wahl

## Die permanente Krise des PAC

Immer wieder macht der Panafrikanische Kongreß (PAC) Südafrikas auf seine Existenz aufmerksam, allerdings weniger durch spektakuläre Aktionen innerhalb Südafrikas als vielmehr durch den Anspruch, die Befreiungsorganisation des südafrikanischen Volkes zu sein. Während im Juli/August d.J. in Südafrika jedoch Massenaktionen wie ausgedehnte Streiks in den Bergwerken stattfanden und neue Todesurteile den Kampf der Guerilla anzeigten (siehe Kurzinformation in diesem Heft), mehren sich die Anzeichen für die schwindende Bedeutung des PAC, dieser Anfang der 60er Jahre vom Afrikanischen Nationalkongreß Südafrikas (ANC) abgespaltenen Organisation. Das beweist ein vertrauliches Memorandum von Henry E. Isaacs, dem langjährigen Leiter der PAC-Vertretung bei der UNO, das wir auszugsweise dokumentieren. Peter Wahl, Mitglied des Sekretariats des Antiimperialistischen Solidaritätskomitees (ASK), skizziert die Krisenentwicklung des PAC.



PAC-Geldgeber H. Oppenheimer (l.); langjähriger PAC-Führer R. Sobukwe

Als im März dieses Jahres die Staatschefs der Frontstaaten des Südlichen Afrika (Angola, Moçambique, Zimbabwe, Samibia, Botswana, Tansania) in Maputo mit Sam Nujoma, Präsident der Südwestafrikanischen Volksorganisation Namibias (SWAPO), und Oliver Tambo, Präsident des Afrikanischen Nationalkongresses Südafrikas (ANC), zusammenkamen, wurde es vor der internationalen Öffentlichkeit augenfällig: der Panafrikanische Kongreß (PAC) war nicht eingeladen worden. Mehr noch, im Abschlußkommuniqué stellte der Gipfel fest, „daß in Südafrika das Volk unter der Führung des ANC durch Streiks und bewaffnete Aktionen entschieden gegen die Apartheid Front macht“.<sup>1</sup> Während das Gipfeltreffen der SWAPO und dem ANC verstärkte Unterstützung zusagte, war vom PAC nicht mehr die Rede. Eine Woche später fand in London eine internationale Konferenz des UN-Sonderausschusses gegen Apartheid statt. Der PAC war nur noch mit dem Status eines Zuschauers präsent. Diese beiden Entwicklungen markieren den vorläufigen Höhepunkt einer Entwicklung, die sich schon seit längerem

anbahnte: Der PAC ist auf dem Weg, auch die letzten Reste internationaler Anerkennung zu verlieren.

Formell ist der PAC, der sich 1961 vom ANC abspaltete, neben dem ANC zwar von der UNO und der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) noch als Befreiungsbewegung anerkannt. Die Tendenzen, diese Unterstützung einzustellen, werden jedoch immer stärker.

Die internationalen Gremien vollziehen damit nach, was sich in der Realität des Kampfes gegen das Apartheidregime schon seit einigen Jahren herausgestellt hat: Während das Gewicht des ANC in Südafrika politisch und militärisch rasch zunimmt und die Bewegung auch international sehr erfolgreich operiert, versinkt der PAC zusehends in der Bedeutungslosigkeit.

Zwar meinte PAC-Vorsitzender Johh Nyati Pokela im letzten Jahr vor dem OAU-Befreiungsausschuß: „Wir behaupten, daß der PAC der bedeutendste (im englischen Original „primary“; d. Verf.) Faktor in der azanischen Revolution ist.“<sup>2</sup> Angesichts der erfolgreichen Guerillaaktionen des ANC (z.B. der Angriff auf die Anlagen von SASOL-II vom Juni 1980, die Kommandoaktionen gegen rassistische Polizei- und Militäreinrichtungen und die wachsende Zahl von Sabotageunternehmen gegen das Kommunikations- und Energienetz des Rassenstaates in den vergangenen Jahren) wird seine Behauptung unglaubwürdig, zumal der PAC bisher nicht in der Lage war, vergleichbare Operationen durchzuführen.

### „Bedeutendster Faktor der Revolution“ Südafrikas?

Der Anspruch des PAC wird auch nicht glaubwürdiger, wenn er die Aktionen des ANC abzuqualifizieren sucht. Dies tat etwa der damalige Direktor für auswärtige Angelegenheiten des PAC, Henry E. Isaacs, der diese im Juni 1980 als „Reklametricks und abenteuerliche Sensationsdarstellungen des ANC, wie die Angriffe auf die Polizeistationen und kürzlich erst der Angriff auf die SASOL-Ölraffinerien“<sup>3</sup> bezeichnete. Daß die erfolgreiche Entwicklung des ANC auch eine entsprechende politische Verwurzelung in der Bevölkerung bedeutet, bestätigen nicht nur besorgte Äußerungen rassistischer Politiker und die Einschätzungen ausländischer Kenner Südafrikas. Das förderte auch eine repräsentative Umfrage, die die Marktforschungsabteilung der konservativen südafrikanischen Zeitung The Star unter Schwarzen, Indern und Farbigen durchführte, zutage.

Danach würden, wenn Schwarze heute im Parlament stimmberechtigt wären, 40% der Stimmen auf den ANC fallen; die Inkatha-Bewegung des Zulu-Stammesfürsten G. Buthelezi 21%, die größten Organisationen der Black Consciousness (Schwarzes Bewußtsein)-Bewegung zusammen 11% und der PAC 10%. Bei der Bevölkerungsgruppe der 16- bis 25jährigen war das Verhältnis ANC zu PAC sogar 46% zu 6%.<sup>4</sup> Sicher ist die Aussagekraft eines solchen Umfrageergebnisses kritisch zu relativieren. So haben bestimmt manche Befragte nicht gewagt, sich für die – außer Inkatha – illegalen Orga-

# Memorandum des außenpolitisch Verantwortlichen des PAC, Henry E. Isaacs

(...) Im Augenblick sind Fraktionismus und Cliquenbildung innerhalb des PAC sowohl auf der Ebene der Führung als auch der Kader vorherrschend. Sie sind besonders vorherrschend auf der Ebene der Führung, wo Liberalismus und gegenseitige politische Erpressung in die Formierung von Bündnissen münden, die auf Berechnung beruhen.

Als Ergebnis ist keine Debatte oder ehrliche Diskussion von Sachfragen innerhalb des Zentralkomitees möglich; dies führt infolgedessen zu einer Entwertung des Konzepts vom demokratischen Zentralismus und ist sicherlich nicht der Entwicklung der Demokratie innerhalb der Organisation förderlich.

Fraktionismus und Cliquenbildung auf der Ebene der Führung züchten dann sehr viel Opportunismus unter den Kadern, von denen einige glauben, daß sie sich, um Posten innerhalb der Organisation zu sichern, mit der einen oder anderen Fraktion oder Clique innerhalb der Führung verbünden müssen. Wo Kriechertum und Speichelleckerei, Verschwörung, Intrige und Opportunismus herrschen, blüht die Mittelmäßigkeit, da Verdienst und Fähigkeit, politische und ideologische Klarheit abgewertet werden. (...)

An Stelle von Führung, Organisation und Zusammenhalt, war das Zentralkomitee – nach den traumatischen Ereignissen, die in dem Mord an David Sibeko kulminierten – unter der Führung des Genossen Vuse Make durch Unentschiedenheit, Korruption (sowie die vollkommene Unfähigkeit des damaligen Finanzdirektors, Genosse Erret Radebe, für fast eine Viertelmillion Dollar Rechenschaft abzulegen), Fraktionismus und Cliquenbildung charakterisiert. (...)

## Korruption und Cliquenbildung

Ein Mikrokosmos der Fäulnis innerhalb der Organisation war das Problem, das bei der Beobachtermission bei den Vereinten Nationen vorherrschte. Nach dem Tod ihres Gatten im Juni 1979 verursachte Frau Elisabeth Sibeko dem PAC großen Schaden, der die Arbeit der Beobachtermission berührte und das Ansehen der Organisation beeinträchtigte. Gelähmt von Liberalismus, von einem mythischen Aberglauben über den Tod und von gegenseitiger politischer Erpressung versäumte es das Zentralkomitee (ZK), disziplinarische Maßnahmen gegen sie zu ergreifen, bis sie und Lea Saona Makhanda einen Scheck und 5.000 Dollar vom Bankkonto stahlen. (...)

Ich stellte auch fest, daß Frau Sibeko eine Frau war, die über finanzielle Mittel verfügte, und daß sie nach dem Tod ihres Gatten im Juni 1979 sich den Beistand eines Rechtsanwaltes gesichert hatte, um ihr persönliches Bankkonto aufzulösen; die Antwort (des ZK; d. Red.) damals war, daß es nicht bekannt sei, daß Genosse David Sibeko ein persönliches Bankkonto hatte. Beigefügt ist eine Fotokopie des gemeinsamen Bankkontos der Sibekos.

Als Resultat der Haltung des Zentralkomitees besitzt Frau Sibeko heute ein Appartement in New York, das mit PAC-Geldern erworben wurde. Trotz meiner wiederholten Warnungen über die Notwendigkeit, die Besitzverhältnisse hinsichtlich des Appartements zu klären, wurde nichts getan. (...)

Die Frage, vor der die Organisation augenblicklich steht, ist, wie demokratischer Zentralismus und gleichzeitig Demokratie innerhalb und außerhalb der zentralen Organe hergestellt werden können... Seit seiner Ankunft im Büro der Auslandsleitung im Februar 1981 war Genosse Pokela von allen möglichen Elementen umgeben – sowohl im Zentralkomitee als auch unter den Kadern –, die um Positionen und Einfluß rangelten. Unglücklicherweise ist er schlecht beraten und in einer Anzahl von Fragen in die Irre geleitet worden. (...)

Genosse Gora war ein einziger Fehlschlag als Vertreter in Zimbabwe und als Direktor für Öffentlichkeitsarbeit und Information. Während seiner Amtszeit als Chef der Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit und Information gelang es ihm nicht, eine einzige Ausgabe der PAC-Organe Azania News und The Africanist zu produzieren. Auch gelang es ihm nicht, in kritischen Zeiten Presseerklärungen herauszugeben, die die Position des PAC zur Entwicklung in Azania (Südafrika; d. Red.) zum Ausdruck brachten. (...)

Selbst während der vergangenen drei Jahre, die Jahre ernsthafter Krise waren, funktionierte die Organisation, obwohl die militäri-

CONFIDENTIAL  
Pan Africanist Congress of Azania

Observer Mission to the United Nations

211 East 43rd Street  
Suite 9703  
New York, NY 10017  
Tel. (212) 986-7231

February 17, 1982.

MEMO TO ALL REPRESENTATIVES, OFFICES AND BRANCHES OF THE PAC

FROM: THE DIRECTOR OF FOREIGN AFFAIRS.

RE: GUIDELINES FOR THE DEPARTMENT OF FOREIGN AFFAIRS.

Introduction:

schen Aktivitäten im wesentlichen gelähmt waren. (...)

Das Zentralkomitee war nicht in der Lage, sich den kritischen Fragen der azanischen Revolution zuzuwenden, insbesondere der der Führung und Leitung des wachsenden Massenwiderstandes. Es existiert keine Analyse der Situation im Land; Wunschdenken hat die wissenschaftliche Analyse ersetzt. Schlimmer noch, die Organisation ist Opfer ihrer eigenen Propaganda geworden, wobei viele tatsächlich glauben, daß die derzeitigen Massenkämpfe, insbesondere die Kämpfe der Arbeiter, entweder durch den PAC oder die Arbeit seiner Untergrundstrukturen angeführt würden; dies in Frage zu stellen, wird als Ketzerei betrachtet. (...)

Es ist nicht gelungen, auf die politischen Entwicklungen innerhalb Azanias zu reagieren, was an sich schon bezeichnend ist, denn die nationale Befreiungsbewegung sollte den Massen, insbesondere dem aufbegehrenden und zunehmend kämpferischer werdenden schwarzen Industrieproletariat, Führung und Anleitung geben. (...)

Während der PAC nicht in der Lage war, wirksam auf die Situation innerhalb des Landes zu reagieren, konnte der ANC die Situation ausnutzen und so sein Ansehen und die Legitimität unter den Massen erhöhen. (...)

Die Tendenz innerhalb der Organisation war es, die große Öffentlichkeitswirkung, die der ANC in den Medien erzielte, als liberale Propaganda abzutun. Aber das Problem sollte wirklich als Frage des Massenwiderstands im Lande gesehen werden, d.h. was ist der Effekt der ANC-Aktionen auf den Massenwiderstand? (...)

Unter den gegebenen historischen und subjektiven Faktoren in Azania und im Südlichen Afrika zu diesem Zeitpunkt werden die Massen jene Kräfte unterstützen, von denen sie sehen, daß sie den Feind bekämpfen. In dieser Hinsicht wird der ANC, da eine wirkungsvolle revolutionäre Alternative fehlt, in den Augen des azanischen Volkes an Legitimität gewinnen. Dies ist eine objektive Wahrheit, die nicht hinweggewischt werden kann. (...)

Vom Zentralkomitee gehen keine neuen Ideen aus und dies wegen der Unfähigkeit zu verallgemeinern; dabei besteht immer die Tendenz, für die Probleme der Organisation jeden, nur nicht um selbst verantwortlich zu machen. Es gibt auch ein Versagen dabei, die Erfahrungen der Vergangenheit aufzuarbeiten, Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen, um in der Zukunft vorsichtiger zu sein. Eine sehr reale Frage, vor der die Organisation augenblicklich steht, ist, ob das Zentralkomitee, so wie es augenblicklich zusammengesetzt ist, die revolutionäre Führung leisten kann, die in dieser kritischen Phase im nationalen Befreiungskampf in Azania notwendig ist? (...)

Ein Indiz für den allgemeinen Mangel an Führung in der Organisation sind das intensive Klatschen und die Gerüchtemacherei, sind das Anschwärzen und Verleumdungen. (...)

Genosse David Sibeko hatte eine persönliche finanzielle Zuwendung von einer US-Gesellschaft erhalten, die in Südafrika Investitionen hat und sehr eng mit der Anglo-American verbunden war (die wiederum von Harry Oppenheimer geführt wird, dem größten Ausbeuter schwarzer Arbeitskraft in Azania). (...) Die Organisation ist gegenwärtig bestrebt, Petro-Dollars im Mittleren Osten auf Kosten der politischen und diplomatischen Unterstützung in Afrika zu erhalten.

(Quelle: Pan Africanist Congress of Azania. Observer Mission to the United Nations, Confidential Memo: To All Representatives, Offices and Branches of the PAC, New York, 17.2.1982; Fotokopie)

nisationen auszusprechen, aber für die Relationen im Kräfteverhältnis zwischen den oppositionellen Kräften ist es im großen und ganzen zutreffend.

Ohne hier auf die ideologischen und in der gesamten politischen Konzeption des PAC liegenden Wurzeln der Krise einzugehen, steht doch außer Zweifel, daß in erster Linie die permanenten Fraktionskämpfe in der Organisation unmittelbare Auswirkungen auf ihre Aktionsfähigkeit in Südafrika haben und auch den oben angeführten Vertrauensschwund auf internationalem Gebiet nach sich gezogen haben (wobei natürlich auch diese Fraktionskämpfe – neben persönlichen Rivalitäten – strukturelle Ursachen haben).

Bereits 1979 wurde im Ergebnis jahrelanger interner Auseinandersetzungen der damalige Vorsitzende des PAC, P.K. Leballo gestürzt und durch David Sibeko ersetzt. Im Juni des gleichen Jahres wurde D. Sibeko von Anhängern P.K. Leballos in Daressalam ermordet. Dieser Vorfall, sowie fortgesetzte blutige Fraktionszusammenstöße führten dazu, daß die tansanischen Behörden mehrere hundert Mitglieder des militärischen Flügels des PAC, Azanianische Volksbefreiungsarmee (APLA), in ihren Lagern internierte. Das Londoner Büro des PAC behauptet sogar, daß bei Zusammenstößen mit der tansanischen Armee am 11. Mai 1980 neun APLA-Mitglieder ums Leben gekommen sein sollen.

Während P.K. Leballo sich heute in Libyen aufhalten und auf sein Come back warten soll, versuchte der PAC die Krise zu überwinden, indem er eine neue, unverbrauchte Kraft an die Spitze der Organisation stellte. Nachdem für kurze Zeit Vuse Make an der Spitze der Organisation gestanden hatte (auch er entkam nur knapp einem Anschlag aus den eigenen Reihen), wurde 1981 John Nyati Pokela Vorsitzender.

J.N. Pokela war 13 Jahre lang von den Rassisten auf der KZ-Insel Robben Island gefangen gehalten und 1980 freigelassen worden. Unbelastet von den Fraktionskämpfen brachte er günstige Voraussetzungen mit, um eine integrative Rolle im PAC zu spielen. Er bildete auch eine spezielle Kommission, die einen Vereinigungsprozeß im PAC in Gang setzen sollte. In der oben angeführten Stellungnahme vor dem OAU-Befreiungsausschuß sagte er auch: „Der PAC ist jetzt vollkommen geeinigt“,<sup>5</sup> aber es sollte sich schnell zeigen, daß auch diese Behauptung nicht der Realität entsprach.

Nicht nur wurde die Pokela-Linie von Teilen des PAC weiterhin hart attackiert. Z.B. wurde J.N. Pokela in einem Papier der Londoner PAC-Vertretung der Mord an sechs PAC-Aktivistinnen Anfang der 60er Jahre zur Last gelegt, die derzeitige Führung der PAC als Marionette J. Nyereres und als „Mercedes-Benz-, Swimming-pool-, Dolce-Vita-, Tennisplatz-clique“<sup>6</sup> bezeichnet.

Mehr noch: Am 31. März 1982 trat der Direktor für auswärtige Beziehungen des PAC und Vertreter bei der UNO, Henry E. Isaacs, ein hoher Funktionär also, von seinem Amt zurück. Seinen Schritt begründet er so: „Der interne Streit

und die Verwirrung innerhalb der Organisation haben einen solchen Grad an Absurdität erreicht, daß ich das Vertrauen in die Fähigkeit des Zentralkomitees verloren habe, das Niveau der Aktivität der Organisation innerhalb Azanias (Südafrika) und international so anzuheben, daß die öffentlich aufgestellten Ziele der nationalen Befreiung und Selbstbestimmung für die unterdrückten und ausgebeuteten Massen Azanias erreicht werden.“<sup>7</sup>

Wenige Wochen vor seinem Rücktritt hatte H.E. Isaacs ein 39 Seiten umfassendes vertrauliches Memorandum verfaßt, in dem er die innere Situation des PAC darstellt. Er zeichnet ein katastrophales Bild von Fraktionsbildung, Cliquenwirtschaft, Korruption, Opportunismus und Unfähigkeit. Falls diese Entwicklungen nicht korrigiert würden, so H. Isaacs, „werden die Krisen, die die Organisation zwei Jahrzehnte lang quälten und schwächten bis zur Auflösung weitergehen.“<sup>8</sup>

## Geldzuwendungen von H. Oppenheimer

Das Memorandum, das einen tiefen Einblick in den internen Zustand des PAC gibt und so interessante Fakten ausplaudert wie die finanziellen Zuwendungen des ehemaligen PAC-Vorsitzenden Sibeko durch die südafrikanische Finanzgröße Harry Oppenheimer spricht für sich (siehe Kasten).

Wie immer man zu den politisch-inhaltlichen Positionen des PAC steht, bei seinem derzeitigen Zustand kann er selbst von wohlwollenden Förderern weder als seriöser noch als relevanter Faktor für den Befreiungsprozeß in Südafrika angesehen werden.

Freilich sollte man sich davor hüten, ihn deswegen auch für alle Zukunft für bedeutungslos zu halten. Gerade der desolate Zustand des PAC eröffnet besonders günstige Möglichkeiten, ihn für andere Interessen als die der Befreiung Südafrikas zu instrumentalisieren oder zu manipulieren.

Die Beispiele von Gruppierungen wie der Nationalunion für die Totale Unabhängigkeit Angolas (UNITA) und der Nationalen Front zur Befreiung Angolas (FNLA), Revolutionären Kommission (Coremo) in Moçambique oder auch die Rolle Eden Pastoras in Nikaragua zeigen, wie der Imperialismus immer wieder versucht, sich Stoßtrupps zu organisieren, deren Aktivitäten zwar unter revolutionärem Etikett aufgezupft sind, die tatsächlich aber gegen den Befreiungskampf gerichtet sind, ihn spalten und Verwirrung stiften sollen. Es scheint dies fast eine Gesetzmäßigkeit im nationalen Befreiungsprozeß zu sein, deren Kenntnis allerdings in Kreisen westlicher Solidaritätsbewegungen noch nicht genügend verbreitet ist.

Unter diesem Gesichtspunkt ist es nützlich, die weitere Entwicklung des PAC zu beobachten.

### Anmerkungen:

- 1) Communiqué des Frontstaatengipfels vom 6./7. März 1982 in Maputo, in: AIB 6/1982, S.16
- 2) PAC Chairman Comrade John Nyati Pokela Addresses OAU COMMITTEE, in: Azania News, London, Nr. 1/Januar 1982, S.227
- 3) Henry E. Isaacs, Permanent Observer To The U.N., The Internal Situation in Azania And The Need For A Positive Response From The PAC, Memo: New York To Dar Es Salaam, 8.6.1980, S.2 (Fotokopie)
- 4) Zahlen nach: The Star, Johannesburg, 23.9.1981, vgl. dazu ausführlicher den Artikel von Helga Brandt in: AIB 1/1982, S. 47-49
- 5) PAC Chairman Comrade John Nyati Pokela Addresses..., a.a.O., S.227
- 6) PAC Mission To U.K. And Eire, Background To The Tanzanian Repression of PAC And APLA, London, 16.1.1982
- 7) Henry E. Isaacs, Press Release, New York, 31.3.1982
- 8) (Confidential) Memo: To All Representatives, Offices And Branches Of The PAC, From: The Director Of Foreign Affairs, RE: Guidelines For The Department Of Foreign Affairs, New York, 17.2.1982 (Fotokopie)



Brennende Tanks der Kohleverflüssigungsanlage SASOL II



Hans Mayer

# Horizonte '82 — wohl kaum eine Horizontenerweiterung

Ein Dialog mit der Kultur Lateinamerikas sollte es werden, ein Ausgleich zwischen den Lebensidealen einer Weltzivilisation und den Existenzformen der Völker Lateinamerikas. Ein Lateinamerika der Imagination, Sensibilität, Liebenswürdigkeit, Sinnlichkeit und der Melancholie, das die Bilder des Elends und der rastlosen Ausbeutung — wenn schon nicht vergessen so doch — wirkungsvoll ergänzen sollte.

Die Vielfalt eines gewaltigen Kontinents hat sich präsentiert. Für viele blieb es jedoch ein Lateinamerika der Siestas und Fiestas, des Tangos und der Rumba.

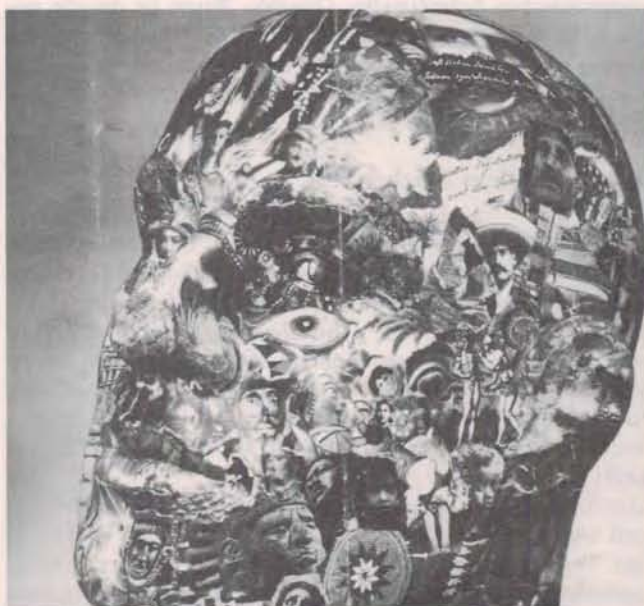
Das diesjährige Festival der Weltkulturen mit dem vielsagenden Titel Horizonte (wo ist Himmel, wo Erde und was kann sich da im Grenzbereich begegnen?) war eine manifeste Demonstration dessen, was Kulturpolitiker hierzulande mit enormen Finanzmitteln über den Atlantik holen können.

Kultur als Massenkonsumartikel, der erworben, in seiner Herstellung aber nicht verfolgt werden kann, muß fremd bleiben. Und genau dies trat ein, denn die kulturelle Identität, das liebste Kind der Entwicklungspolitiker, war nicht transferierbar, weil der Schnittpunkt der Zeiten und Welten in Westberlin ein ganz anderer ist, weil auch die Veranstaltungsstrukturen keinen Einblick in die gesellschaftlichen Strukturen erlaubten.

## Lieblingskind „kulturelle Identität“

In knapp drei Wochen wurden in Westberlin 256 Veranstaltungen abgospult, die einen zeitgemäßen Einblick in die Produktionen und Leistungen lateinamerikanischer Musiker, Schriftsteller, Theaterleute und darstellender Künstler liefern sollten. Begonnen hatte das ganze am 24. Mai d.J. in der Staatsbibliothek mit einem Vorspiel zu aktuellen Fragen der Lateinamerikaforschung und der Entwicklungspolitik. Für die Insider der Lateinamerikaforschung und die „Latinos“ war das sich über eine Woche hinziehende Symposium sicherlich ein interessantes Treffen. Es bestach allerdings weniger durch wissenschaftliche Neuheiten über sein Leitmotiv „Herrschaft und Widerstand“, als durch die zahlreichen Gespräche am Rande, durch die Freude über das Wiedersehen mit alten Bekannten. Lediglich beim Auftritt des Kubakritikers Fernando Mires und bei der Diskussion mit dem Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Rainer Offergeld, wurde in größerem Rahmen kontrovers und engagiert diskutiert. Dem unbefangenen und mit den Details nicht vertrauten Zuhörer brachte das allerdings wenig und wer kein Spanisch konnte, blieb ohnehin weitgehend ausgeschlossen.

Diese Schranken bestanden bei der großen musikalischen Eröffnungsveranstaltung in der Waldbühne nicht. In dem mit Celia Cruz, Tito Puente, Willie Colon und vielen anderen hervorragend besetzten Salsa-Konzert kam erstmals Stimmung auf unter den mehrere Tausend zählenden Zuhörern.



Zweifelloso eröffneten die Erfolge des Reggae dem Publikum einen spontaneren Zugang zu der in den lateinamerikanischen Ghettos von New York entstandenen Salsa-Musik. Spätestens seit Baden Powell ist in Europa auch die lateinamerikanische Gitarrenmusik ein Begriff.

Raul Garcia Zarate aus Peru und Ernesto Cavour aus Bolivien gehörten zu den bekanntesten Interpreten indianisch-bäuerlicher Folklore auf der Gitarre. Sie stießen auf ähnlich begeisterndes Interesse wie die Tango-Offenbarungen von Juan Jose Mosalini, Astor Piazzola, dem Cuarteto Cedron und Mauricio Kagel. Die Tango-Orchester setzten einen Kontrapunkt zu den abgeflachten Variationen deutscher Rundfunkorchester, die dem Tango in den 50er Jahren seine musikalische und politische Sprengkraft nahmen.

Endlich einmal Tango als politisches Lied aus den Tanzlokalen der Vororte von Buenos Aires! Dies aus musikhistorischer Sicht deutlich zu machen, blieb M. Kagels Verdienst. Wer wußte schon, daß Tango etwas mit afrikanischen Negerklaven, mit Bordellen und politischem Widerstand zu tun hat. Und wer weiß vom Verbot zahlloser Tangolieder durch die argentinischen Militärs.

Nur Wenige verirrtten sich während der zwei Wochen, die der Musik und dem Theater gewidmet waren, in die vielfältigen Darbietungen traditioneller Musik aus Venezuela, Kolumbien, Bolivien oder Surinam. Das Publikum bevorzugte das Bekannte; wohl auch deshalb, weil ihm die Organisatoren zu wenig an Orientierung für das Unbekannte gaben. Und das war eben u.a. die Dorffolklore der afro-indianischen und Inka-Traditionen.

Ein mehr an Dialog und an fruchtbarer Auseinandersetzung war in der Woche der Literatur zu spüren. Das Konzept der

Veranstalter ließ hier Gespräch und Präsentation zu. So konnte immerhin einer größeren Zuhörerschaft in einer Reihe von Podiumsveranstaltungen etwas von den Produktionsbedingungen dieses Genres vermittelt werden. Die Länder Lateinamerikas sind nach wie vor von einer hohen Analphabetenrate geprägt. Es kommt hinzu, daß die Bevölkerung größtenteils in Spanisch und Indio sprechende Gruppen geteilt ist. Und schließlich besitzen nur Mexiko und Venezuela eine halbwegs entwickelte Kulturindustrie mit Verlagen, Druckereien und den vielen kleinen Dienstleistungen, die zur Produktion eines Buches unerlässlich sind.

Trotzdem war seitens der anwesenden Schriftsteller immer ein engagiertes Bekenntnis zur „Sprache der Stummen“, der Unterprivilegierten zu hören. Widrig sind die Verhältnisse ja auch politisch. Viele der anwesenden Autoren, Musiker und Künstler leben im Exil. Für den in Westberlin lebenden argentinischen Schriftsteller Oswaldo Bayer ist das die tragische Konsequenz einer Niederlage, aber auch ein Privileg gegenüber den Ermordeten und Gedemütigten; ein Privileg, das zur Rückkehr in den Kampf geradezu verpflichtet.

### Tango auf dem Leichenberg

Nicht das individuelle Schreibabenteuer, das der arrivierte mexikanische Schriftsteller Octavio Páz einleitend für sich in Anspruch nahm, stand auf diesem Festival der Literaten im Vordergrund, sondern die politische, Angst und Folter, Zensur und Elend thematisierende Literatur. Die neuere lateinamerikanische Literatur stellt sich in die Tradition José Martí und Pablo Nerudas. In einem zum Abschluß veröffentlichten Manifest der lateinamerikanischen Schriftsteller heißt es:

„Unabhängig von unseren jeweiligen Beschäftigungsthemen und unseren ästhetischen Neigungen stimmen wir überein in der Verurteilung der ständigen Verstöße gegen die Menschenrechte durch die Diktatoren Chiles, Argentiniens, Uruguays und Paraguays und weiterer Länder. Wir solidarisieren uns mit ihren Opfern, teilen den Schmerz ihrer Angehörigen und begrüßen die verschiedenen Kräfte, die auf unterschiedliche und mutige Weise diesen Regimes entgegen treten. Nach unseren Erfahrungen und Informationen ist der Kampf der Völker El Salvadors und Guatemalas gegen ihre Regierung gerecht.“

Nach einer Woche Literatur war Schluß mit der grauen Theorie. Das lateinamerikanische Theater setzte die schriftstellerische Arbeit in Bild und Bewegung. Das war neu. In der Bundesrepublik hat es bisher kaum Versuche gegeben, sich mit dieser Sparte intensiver auseinanderzusetzen. Die Theatergruppen aus Brasilien, Peru, Trinidad, Mexiko, Venezuela und Chile sind fast alle in den 70er Jahren entstanden.

Sie verstehen sich durchweg nicht als reine Theatergruppen. Da werden Zeitschriften herausgegeben, traditionelle Kulturgüter gesammelt und in der Zusammenarbeit mit der Bevölkerung entstehen neue Stücke; Stücke, die von Landbesetzungen und Konzentrationslagern erzählen. Bewegung und Musik orientieren sich an dem afrikanischen und indianischen Erbe des Kontinents.

Mit Ausnahme des Bilderbogens über den brasilianischen Gründungsmythos, das unter dem Titel Macunaima auf die Bühne kam, waren die Aufführungen des lateinamerikanischen Theaters jedoch nur schwach besucht.

Das galt im übrigen auch für die bisher umfangreichste Retrospektive des politischen, unabhängigen lateinamerikanischen Films. Im Mittelpunkt der 69 Spiel- und Dokumentarfilme und der 31 Kurzfilme stand das Werk des Brasilianers Glauber Rocha. Eine Entdeckung stellten auch die

Reihe neuerer Filme aus Brasilien, Venezuela und Mexiko dar, deren Machart die unterschiedliche politische Situation in den jeweiligen Ländern widerspiegelte. Mario Sabáto etwa mußte mit seinem 1979 gedrehten Film „Die Macht der Finsternis“ auf eine fiktive, verschwommene Wirklichkeit ausweichen, um nicht der Zensur der argentinischen Militärs zum Opfer zu fallen.

Das Rückgrat des Horizonte-Festivals bildete zweifellos die Ausstellung „Mythen der Neuen Welt“. Es ging dabei um eine Darstellung der Mythen und imaginären Vorstellungen, zu deren Entstehung in Europa die transatlantischen Neuentdeckungen Anlaß gaben. Gleichzeitig leitete die Entdeckung Lateinamerikas eine langsame und widersprüchliche, aber schließlich nachhaltige Veränderung des mittelalterlichen europäischen Weltbildes hin zu einer Entmythisierung und Verwissenschaftlichung ein.

Und dennoch: eine mythische Vision Lateinamerikas ist geblieben. Dieser Mythos dominiert noch allzu oft die Realität der Kolonial- und Klassenherrschaft. Das war selbst in der zweitgrößten Ausstellung „Fotografie Lateinamerikas“ zu spüren, die zu einem nicht unbeträchtlichen Teil einen folkloristischen, verharmlosenden Charakter hatte.

Dies war ein Grund, der die Aktion des brasilianischen Theatermachers Augusto Boál als durchaus gerechtfertigt erscheinen ließ. A. Boál hatte anläßlich des Gran Fiesta America Latina vor der Philharmonie einen Leichenberg aufgestellt, der das Transparent trug: „Im Tangoschritt über die Ermordeten Lateinamerikas“. Der in 100.000 Zuschauern zu messende statistische Erfolg von Horizonte '82 konnte eben über die grundsätzlichen Mängel dieser Veranstaltung nicht hinwegtäuschen. Der gesellschaftliche Bezugspunkt blieb außen vor, wenn er auch angesichts des Falklandkonflikts und den Erfahrungen der vielen Exilierten nicht gänzlich zu verdrängen war.

## blätter des iz3w

blätter des informationszentrums dritte welt

Schwerpunktthema: Nr 102 · Juni 1982



Einzelpreis: DM 4,-; Jahresabo: DM 35,- (DM 25,- für einkommensschwache Gruppen) bei 8 Ausgaben im Jahr. Informationszentrum Dritte Welt, Postf. 5328, 7800 Freiburg

## Jakob Morenga — ein Nationalheld Namibias

1978 erschien ein Roman Uwe Timms mit dem rätselhaften Titel „Morenga“. Der Klappentext informierte knapp (und etwas unpräzise): „Rebellion in Deutsch-Südwestafrika, dem heutigen Namibia: Der Stamm der Hottentotten erhebt sich gegen seine Unterdrücker. Jakob Morenga, der 'schwarze Napoleon', ist ihr Anführer. Von 1904 bis 1907 liefert dieser Minenarbeiter mit seinem Volk den deutschen Kolonialtruppen einen erbitterten Guerilla-Krieg.“ Der 20. September 1982 ist der 75. Todestag dieses afrikanischen Freiheitskämpfers.

Über sein Leben vor den Aufständen ist wenig bekannt. Er wurde um 1855 geboren, Sohn einer Herero-Frau und eines Nama-Mannes (letztere die korrekte Bezeichnung für den abwertenden Begriff „Hottentotten“). Er besuchte eine Missionsschule – damals die einzige Möglichkeit für Schwarze eine Erziehung zu erhalten –, sprach fließend Englisch und (das holländische) Afrikaans sowie Deutsch. Vor 1903 arbeitete er in den O'Kiep-Kupferbergwerken im Norden der süd-afrikanischen Kap-Provinz.

In Deutsch-Südwestafrika spitzte sich der Unmut gegen die Kolonialisten zu: gegen die rücksichtslose und betrügerische Raubpolitik an Land und Vieh, gegen die brutale Willkürherrschaft überhaupt. Ein von den deutschen „Schutztruppen“ verschuldeter blutiger Zwischenfall löste im Oktober 1903 einen Aufstand des zum Nama-Volk zählenden Stammes der Bondelswarts im Süden des Landes aus. Jakob Morenga gehört zu den Führern. Wenig später, im Januar 1904, überrascht die Deutschen die Erhebung des Herero-Volkes.

Um einen Mehrfrontenkrieg zu vermeiden schließt der Gouverneur Frieden mit den Bondelswarts. Jakob Morenga wird geächtet, indessen gelingt es ihm zu entkommen. Im Juni 1904 – die Kolonialtruppen beginnen mit der offen proklamierten Ausrottung der Hereros – erscheint ein Steckbrief: „Der Damara Jakob Morenga, früher wohnhaft in den Karasbergen, wird für vogelfrei erklärt. Wer ihn einliefert – lebend oder tot – erhält eine Belohnung von 1.000 Mark.“

Wie zum Hohn kehrt der Gesuchte Anfang Juli 1904 zurück. Mit anfangs elf Kampfgefährten unternimmt er von einer befestigten Stellung in den Sjangbok-Bergen aus Vorstöße in die Umgebung. Systematisch werden die Farmer entworfen – Morengas Trupp verschafft sich so die für eine Wiederaufnahme des Kampfes nötige Ausrüstung. Der 30. August 1904 markiert den offenen Beginn des Krieges im Süden. Bei Kouchanas schlägt Morengas Einheit einen gegen sie ausgesandten deutschen Trupp.

Dieser Niederlage der Kolonialtruppe folgen weitere. Morengas Einheit wächst rasch. Binnen weniger Monate verfügt sie über 400 mit Gewehren bewaffnete Männer; unter ihnen befinden sich auch Angehörige des Herero-Volkes.

### Vogelfrei und Guerillero

Dies war ein Novum in der Geschichte der Widerstandskämpfer in Südwestafrika. Auch die Persönlichkeit Morengas hob sich ab von der früherer Aufstandsführer. Unberührt von dem Makel vieler Stammeskapitäne, die mit den Kolonialisten kollaboriert hatten, widersetzte er sich überdies dem traditionellen Denken in Kategorien der Stammeszugehörigkeit.

Anfang Oktober 1904 bis Ende 1905 wurde die Lage für die deutschen Kolonialherren dramatisch. In dieser Phase befanden sich nahezu alle Nama-Stämme im Guerillakrieg gegen die fremden Herren. Der direkte Kampf gegen Morengas Anhänger trat vorübergehend in den Hintergrund. Doch auch nachdem mit den meisten Nama-Gruppen Friedensabkommen geschlossen waren, herrschte keineswegs „Ruhe“. Unter Führern wie Johannes Christian, Abraham Morris, Cornelius, Simon Kopper und Morenga setzten Guerillaeinheiten den Kampf fort.

Morenga erweist sich als Meister dieser Taktik. Vorstöße der Kolonialtruppen scheitern kläglich oder enden gar in schweren Niederlagen. Bei einem seiner Vorstöße gelingt es seiner Abteilung, die Pferdewachen einer deutschen Kompanie zu überwältigen und fast alle Pferde davonzutreiben. Die Kavallerie muß laufen. Die deutsche Kriegführung jammert: „Unser Prestige bei den Eingeborenen, das Prestige des weißen Mannes, ist rettungslos dahin.“

Morengas zahlen- und ausrüstungsmäßig weit unterlegene Kämpfer spielen ihre überlegene Kenntnis des Geländes und den Rückhalt bei der Bevölkerung geschickt aus. Ein Hauptmann im Generalstab notiert: „Wir tappen wie die Blinden in diesem Land herum, tasten uns



Jakob Morenga (Mitte) und seine Unterführer

von Wasserstelle zu Wasserstelle vor und suchen einen Feind, der uns immer im Auge hat. Was dieser Neger uns da vorführt, ist eine neue Methode der Kriegführung. Dieses Fach wurde bei uns an der Kriegsakademie vergessen.“

Erst im März 1906 kann die deutsche Truppe eine neue Großoffensive gegen Morengas Stellungen starten. Dieser zieht sich vor dem Druck auf das britische Territorium der Kap-Provinz zurück. Unter Verletzung der Grenzen setzen deutsche Truppen nach und überraschen die Bondelswart-Kämpfer, die sich in Sicherheit wähnen. Morenga indes gelingt es, verwundet zu entkommen. Am 7. Mai 1906 stellt er sich den britischen Behörden und wird interniert. Die Presse freilich feiert ihn als Helden.

In Deutschland erwartet man mit gemischten Gefühlen den Tag der Freilassung und Rückkehr Morengas. Noch immer behindern einige hundert Nama-Guerilleros nachhaltig die Wiederaufnahme der „normalen“ Geschäfte. Über 10.000 Soldaten werden ihrer nicht Herr. Großverdiener in dieser Phase ist die Woermann-Schiffahrtlinie. Sie realisiert aus ihrer Monopolstellung betrügerische Frachtraten, wie der Reichstagsabgeordnete Erzberger enthüllt. Und Reichskanzler von Bülow entfacht in den Reichstagswahlen vom Januar/Februar 1907 eine rassistische Hetzkampagne, so daß diese als „Hottentottenwahlen“ in die Geschichte eingehen. In langwierigen Verhandlungen gelingt es den Deutschen, die meisten Guerillagruppen zu Friedensabschlüssen zu bewegen; die vereinbarten Konzessionen werden von ihnen vielfach sofort gebrochen. Lediglich Simon Kopper und Morengas Anhänger kämpfen weiter.

Doch auf der Seite der Briten vollzieht sich eine Haltungsänderung. Anstelle der Häme über die Schwierigkeiten des deutschen Nachbarn tritt die Befürchtung, daß Morengas Beispiel im eigenen Herrschaftsbereich Schule machen könnte. Es kommt zur stillschweigenden, alsbald offenen Kollaboration zwischen beiden Regierungen.

Anfang Juni 1907 müssen die Kap-Behörden Jakob Morenga endlich aus der Internierung entlassen. Als sie ihn unter Aufsicht zu stellen versuchen, zieht er sich in eine unwegsame Region nördlich der Ortschaft Upington zurück. Unverzüglich schließen sich ihm wieder zahlreiche Kämpfer an, voran Abraham Morris. Die deutschen Behörden stoppen sofort die Truppenrückführung; die britischen Verantwortlichen werden rüde ermahnt, es sei „Pflicht eines guten Nachbarn, Morenga sofort aus dem Grenzgebiet zu entfernen – tot oder lebendig“; der Kaiser verordnet ein Kopfgeld von 20.000 Mark und verlangt, „die ganze Bande gnadenlos auszulöschen“.

Am 20. September gelingt es einer britischen Einheit (bei ihr befindet sich ein deutscher Offizier), Morengas Truppen zu stellen. Im folgenden vierstündigen Feuergefecht fällt auch Jakob Morenga. Die Kollaboration der Kolonialherren erst erreichte, was den Deutschen allein kaum gelungen wäre.

Aber auch dies war nicht das Ende des Widerstands. Simon Kopper setzte den Kampf bis ins folgende Jahr fort; ebenfalls 1908 eröffnete eine neue Einheit unter Morengas Unterführer Abraham Rolf wieder den Guerillakrieg – auch sie fiel erst britischem Verrat zum Opfer. Sam Nujoma, Präsident der namibischen Befreiungsbewegung SWAPO, schrieb 1980: Angesichts der Frage, welche Führer als nationale Helden des ganzen namibischen Volkes gelten könnten, habe er keine Zweifel, daß „Namen wie der Jakob Morengas in dieser ruhmreichen Liste aufgeführt sein werden“.

J. Ostrowsky

## Die Bundesrepublik in der Dritten Welt

Eine weitgehend vernichtende Bilanz der Bonner Dritte-Welt-Politik haben jetzt die von der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung herausgegebenen „Friedensanalysen“ vorgelegt:

**Hilfe + Handel = Frieden? Die Bundesrepublik in der Dritten Welt, Redaktion Reiner Steinweg, (= Friedensanalysen 15), edition suhrkamp 1097, Frankfurt/M. 1982, 419 S., 14 DM.**

Der Band versammelt Beiträge zu den wichtigsten Bereichen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Dritten Welt. Nach einem Überblicksaufsatz von Rainer Tetzlaff, der zugleich die Grundelemente des Untersuchungsansatzes der meisten Autoren darlegt, beschäftigt sich Helmut Bley mit der Namibiapolitik der Bundesregierung in den letzten 15 Jahren. Friedemann Büttner und Thomas Scheffler analysieren die Nahostpolitik der sozialliberalen Koalition, Joachim Betz die Position der BRD im sog. Nord-Süd-Dialog, Jürgen Häusler und Georg Simonis befassen sich mit den Rückwirkungen der Energiekrise auf das „Modell Deutschland“ und die Modernisierungsstrategie des westdeutschen Kapitals, während Rolf Hofmeister Grundlinien und Rahmenbedingungen der Bonner Entwicklungspolitik kritisch beleuchtet. Gerhard Bierwirth schließlich stellt die Widersprüche bundesdeutscher Entwicklungshilfe am Beispiel eines konkreten Projekts dar.

Hilfe + Handel = Frieden?

Die Bundesrepublik in der  
Dritten Welt

Redaktion Reiner Steinweg

edition suhrkamp

SV

Im Vergleich zu bisherigen Untersuchungen, die sich entweder nur mit der Bonner Entwicklungspolitik befaßten oder sich im wesentlichen auf regionale Aspekte beschränkten (vgl. AIB 1 und 10/1979), sind die jetzt publizierten Arbeiten thematisch sicherlich breiter gestreut; vom Untersuchungsansatz, den darin entwickelten Thesen und Alternativen her bietet der Band jedoch wenig Neues. Zuweilen scheint es, daß die Kritikfähigkeit linkssozialdemokratischer oder linksliberaler Provenienz da an ihre Grenzen, wo sie jenen Basiskonsens verlassen müßte, der heute offenkundig allen im etablierten Wissenschafts- und Politikberatungsbetrieb Tätigen abverlangt wird.

Von einem explizit „linksliberalen Standpunkt“ (S. 55) aus steckt R. Tetzlaff den Rahmen für die Analyse ab. Dabei geht er davon aus, daß die den meisten Aufsätzen zugrundeliegende Leitfrage nach dem Verhältnis von Anspruch und Wirklichkeit der Bonner Dritte-Welt-Politik wie folgt differenziert werden kann: „Nach der optimalen Nutzung vorhandener und herzustellender Handlungsspielräume

durch die verantwortlichen staatlichen Akteure wird unter dem Aspekt gefragt, ob damit dem historischen Gebot des Gewaltabbaus und des Interessenausgleichs zwischen reichen und armen Staaten Folge geleistet wird (Norm), ohne dabei 'legitime Eigeninteressen' aufs Spiel zu setzen.“ (S. 54)

Zur Definition des Begriffs „legitime Eigeninteressen“, der ebenso wie das Postulat des „Interessenausgleichs“ dem Standardvokabular sozialdemokratischer Entwicklungspolitik entstammt, bedient sich R. Tetzlaff des der bürgerlichen Politologie entlehnten Begriffs des „Nationalinteresses“. Dieses bringe die Gesamtheit der Ziele zum Ausdruck, „die von der politischen Führung eines Landes und einer breiteren Öffentlichkeit als verbildlich angesehen und über eine bestimmte Zeit beibehalten“ (S. 55) werde. Legitimität könne dieses „Nationalinteresse“ dann beanspruchen, wenn es (erstens) „die langfristigen, dauerhaften und echten Bedürfnisse der Bevölkerung in ihrer Gesamtheit (!)“ reflektiere (S. 55) und (zweitens) „wenn der Stärkere (die Bundesrepublik) seine gesellschaftlichen Interessen in Konkurrenz mit und in der zumutbaren (!) Rücksichtnahme auf die existentiellen Interessen der Schwächeren (der Entwicklungsländer) und nicht nach den machtpolitischen Möglichkeiten des Stärkeren vertritt; mit anderen Worten, wenn nach der Maxime eines auf Gerechtigkeit und Solidarität zielenden internationalen Interessenausgleichs gehandelt wird.“ (S. 56)

Einigermaßen überraschend ist es, daß der Autor bei der Konkretisierung dessen, was er unter „unverzichtbaren nationalen Bedürfnissen“ versteht, neben der Sicherheit vor Kriegen und der Möglichkeit des friedlichen Erwerbs von Rohstoffen auch die „Möglichkeit zum freien Wettbewerb um Märkte und Kunden“ sowie den „Schutz vor völkerrechtswidriger Enteignung von Privatbesitz (Direktinvestitionen)“ aufführt. Als ob dies nicht Formeln seien, mit denen die Bundesregierung bislang Fortschritte in entscheidenden Bereichen der Auseinandersetzung um eine Neue Internationale Wirtschaftsordnung (z.B. Kontrolle von Auslandsinvestitionen) verhindert hat. Und als ob nicht inzwischen hinlänglich viel über die teils arbeitsplatzvernichtenden Auswirkungen von Direktinvestitionen westdeutscher Großkonzerne bekannt geworden sei!

Gerade am letzteren Beispiel kann nachgewiesen werden, daß die neokoloniale Expansion in einem ihrer Kernbereiche mit den Interessen der abhängig Beschäftigten hierzulande im Widerspruch steht. Hier zeigt sich mithin die Untauglichkeit der Kategorie „Nationalinteresse“, die die Klassengegensätze im Innern in ebenso sozialpartnerschaftlicher Manier einebnet wie die wohlklingenden Phrasen von „Interessenausgleich“, „Solidarität“ und „Gerechtigkeit“ die fundamentalen Gegensätze zwischen den Entwicklungsländern einerseits und dem Neokolonialismus andererseits.

Diese kritischen Bemerkungen sollen allerdings nicht darüber hinwegtäuschen: R. Tetzlaff und die anderen Autoren des Bandes haben den stringent geführten Nachweis geliefert, daß die bundesdeutsche Dritte-Welt-Politik von ihren verbalen Bekundungen in der Praxis himmelweit entfernt ist. Materialreich und an Hand der angeführten Problembereiche wird belegt, „daß die Bundesrepublik Deutschland auf der Südhalbkugel real keine Friedenspolitik betreibt, sondern vor allem eine an kurzfristigen Eigeninteressen orientierte Wirtschafts- und Sicherheits-Politik“ (S.94).

Wenngleich über die Feststellung von Ziel-Mittel-Konflikten nicht hinausgehend, wird ein wesentlicher Beitrag zur Kritik des westdeutschen Neokolonialismus geleistet: „Festhalten an marktwirtschaftlichen Instrumenten, wenn es der eigenen Wirtschaft nutzt; Schaffung von politischen Einflußzonen mit antisowjetischer Zielrichtung; Export von Waffen in Armutsregionen; Verweigerung von angemessenen Finanzressourcen zur Stabilisierung der Rohstoff-Exportelose... Diese Mittel sind, wie gezeigt wurde, eher geeignet, den Status quo in der Welt zu festigen, d.h. die hierarchischen Beziehungen zwischen den kapitalistischen Industriemetropolen, wenigen sich industrialisierenden Submetropolen und den stark weltmarktabhängigen Entwicklungsländern zu zementieren.“ (S. 94/95)

Auch können die meisten der von den Autoren entwickelten Gegenanschläge zur herrschenden Dritte-Welt-Politik in ein Alternativkonzept Eingang finden, etwa die Forderung nach Isolierung von Regimes vom Schlege Südafrikas oder Chiles. Einen unerwarteten Aktualitätsbezug hat in den letzten Monaten die Analyse der sozialliberalen Nahostpolitik bekommen, in der gezeigt wird, daß der Bonner Anspruch auf Ausgewogenheit in dieser Frage ohne die Anerkennung der PLO nicht zu realisieren ist.

R. Falk

## AAB-Prozeß

Weil das Tragen eines Schildes mit der Aufschrift „Keine Zusammenarbeit mit den Mördern von Mahlangu“ eine Beleidigung des südafrikanischen Botschafters sei, ist die Geschäftsführerin der Anti-Apartheid-Bewegung (AAB), Ingeborg Wick, zur Zahlung einer Geldbuße von 300 DM verurteilt worden. Wegen begrenzter finanzieller Möglichkeiten mußte die AAB auf eine Fortführung der gerichtlichen Auseinandersetzung verzichten. Zur Begleichung der Geldbuße sowie der Kosten für Rechtsanwalt und Öffentlichkeitsarbeit bittet die AAB um Spenden auf ihr Konto Nr. 12979-501 beim Postscheckamt Köln unter dem Stichwort „Prozeßkosten Wick“.

## Konzert für Nicaragua

Mit einem Konzert für Nicaragua setzen die DGB-Jugend und das Junge Forum/Ruhrfestspiele ihre Aufbauhilfe für das Ausbildungszentrum „Donald Guervara“ im Süden Nicaraguas fort. Am 25. September d.J. wird ab 18 Uhr in der Essener Grugahalle neben den Schmetterlingen, Inti Illimani, Ton-Stein-Scherben, Sands Family und Liederjahn die nikaraguanische Gruppe Carlos-Mejia-Goday auftreten. Der Eintrittspreis beträgt an der Abendkasse 10,- DM (im Vorverkauf 8,- DM) und enthält einen Solidaritätsbeitrag. Karten und Informationsmaterial sind u.a. beim Jungen Forum/Ruhrfestspiele, Ruhrfestspielhaus, 4350 Recklinghausen erhältlich.

## El Salvador: Filme, Broschüre

Das von der Edition Marandu herausgegebene 40-seitige Dossier „Zum Beispiel: El Salvador“ gibt einen fundierten Überblick über die Geschichte El Salvadors und den Befreiungskampf der FDR/FMLN. Es ist für 6,- DM zu beziehen über die Edition Marandu im Dritte Welt Laden Wuppertal, Friedrichstraße 10, 5600 Wuppertal e.

Der Film „Die ersten Früchte“, gedreht aus der Sicht der FDR/FMLN, zeigt das Leben und die Errungenschaften in den befreiten Gebieten. Er kann bezogen werden über: Cine Terz, Buschstraße 18, 5300 Bonn 1. Der CON-Filmverleih (Westerdeich 38, 2800 Bremen 1) hat uns mitgeteilt, daß folgende Filme, die in unserem Sonderheft 3/1982 zu El Salvador teilweise ohne bundesdeutsche Verleihadresse genannt wurden, über ihn zu beziehen sind: El Salvador: Das Volk wird siegen, 1980 (72 Min.); Revolution oder Tod, 1980 (42 Min.); El Salvador – die Saat der Freiheit, 1980/81 (28 Min.); El Salvador – noch ein Vietnam, 1981 (50 Min.); Tierra liberada in El Salvador, 1981 (36 Min.).

## Ausländerfeindlichkeit

R. Meinhardt (Hrsg.), *Ausländerfeindlichkeit – eine Dokumentation*, West-Berlin 1982, 122 Seiten.

Mit Dokumenten, Originalbeiträgen und Presseartikeln werden „tägliche Ausländerfeindlichkeit“, „Feindbilder und Vorurteile“ sowie die „Ursachen der Fremdenfeindlichkeit“

in der BRD 1981/82 beleuchtet. „Protagonisten der Ausländerfeindlichkeit und ihre Legitimationsversuche“ nehmen fast den halben Heftumfang ein – im Wortlaut und zitiert. Vertrieb: Express Edition, Kottbusser Damm 79, 100 Berlin 61.

Initiative Solidarität mit den Demokraten der Türkei (Hrsg.), *Forum: Gegen Ausländerfeindlichkeit – Solidarität mit ausländischen Arbeitern!* Duisburg 1982, 93 Seiten, 4 DM dokumentiert Materialien des gleichnamigen Forums vom März d.J. in Düsseldorf. Analysiert werden die aktuellen Probleme der ausländischen Mitbürger: Arbeitslosigkeit, Arbeitsbedingungen, Ausbildung, Wohnungsfrage, Ausländerfeindlichkeit, aktuelle Aspekte der herrschenden Ausländerpolitik sowie die Organisation politischer und praktischer Solidarität. Vertrieb: Initiative Solidarität mit den Demokraten der Türkei, c/o K.H. Stommel, Postfach 100 682, 4100 Duisburg 1.

## Libanonhilfen

Seit dem 6.6.1982 kam es zu zahlreichen Aktionen gegen Israels Libanon-Aggression, u.a. in Hamburg, Köln, Bonn, München und Frankfurt.

Spürbar angestiegen ist im Gefolge des Libanonkrieges auch die Spendenbereitschaft zugunsten des palästinensischen Widerstandes und der Libanesischen Nationalbewegung. So übergab Anfang Juli d.J. der Sprecher des ASK, Prof. Erich Wulff, der Bonner PLO-Vertretung Spenden in Höhe von 15.000 DM, die für den Kauf einer mobilen Kinderambulanz des Palästinensischen Roten Halbmonds bestimmt sind. Inzwischen sind für diese Aktion beim ASK über 70.000 DM eingegangen. Das ASK bittet weiterhin um Spenden auf das Sonderkonto Prof. Erich Wulff, PschA Frankfurt/M., Konto-Nr. 5270 55-602, Kennwort „Palästina“.

Effektive medizinische Hilfe leistet ebenfalls Medico International. Gemeinsam mit der Libanesischen Volkshilfe, der Palästinensischen Ärztevereinigung, der Libanonhilfe e.V. und der sozialen Hilfsorganisation „Najdeh“ bittet Medico International um Geldspenden auf das Sonderkonto Nr. 1 800 bei der Stadtparkasse Frankfurt/M., Stichwort „Libanon“.

Wer speziell der durch den Krieg Israels ebenfalls existentiell bedrohten Libanesischen Nationalbewegung helfen will, wird gebeten, Spenden auf das Konto der Libanon-Hilfe, Konto-Nr. 0530451-01, bei der Deutsche Bank in Reutlingen einzuzahlen.



Prof. Wulff und PLO-Sprecher Alawi

## Aktuelle Buchtips: Nahost



## NAHOSTKONFLIKT UND MENSCHENRECHTE



Zum Thema Nahostkonflikt und Palästina sind in jüngerer Zeit einige lesenswerte Bücher erschienen:

M. Adams/N.H. Aruri/W. Hollstein/K.M. Lewan/J.F. Zoghby, *Nahostkonflikt und Menschenrechte. Aufsätze und Dokumente*, hrsg. von EURABIA. Deutsch-Arabische Gesellschaft, Bonn 1981, 141 Seiten, 7,80 DM. W. Hollstein und J.F. Zoghby bieten eine knappe Einführung in die zionistische Bewegung und ihre Siedlungs- bzw. Besatzungspolitik in Palästina von der Jahrhundertwende bis zum Anfang der 80er Jahre. Ausgezeichnet und informativ sind ferner die Beiträge von N.H. Aruri zur israelischen Besatzungspolitik im Westjordan- und Gazagebiet sowie von K.H. Lewan zur Israel- und Nahostpolitik der Bundesrepublik.

Livia Rokach, *Israels heiliger Terror. Mit einer Einführung von Noam Chomsky, Minotaurus Projekt, Pfungstadt 1982, 128 Seiten, 14 DM.*

Anhand der Selbstdarstellungen M. Sharets wird hier der Nachweis geführt, daß die israelische Führung seit 1948 Eroberungspläne gegen Ägypten, Syrien, Jordanien und den Libanon schmiedete. Mit Hilfe terroristischer Aktionen der israelischen Armee wurden – das bezeugt das Tagebuch – seit den frühen 50er Jahren Kriege mit den arabischen Nachbarn systematisch provoziert. Ihr Ziel: das Territorium Israels Stück für Stück auszuweiten und die Palästinenser in alle Winde zu zerstreuen.

Palästina Protokolle. Bestandsaufnahme und Perspektive. Dieter Bednarz und Michael Lüders führten Gespräche über Menschenwürde mit Israelis und Palästinensern, Fackelträger-Verlag, Hannover 1981, 208 Seiten, 18 DM.

Unter den insgesamt 19 Gesprächspartnern finden sich sowohl palästinensische Bürgermeister der okkupierten Gebiete (B. Shaka, E. Freij, R. Shawa) und oppositionelle Israelis (F. Langer, E. Touma) als auch Vertreter des israelischen Establishments wie Außenminister M. Schamir, J. Burg oder T. Kollek. Ein hochinteressanter Abriss der Geschichte Palästinas seit der Errichtung der britischen Mandats Herrschaft (1920), in dem der Arbeiterbewegung ein besonderes Augenmerk gilt, ist schließlich soeben erschienen mit Hans Lebrecht, *Die Palästinenser – Geschichte und Gegenwart*, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/M. 1982, 17,80 DM.

## Südafrika

Mindestens 10 schwarze Minenarbeiter kamen ums Leben und über 100 wurden verwundet, als Anfang Juli d.J. Werkschutzmänner und Polizeieinheiten das Feuer auf Demonstranten eröffneten. Etwa 27.000 Arbeiter der Goldminen von East und West Driefontein, Stilfontein, Grootvlei und Buffelsfontein (Transvaal), die zu dem mächtigen Anglo-American-Konzern (Harry Oppenheimer) gehören, waren aus Protest gegen unzureichende Lohnerhöhungen in den spontanen Ausstand getreten. Die Firmenleitung hatte eine Lohnerhöhung von 11% für Über- und 12% für Untertage-Arbeiter zugesagt, was angesichts einer Inflationsrate von gegenwärtig 16,5% auf weiteren Reallohnabbau hinausläuft. 1981 betrug der durchschnittliche Monatsverdienst eines schwarzen Minenarbeiters 112 Dollar, während sein weißer Kollege 960 Dollar erhielt.

Mitte Juli d.J. traten dann nahezu 15.000 schwarze Arbeiter der südafrikanischen Niederlassungen von Volkswagen, Ford und General Motors für die Anhebung ihres Stundenlohns von 2 auf 3 Rand (1 Rand = 2,30 DM) in den Streik.

Das Rassistenregime geht weiterhin mit äußerster Brutalität gegen seine Gegner vor. Am 6. August d.J. wurden erneut drei Mitglieder des Umkhonto we Sizwe (Speer der Nation), des bewaffneten Flügels der Befreiungsbewegung Afrikanischer Nationalkongress (ANC), zum Tode verurteilt: Marcus Motaung (27), Jerry Mosololi (25) und Simon Mogoerane (23). Die drei Befreiungskämpfer wurden der Teilnahme an drei Angriffen auf Polizeistationen und mehrerer Sabotageakte zwischen Mai 1979 und Dezember 1981 für „schuldig“ befunden. Nach ihren Aussagen vor Gericht sind sie während der Untersuchungshaft gefoltert worden.

## OAU-Westsahara

Zum erstenmal in ihrer Geschichte kam die Gipfelkonferenz der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU), die vom 5.-8. August 1982 in der libyschen Hauptstadt Tripolis stattfinden sollte, nicht zustande. Weil 19 afrikanische Staaten das Treffen boykottierten, wurde das notwendige Teilnehmerquorum von 2/3 der Mitgliedsstaaten nicht erreicht. Die 30 in Tripolis anwesenden Delegationen beschlossen daraufhin, die 19. Gipfelkonferenz der OAU im September, unmittelbar vor Eröffnung der kommenden Sitzungsperiode der UN-Vollversammlung, abzuhalten.

Anlaß des Boykotts war vor allem die umstrittene Teilnahme der Demokratischen Arabischen Republik Sahara (DARS), die im Februar d.J. nach der Anerkennung durch eine einfache OAU-Mehrheit von 26 Staaten automatisch Vollmitglied der afrikanischen Staatenorganisation geworden war (siehe AIB 5/1982, S.50). Das Fernbleiben der genannten Staaten ist desweiteren durch den antilibyschen Kurs der Reagan-Administration bewirkt worden, die im Vorfeld der Konferenz nichts unversucht gelassen hat, durch Druckausübung möglichst viele Staaten von einem Besuch der Gipfelkonferenz abzuhalten und so die Wahl M. el Ghaddafi zum OAU-Präsidenten zu verhindern.



Streikende in Transvaal/Südafrika

## Äthiopien-Somalia

Seit dem 1. Juli d.J. hat die Demokratische Front zur Rettung Somalias (SSDF) Kämpfe in neun von 16 somalischen Provinzen gegen das Regime Siad Barres eröffnet. Die SSDF gründete sich im Oktober 1981 im Ergebnis eines Zusammenschlusses der Rettungsfront, der Demokratischen Front zur Befreiung Somalias und der somalischen Partei der Arbeiter. Ihr Führer ist Abdullahi Yusuf Ahmed, ein ehemaliger hoher Offizier der somalischen Armee, der bereits im April 1978 an einem Putschversuch gegen Siad Barres beteiligt war.

Anschuldigungen aus Mogadischu, wonach reguläre äthiopische Truppeneinheiten an der Seite der SSDF kämpfen sollen, wurden sowohl von der somalischen Oppositionsfront als auch von der Regierung Addis Abeba dementiert. Der gegenwärtige Krieg sei eine „ausschließlich innere Angelegenheit Somalias“, heißt es in einer Pressemitteilung der Äthiopischen Botschaft in Bonn. Tatsächlich berichten auch bürgerliche Zeitungen von Demoralisierungstendenzen innerhalb der somalischen Armee und einer wachsenden Unzufriedenheit der Bevölkerung in der somalischen Nordregion (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.7.1982; Le Monde, Paris, 17.7.1982).

Bereitwillig aufgenommen wurde die somalische Version von der äthiopischen Kampf-beteiligung mit sowjetischer, kubanischer, südjemenitischer, libyscher und DDR-Unterstützung allerdings in Washington. Die Reagan-Administration ist dem wankenden Siad-Barre-Regime inzwischen mit einer Luftbrücke zu Hilfe geeilt, über die große Mengen von Gewehren, Munition und militärischen Kommunikationsgeräten nach Mogadischu gebracht wurden. Diese Lieferungen erfolgen im Rahmen des US-amerikanisch-somalischen Militärhilfebkommens vom August 1981, mit dem sich Washington die Errichtung eines Stützpunktes im somalischen Hafen Berbera erkaufte. Die Hilfe Washingtons ist geeignet, erneut den gegen Äthiopien und Kenia gerichteten geopolitischen Expansionismus Mogadischus anzustacheln und könnte zu einem Wiederaufleben des Konflikts am Horn von Afrika (siehe AIB 10/1977, S. 4-10) führen.

## Zimbabwe

Bereits 1.200 ehemalige Guerilleros der Afrikanischen Volksunion Zimbabwes (ZAPU) sollen aus der neugebildeten Armee des Landes desertiert sein und den Buschkrieg gegen die Regierung wieder aufgenommen haben. Sie werden verantwortlich gemacht für die Ermordung eines weißen Farmers, einen Attentatsversuch auf Premierminister R. Mugabe, die Zerstörung bzw. schwere Beschädigung von 13 zum Teil neuesten Flugzeugen (1/4 der Luftwaffe) auf der Basis Thornhill bei Gweru und die Entführung von sechs weißen Touristen, mit der im Juli d.J. u.a. die Freilassung zweier ehemaliger ZAPU-Offiziere erpreßt werden sollte.

Obwohl sich die ZAPU-Führung von diesen Aktionen distanzierte, wurden in der Regierungspartei Afrikanische Nationalunion (ZANU) Forderungen nach dem Verbot der ZAPU laut. Es halten sich Gerüchte, wonach gegen ihren Vorsitzenden, J. Nkomo, ein Hochverratsprozeß („Vorbereitung zum Bürgerkrieg“) vorbereitet wird. R. Mugabe drängt auf die Bildung eines Ein-Parteien-Staates in der Hoffnung, die ökonomischen Probleme des Landes so besser lösen zu können (siehe AIB 3/1982, S. 32-35). Namentlich das Landverteilungs- und Umsiedlungsprogramm der Regierung bleibt weit hinter den Forderungen der Bauern zurück. Gleichzeitig wächst die Gefahr einer Invasion aus Südafrika, wo Ex-Premierminister A. Muzorewa 5.000 Mann drillen läßt. In dieser gefährlichen Situation vereinbarten Anfang August 1982 J. Nkomo und R. Mugabe, künftig wieder verstärkt zusammenzuarbeiten.

## Guinea-Bissau

Einer Rechtsentwicklung kommt die Regierungsumbildung vom 17.5.1982 gleich. João Bernardo „Nino“ Vieira, Präsident des Revolutionsrates und Generalsekretär der Afrikanischen Unabhängigkeitspartei Guinea-Bissaus und der Kapverden (PAIGC) übernahm dabei die Ämter des Staatspräsidenten, des Verteidigungs- und Innenministers. Das Ressort des Premierministers sowie des Wirtschafts- und Finanzministeriums übernahmen Vertreter des rechten Flügels der PAIGC, während deren linke Mitglieder ihre Regierungsämter verloren. Zudem wurden führende Militärkommandanten und Mitglieder des Revolutionsrates teilweise entmachtet.

Die Auflösung des Planungsministeriums stellt die Erstellung des ersten Vierjahresplans (1983-86) in Frage und läßt verstärkte Kontakte zum Internationalen Währungsfond und der Weltbank erwarten. In der PAIGC und ihren Organisationen, wo es keine personellen Veränderungen gab, stieß die Regierungsumbildung auf Empörung. Das Politbüro beschloß eine verstärkte Kontrolle des Staatsapparates durch neu zu gründende Parteiorganisationen.

Trotz dieser Entwicklungen trafen im Juni d.J. in Maputo/Mozambique nach eineinhalbjähriger Unterbrechung die Regierungen Guinea-Bissaus und der Kapverden zur Wiederaufnahme der staatlichen Kooperation zusammen.

## Kenia

In den frühen Morgenstunden des 1. August 1982 putschte in Kenia die Luftwaffe. Fünf Stunden später meldete der Rundfunk bereits, daß die Aufständischen mit Hilfe der Armee niedergeschlagen worden seien. Mehrere hundert Personen sind im Gefolge der Kämpfe umgekommen. Mittlerweile befindet sich die 2.500 Mann starke Luftwaffe fast komplett in Haft. Der Anführer der Putschisten, Kolonel Odipo, konnte nach Tansania entkommen.

Die innenpolitischen Schwierigkeiten von Arap Moi hatten in den letzten Monaten stark zugenommen. Sein prominenter Gegner Oginga Odinga hatte im Februar d.J. die Gründung einer sozialistischen Partei angekündigt. Es kam danach zu zahlreichen Verhaftungen und dem Ausschluß O. Odingas aus der Einheitspartei KANU (Afrikanische Nationalunion von Kenia).

Auch die Wirtschaft dieses kapitalistischen Vorzeigelandes leidet seit geraumer Zeit unter den Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise, und die sozialen Konflikte spitzten sich zu. Die Putschisten wollten mit ihrem Nationalen Rat der Erlösung eine innenpolitische Entspannung herbeiführen und außenpolitisch einen unabhängigeren Kurs als das Regime A. Moisis fahren.

## Bolivien

Am 19. Juli 1982 löste eine Junta aus den Oberkommandierenden der drei Waffengattungen den bisherigen bolivianischen Präsidenten General Celso Torrelío ab. Zu seinem Nachfolger wurde der Chef des Generalstabs, General Guido Vildoso Calderon, bestimmt. Vildoso Calderon gilt als enger Vertrauter der früheren Diktatoren Hugo Banzer und Luis García Meza. Damit scheint der vorsichtige Öffnungskurs, der in der Ankündigung von Wahlen für den 24. April 1983 durch General Torrelío im Juni d.J. gipfelte, vorerst abgestoppt.

Die bolivianische Gewerkschaftszentrale COB protestierte mit einem landesweiten Generalstreik gegen die Regierungsumbildung. Sie erreichte damit immerhin, daß die neue Junta verbal an dem Wahltermin festhielt und auch die Tätigkeit der seit 1980 verbotenen, aber im Mai 1982 wieder zugelassenen Parteien respektieren will.

## Panama

Zum Nachfolger des Ende Juli 1982 zum Rücktritt gezwungenen Staatspräsidenten Aristides Royo wurde der Finanzmanager und bisherige Vizepräsident Panamas, Ricardo de la Espriella, bestimmt. Unterstützt wird er von dem neuen Kommandeur der Nationalgarde, General Paredes.

Schon vor einigen Wochen waren aus rechten Militärkreisen Umbesetzungspläne im Regierungsapparat durchgeklungen, obwohl die Amtszeit A. Royos offiziell erst 1984 endet. R. de la Espriella folgte den Empfehlungen von General Paredes und verordnete den Rücktritt aller Kabinettsmitglieder und ein einwöchiges Erscheinungsverbot für alle Zeitungen. Gleichzeitig kündigte er eine Verfassungsreform und die planmäßige Abhaltung

der für 1984 vorgesehenen Wahlen an. Die Oppositionsparteien sehen im Rücktritt A. Royos eine Machtkonzentration in den Händen der Nationalgarde. Gleichzeitig begünstigt der Rechtsruck in der panamaischen Regierung eine außenpolitische Umorientierung zugunsten Washingtons.

## Mexiko

Wahlbetrug warf die Vereinigte Sozialistische Partei Mexikos (PSUM) der regierenden Partei der Institutionalisierten Revolution (PRI) vor, deren Kandidat Miguel de la Madrid bei den Präsidentschaftswahlen am 4. Juli 1982 71,6% der Stimmen erhalten hatte. Der Kandidat der konservativen Partei der Nationalen Aktion (PAN), Pablo Emilio Madero, erhielt 16,4%, Arnoldo Martínez Verdugo von der PSUM 3,6%. Die PSUM stützt den Vorwurf des Wahlbetrugs darauf, daß die am ersten Tag der Auszählung bekanntgegebene Stimmenzahl der PSUM geringer war als die am Schluß der Auszählung, außerdem wurden bei der Präsidentschaftswahl auffällig viel mehr Stimmen abgegeben als bei den parallel stattfindenden Abgeordneten- und Senatswahlen.

Der neue Präsident wird außenpolitisch den Kurs seines Vorgängers Lopez Portillo verfolgen. Desweiteren erklärte er, daß er die Infrastruktur und das Handelssystem modernisieren und die Exporte diversifizieren wolle. Außerdem sollen Verbrauchersubventionen gestrichen werden, was schon jetzt dazu geführt hat, daß die Preise für Tortillas und Brot um 100%, für Benzin um 60% und für Hausgas und Elektrizität um 30% heraufgesetzt wurden.

## Südostasien

Auf ihrer 15. Jahrestagung vom 14. bis 16.6.1982 in Singapur sprachen sich die Außenminister der Vereinigung Südostasiatischer Nationen (ASEAN) erneut für die Schaffung einer Neutralitätszone in Südostasien aus. Desweiteren bekundeten sie ihre Bereitschaft, trotz unterschiedlicher Auffassungen in der Kampucheafrage mit den indochinesischen Nachbarstaaten zusammenzuarbeiten.

Wenig später wurde am 22.6. d.J. in Kuala Lumpur/Malaysia die Bildung einer kampu-

cheanischen „Koalitionsregierung“ im Exil beschlossen, der die Anhänger des Prinzen Norodom Sihanouk, die Roten Khmer unter Führung von Khieu Shamphan sowie die Banden um Son Sann angehören. Die Nachricht darüber wurde in der ASEAN unterschiedlich aufgenommen, jedoch wurde eine militärische Unterstützung der Koalition abgelehnt. Die 6. Konferenz der indochinesischen Außenminister am 6. und 7. Juli 1982 in Ho-Chi-Minh-Stadt erneuerte unterdessen ihren Vorschlag von 1981, mit der VR China einen Vertrag über friedliche Koexistenz abzuschließen (siehe AIB 4/1981, S. 25-26). Darüber hinaus wurde ein Teilabzug vietnamesischer Truppen aus Kampuchea sowie der Abzug weiterer Einheiten angekündigt, wenn die Haltung Thailands dies zulasse. Vor allem dürfe thailändisches Territorium nicht mehr für Überfälle auf Kampuchea zur Verfügung gestellt werden. Außerdem wurde erneut eine entmilitarisierte Zone im Grenzbereich zwischen Thailand und Kampuchea vorgeschlagen, und eine internationale Südostasiatenkonferenz über akute Probleme der Region angeboten.

## Türkei

Die Militärjunta unter General Evren ist Ende Juli 1982 mit einem Verfassungsentwurf an die Öffentlichkeit getreten. Die Ausarbeitung des Entwurfes war eine Bedingung der Europäischen Gemeinschaft (EG) für die Fortsetzung ihrer Wirtschaftshilfe. In einem Referendum soll der Entwurf im November d.J. zur Abstimmung gestellt werden.

Der Verfassungsentwurf stellt ein Täuschungsmanöver dar, das demokratischen Grundsätzen Hohn spricht. Dem Präsidenten werden unumschränkte Befugnisse eingeräumt. Er besitzt ein Vetorecht bei der Verabschiedung von Gesetzen, er allein bestimmt über die Vergabe der höchsten Posten sowie die Besetzung des Verfassungsgerichtes. Der Präsident ist es auch, der über die Verhängung des Ausnahmezustandes, die Aufhebung der Grundrechte sowie die Auflösung des Parlaments entscheidet. Darüber hinaus verbietet der Verfassungsentwurf politische Streiks sowie Generalstreiks. Die Türkische Kommunistische Partei (TKP) soll illegal bleiben, wie alle Parteien, die sich nach Klassen organisieren oder das Ziel haben, Kommunismus, Faschismus oder Theokratie einzuführen.



Türkischer Militärgerichtsprozeß gegen kurdische Patrioten

## ASK-Materialien zum Libanon/Palästina



- Anstecker „Solidarität mit der PLO“, Schriftzug auf der palästinensischen Fahne, mehrfarbig, Preis: 1,50 (Best.Nr. E-1001)
- Broschüre „Nahost – Krieg oder Frieden?“, Informationen und Hintergründe, DIN-A-5, 24 Seiten, Preis: 1,- DM (Best.Nr. E-0102)
- Broschüre „Jassir Arafat vor der UNO“ mit der historischen Rede Arafats, DIN-A-5, 32 Seiten, Preis: 1,- DM (Best.Nr. E-0104)
- Paper „Das Verbrechen an Bassam Shakaa“, Kopie des Berichts von Felicia Langer (der Zeitschrift „horizont“ entnommen), DIN-A-4, 8 Seiten, Preis: 0,50 DM (Best.Nr. E-0105)
- Buch W. Brönnner, „Der Nahost-Konflikt und die Palästina-Frage“, Verlag Marxistische Blätter, 318 Seiten, Sonderpreis: 11,20 DM (Best.Nr. E-0201)
- Buch „Grafik der Revolution – Burhan Karkutli, Ein palästinensischer Künstler“, R.G. Fischer Verlag, DIN-A-4-Format, 135 Grafiken, Preis: 19,80 DM, für Büchertische 20% Nachlaß (Best.Nr. E-0202)
- Plakat „Solidarität mit dem Kampf des palästinensischen Volkes“, mehrfarbig, DIN-A-2, Preis: 3,- DM, ab 10. Ex. 2,60 DM (Best.Nr. E-0501)
- Postkartenmappe mit 12 Postkarten von Künstlern aus Palästina, Südafrika, Chile und Vietnam, mehrfarbig, Preis: 6,- DM (Best.Nr. F-0401)

- Palästinensisches Tuch „Kufia“, Preis: 9,- DM, schwarz-weiß (Best.Nr. E-0701), rot-weiß (Best.Nr. E-0702)
- Plakat „Israel raus aus Libanon! Solidarität mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) und der National-Progressiven Bewegung Libanons“, Foto-Motiv, Eindruckmöglichkeit, DIN-A-2-Hochformat, Preis: 1,50 DM, ab 10 Ex. 1,30 DM (Best.Nr. E-0503)
- Faltblatt „Palästinas Kinder brauchen Hilfe“, DIN-A-4, 4-seitig, Preis: 0,30 DM, 100 Stück 20,- DM (Best.Nr. E-0103)
- Plakat „Palästinas Kinder brauchen Hilfe“, roter Schriftzug auf Foto-Motiv, DIN-A-2-Querformat, Preis: 2,20 DM, ab 10 Ex. 1,90 DM (Best.Nr. E-0502)
- Postkarte mit Motiv des palästinensischen Künstlers Burhan Karkutli „Geburt eines palästinensischen Kindes“, schwarz-weiß, Preis: 0,10 DM (Best.Nr. E-0401)
- Postkartenmappe 6 Postkarten mit Motiven des palästinensischen Künstlers Burhan Karkutli, schwarz-weiß, Preis: 3,- DM (Best.Nr. E-0402)

Zu weiteren Materialien (neue DIA-Serie, Wandzeitung u.a.) bitte Materialliste anfordern.

Bestelladresse und Herausgeber:

Antiimperialistisches Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika (ASK)

Mainzer Landstraße 15, 6000 Frankfurt/M. 1; Tel.: 0611-234659